

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Dienstag, den 1. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Klassenherrschaft.

Man kann nicht genug betonen, daß es die Klassenherrschaft ist, welche die feindlichen Gegensätze zwischen den Staaten und Nationen schafft. Dies zeigt sich bei den unaufhörlich sich steigenden Kriegsrüstungen, die durch den Militarismus, das Werkzeug des Klassenstaates, verursacht werden; es zeigt sich aber auch in der Handelswelt, wo die herrschenden Klassen aller Länder eine rücksichtslose Beutepolitik betreiben. Wie die Völker die Kosten für die Wettrüstungen zu zahlen haben, so haben sie auch den Schaden zu tragen, den die Beutepolitik in der Handelswelt anrichtet.

Wer diese Einsicht gewonnen hat, der weiß auch, wie wenig die offiziellen und nicht offiziellen Freundschaftsbeziehungen bedeuten, die zwischen den herrschenden Klassen der verschiedenen Staaten ausgetauscht werden. Wenn englische und deutsche Kommunalbeamte gegenseitig ihre Länder bereisen, so hat das auf den Flottenwettkampfen keinen Einfluß, und wenn Komitees diesseits und jenseits der Vogesen errichtet werden, welche die deutsch-französischen Beziehungen pflegen sollen, so stehen sie doch dem doch Frau Germania und Frau Gallia bis an die Zähne bewaffnet gegenüber und plagen sich mit Verkehrsbehinderungen. Wenn zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika Professoren ausgetauscht werden, und wenn man eine Alten Friggen-Statue hinüber und eine Stuben-Statue herüber schickt, wenn die Botschafter bei behaglichen Dinners wohlgeleckt Toaste auf die „altbewährten“ Freundschaftsbeziehungen ausbringen, so hindert das durchaus nicht, daß zwischen Yankee und Stelbiern die heftigsten wirtschaftlichen Interessenskämpfe ausgefochten und die Völker beiderseits benachteiligt werden. Am 7. Februar soll das bisherige Handelsabkommen zwischen der nordamerikanischen Union und dem Deutschen Reich ablaufen. Die friedlichen Vorlesungen der Austauschprofessoren werden übertrumpft von dem Gebrüll der Agrarier, die zum Zollkrieges hegen und gegen die nordamerikanische Landwirtschaft die schärfsten Maßregeln angewendet wissen wollen. Die „Gefahr“ der nordamerikanischen Fleischeinfuhr, welche hauptsächlich die Aufregung der Agrarier hervorbringt, ist weit weniger vorhanden als früher, auch wenn man sie vom agrarischen Standpunkte aus betrachtet. Es sind bald dreißig Jahre her, seitdem die ersten schärferen Maßregeln gegen die nordamerikanische Fleischeinfuhr begonnen haben. Aber inzwischen hat sich in Nordamerika die Bevölkerung sehr bedeutend vermehrt und dementsprechend ist auch der Fleischverbrauch gestiegen. Desgleichen stieg die Ausfuhr nach Kanada. Wenn nun auch im verflossenen Jahre das Ergebnis der Viehzucht ein außerordentlich günstiges gewesen ist, so beweist denn doch der Fleischkrust, daß sich die Umstände gegen früher ganz gewaltig geändert haben.

Wenn heute der Einfuhr nordamerikanischen Fleisches erleichterte Bedingungen zugestanden würden, so würde dies unter den oben geschilderten Verhältnissen eine Veränderung von Bedeutung sonach kaum hervorbringen. Aber unsere Agrarier, die ja in der Politik „auch anders können“ und gelegentlich die Throne krachen lassen, trotzdem sonst agrarisch sein auch „königstreu bis auf die Knochen“ sein heißt, ja, die manchmal zu der versemten „Umsturzpartei“ überzugehen drohen, wenn man ihnen „oben“ nicht gleich den Willen tut — diese selben Agrarier sind von eiserner Konsequenz, wenn es sich um ihren Geldbeutel handelt. Wie sie auf den Schiffsabgaben bestehen, um dem Ausland den Verkehr auf deutschen Strömen zu erschweren, so können sie es auch gar nicht erwarten, bis der große Zollkrieg mit der nordamerikanischen Union kommt, damit alsdann der verdoppelte Generaltarif gegen nordamerikanische Waren angewendet werden kann, nachdem der niedrigere Konventionaltarif gefallen ist. Der nordamerikanische Maximaltarif wird erst am 1. April in Kraft treten und so hätte Deutschland für zwei Monate eine günstige Position. Aber dann? Dann wird das dicke Ende nachkommen, worüber Herr Taft gar keinen Zweifel gelassen hat. Denn er hat vor kurzem eine Erklärung erlassen, in der England, Rußland, der Schweiz, Italien, der Türkei und Spanien Minimaltarifsätze zugestanden werden. Von Deutschland ist nicht die Rede.

Es läge also im dringenden Interesse der deutschen Exportindustrie, die einen so großen Teil unseres Volkes beschäftigt, daß vor dem 1. April eine Verständigung mit der Union zustande käme. Man sieht, wie die Agrarier alles tun, um dies zu verhindern, wie sie mit ihrem Abermut und ihren Drohungen die Amerikaner reizen und die Zwischenzeit bis zum 1. April zu allerlei agrarischen Manövern benötigen wollen, damit es zum Zollkrieg kommt.

Tritt dieser wirklich ein, so muß man sich darauf gefaßt machen, daß Deutschlands Industrie die Überlegenheit der Union auf wirtschaftlichem Gebiete empfindlich zu verspüren bekommt. Denn Deutschlands Industrie ist auf die nordamerikanischen Rohprodukte, wie Häute und Baumwolle, angewiesen, während Nordamerika die Industrieprodukte, die es zurzeit aus Deutschland bezieht, jederzeit auch von anderen Ländern geliefert bekommen kann. Hier liegt eine wirkliche Gefahr vor und nicht eine eingebildete oder vorgetäuschte, wie bei der nordamerikanischen Fleischeinfuhr. Mühen die Nordamerikaner, nachdem sie in der übermütigsten Weise provoziert worden, die kommende Situation ebenso rücksichtslos aus, wie es die Agrarier tun, dann kann es in der Exportindustrie Deutschlands leicht zu einem Zusammenbruch kommen und große Menschenmassen können arbeitslos werden.

Aber das alles kümmert die Herren Agrarier nicht. Sie hegen darauflos; sie erklären in ihrem Beute-Paroxysmus sogar die Presse für besüßten, die auf die Gefahren des Zollkrieges aufmerksam macht. Und es hat allen Anschein, daß sie ihren Willen durchsetzen werden, denn das Zentrum war von jeher agrarisch, und die Nationalliberalen haben ja erst vor kurzem durch den heiligen Paasche erklären lassen, daß sie unter allen Umständen an der agrarischen Handelspolitik festhalten wollen.

Manchmal wird es auch dem nationalliberalen Spießbürger zu toll. Aber da kommt alsdann die agrarische Presse und erzählt ihm, daß es sich um „ideale Güter“ handle und daß die Absperrung des nordamerikanischen Fleisches hauptsächlich darum notwendig sei, weil die Fleischwaren der Amerikaner die Gesundheit des deutschen Volkes gefährdeten. Dazu noch ein Aufbauschen: des roten Geistes und der nationalliberalen Spieß duckt sich wieder unter das agrarische Joch.

Zugleich drohen sich auch die Handelsbeziehungen mit Frankreich zu verschlechtern. Auch das ist nur eine Wirkung der Begehrlichkeit der ostelbischen Agrarier. Die Situation ist so ungeheuerlich geworden, daß man den Pessimismus begreifen kann, der wünscht, die Agrarier möchten nur recht bald den Bogen überspannen, damit er auch um so eher springt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unsere herrlichen Kolonien.

Im Reichstag hatte sich zu Beginn der Montags-sitzung ein schwaches Häuflein Abgeordneter eingefunden. Augenscheinlich sind die kolonialen Fragen zurzeit sehr stark in den Hintergrund gedrängt worden. Jedenfalls ist im Reichstage das Interesse an ihnen minimal. Daß gerade die Kolonien ein Betätigungsfeld des allerskrupellosesten Kapitalismus sind, kam wieder einmal so recht zum Vorschein bei Besprechung der Ruiffe und Piffie, die die Kolonialgesellschaft gegen den Fiskus, will in diesem Falle sagen, gegen die deutschen Steuerzahler anwendete. In der Beurteilung dieser Praktiken waren alle Parteien einig. Von unserer Seite brachte Genosse Ledebour dies scharf zum Ausdruck. Daß die Nachtragsetz, deren dritte Lesung zunächst auf der Tagesordnung stand, von sämtlichen bürgerlichen Parteien bewilligt wurden, stand zu erwarten. Zentrum und Freisinnige sind, seitdem das Fraktionszepter von Windhorst und Richter an unfähige Nachfahren übergegangen ist, militärfromm, flottenfromm und kolonialfromm geworden, und zwar weit heraus über das Maß des notwendigen Bourgeoisinteresses. Denn auch unter Dernburg ist bei allem kaufmännischen Zusatze die Kolonialpolitik noch weit davon entfernt geblieben, eine rein bürgerlich-kapitalistische zu sein und ist mit bürokratischen, feudalistischen und agrarischen Schlacken noch reichlich durchsetzt. Die Sozialdemokratie stimmte natürlich gegen den Nachtragsetz und Genosse Ledebour begründete kurz und scharf diese unsere Ablehnung.

Nach Erledigung der Nachtragsetzats kam man zum regulären Jahresetat der Schutzgebiete. Erzberger tadelt nicht zu Unrecht die verschwenderische Wirtschaft, die mit der Erstattung der Reisekosten getrieben wird, und ritt sodann eines seiner vielen Steckenpferde, die Muhammedanerbekämpfung in Ostafrika. Der nationalliberale Arzt Arning, der laut seinem eigenen Parteifreunde Paasche sich in Ostafrika das schöne Sümmchen von 7000 Mark jährlich gespart hat, suchte mit sehr untauglichen Mitteln Arbeiterseelen für die Kolonialpolitik zu schürfen. Herr Dernburg hielt eine lange Programmrede. Der Muhammedanerhag Erzbergers trat er mit guten Gründen entgegen. U. a. erwähnte er, daß es so viel leichter ist zum Islam überzutreten, als zum Christentum (was doch auch nicht so schwer ist). Wenn Herr Dernburg der weißen Bevölkerung Deutsch-Südwestafrikas sehr skeptisch gegenübersteht, so verstehen wir das.

Unser Fraktionsredner Noske sagte nach kräftigen und eingehenden Darlegungen unseren Standpunkt dahin zusammen: Wir lehnen die Kolonialpolitik, die ihrer Natur nach nur eine kapitalistische sein kann, ab; wir werden aber alles, was an uns liegt, tun, um sie zu humanisieren.

Zu später Stunde endlich schlug der Freund von Dauersingungen, Herr Spahn, dem Hause Vertagung vor. Aber bei der Festlegung der Tagesordnung für die Dienstag-Sitzung entspann sich eine äußerst scharfe Geschäftsordnungsdebatte, in die mit Kraft und Frische unser Genosse Bebel eintrat. Bebel beantragte die Abstimmung über die Beschwerde Ledebours gegen den hohenloheischen Ordnungsruf auf Donnerstag zu verschieben. Es haben sich starke Zweifel über das Stenogramm erhoben, das einer Bearbeitung unterzogen zu sein scheint, die man bei südwestafrikanischen Diamantenselbren „Salzen“ nennt. Von freisinniger Seite stimmte man Bebel's Ausführungen bei, während der Schnapsblock sich mit den Nationalliberalen zu einer Entri-Schutzgarde formierte. Der Prinz gab schließlich, von vielen Seiten gedrängt, die Erklärung ab, daß er gar nicht verstanden habe, was Genosse Ledebour dazwischen gerufen habe, und daß er ihn nur wegen fortgesetzter Störung zur Ordnung gerufen habe. Nachdem die Unfähigkeit des verflochtenen Kolonialprinzen, die Würde des Reichs zu wahren, somit erneut festgenagelt war, zog Bebel seinen Antrag zurück. Die Abstimmung findet also morgen statt.

Die bürgerliche Presse über die Wahl in Eisenach.

Daß die Sozialdemokratie in Eisenach bereits im ersten Wahlgange siegte, kam der bürgerlichen Presse sehr unerwartet. Man hat bestimmt auf eine Stichwahl und dann auf ein geschlossenes Zusammengehen der bürgerlichen Parteien gerechnet. Das „Berliner Tageblatt“ macht den Freisinnigen heftige Vorwürfe, weil sie den Nationalliberalen die Kandidatur überlassen haben. Es wird in diesem Zusammenhang gesagt:

„Die freisinnigen Führer trieben sogar ihre Selbstverleugnung so weit, daß sie unter dem unheilvollen Einfluß des unvermeidlichen Herrn Müller-Meinungen sich anfänglich bestimmen ließen, für einen weit rechtsstehenden „nationalliberalen“ Kandidaten einzutreten, der eingeschriebenes Mitglied des Bundes der Landwirte war! Diese Müller'sche Kateridee war den freisinnigen Wählern des Wahlkreises denn doch zu bunt; sie erhoben mit Entschiedenheit gegen eine solche Kandidatur Einspruch. Infolgedessen wurde der angeblich linksnationalliberale Rechtsanwalt Appellus-Eisenach zum liberalen Kandidaten nominiert. Leider war der Protest der Freisinnigen nicht entschieden genug; sie hätten mit aller Energie gegenüber ihren verblendeten Führern darauf dringen müssen, daß ein entschieden freisinniger Kandidat nominiert wurde.“

Zum Schluß wird dem Freisinn prophezeit:

„Gewährt aber die Partei noch weiterhin solchen Besonnenen wie Dr. Müller-Meinungen, Kopsch, Fischbein, Wiemer usw. Gelegenheit, ihren verderblichen Einfluß auf die Taktik der Partei auszuüben, so darf sie sicher sein, daß ihr letztes Stündlein bald geschlagen haben wird.“

Die „Berliner Volkszeitung“ erblickt in dem Wahlausfall die Antwort auf die Belastung des Volkes mit den neuen Steuern.

Die „Deutsche Tagesztg.“ sagt, der Sieg ist die Frucht der Steuerhebe, die auch in diesem Kreise in erschreckender Weise und nicht nur von der Sozialdemokratie getrieben worden ist.

Zum Zusammenhalt unter den bürgerlichen Parteien mahnt die „Germania“, die den Liberalen so nebenbei ins Stammbuch schreibt:

„Die Liberalen haben in Eisenach-Vermbach ja wiederum erfahren müssen, daß sie mit ihrer Finanzreformhebe gegen die Reichstagsmehrheit den Sozialdemokraten das Wasser nicht abgraben können, sondern damit nur, wenn auch ungewollt, im Dienste der Sozialdemokratie arbeiten.“

Die „Post“ schiebt die Schuld an dem Wahlsieg den Freisinnigen in die Schuhe, weil anzunehmen sei: „daß bei der in neuerer Zeit ja besonders stark aufgetretenen Liebäugelei der freisinnigen Gruppen mit der Sozialdemokratie eine Anzahl Freisinniger dem roten Kandidaten ihre Stimme gegeben oder sich zum mindestens der Wahl enthalten hat.“

Umgekehrter Meinung ist die „Tägliche Rundschau“ die die Niederlage der bürgerlichen Parteien dem Umstand zuschreibt, daß die Antisemiten nicht auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet haben.

Damit aber die Nationalliberalen nicht etwa als unschuldig angesehen werden, mißt die „Kreuzzeitung“ ihnen die Schuld bei, mit den Worten:

„In Eisenach hatten die Nationalliberalen, vermutlich zu ihrem eigenen Schaden, den Freisinnigen allen Willen getan, sie hätten die frühere, aussichtsreichere Kandidatur zurückgezogen, weil es die Freisinnigen gefordert hätten.“

und sich den linksliberalen Bundesgenossen demütig gebeugt. Und der Erfolg? Die Sozialdemokraten haben bei geringerer Wahlbeteiligung als im Jahre 1907 um mehr als 2500 Stimmen zugenommen."

Daran schließt das Junkerblatt die Mahnung:

Wir bedauern, daß ein neuer Wahlkreis der Sozialdemokratie zum Opfer gefallen ist; aber es wird nicht das letzte Opfer bleiben, wenn nicht der Liberalismus sich entschließt, ernsthaft und grundsätzlich die Front gegen die Sozialdemokratie zu nehmen und seinen Anhänger den verhängnisvollen Großblockgedanken anzutreiben."

Nach dem nunmehr vorliegenden definitiven Ergebnis haben Stimmen erhalten: Leber (SP.) 10250, Appellus (ML.) 5786, Hädrich (Ant.) 4356. Genosse Leber ist somit mit einer Mehrheit von 108 Stimmen gewählt.

Entlastung des Reichsgerichts.

Der Entwurf über die Entlastung des Reichsgerichts wird demnächst dem Reichstage zugehen. Der Entwurf will, um die Arbeiten des Reichsgerichts zu entlasten, die Zuständigkeit des höchsten Gerichts für bestimmte Fälle auszuheben und schlägt deshalb vor, die Einlegung einer Revision an das Reichsgericht nicht mehr zuzulassen, wenn in einer Sache auf dem Gebiete der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit zwei Instanzen gleichlautende sachliche Entscheidungen getroffen haben. Diese Regel soll eine Ausnahme haben: Verurteilt das Urteil des Berufungsgerichts auf der Auslegung eines Reichsgesetzes, die mit einer früheren Entscheidung des Reichsgerichts im Widerspruch steht, so ist die Revision bei dem Reichsgericht zulässig.

Von den Mitteln, die sonst die Arbeiten des Reichsgerichts noch entlasten sollen, seien genannt die Beilegung der Zuständigkeit des Reichsgerichts als Beschwerdegericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, der Ausschluß der Revision gegen Urteile der Oberlandesgerichte über Arreste und einstweilige Verfügungen, eine Einschränkung der Zuständigkeit des Reichsgerichts durch Abnahme der Entscheidungen über die Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts, die Erhöhung der Gerichtskosten für die Revisionsinstanz, ferner eine größere Sicherung der tatsächlichen Feststellungen der Instanzgerichte gegen Revisionsangriffe und die Beilegung des mit der Revision verbundenen Suspensiveffektes. Der Vorschlag, die Revisionssumme zu erhöhen, hat keinen Anklang gefunden, da die in den Vorjahren vorgenommenen Erhöhungen keine bemerkbare Entlastung herbeigeführt hatten. Eine Vergrößerung des Reichsgerichts soll nicht stattfinden, weil sonst die Einheit der Rechtsprechung gefährdet werde. Das Reichsgericht würde in verschiedene Einzelgerichte mit selbständiger Rechtsprechung auseinanderfallen. Die Einrichtung neuer Hilfsinstanzen sei auch nicht angängig. Es bleibe somit nur übrig, die Zivilsenate in den ausgegebenen Bahnen zu entlasten.

In Verbindung mit diesem Entwurf steht ein Gesetzentwurf über die Reorganisation des Ehrengerichtshofes für Rechtsanwälte beim Reichsgericht, der dahin zielt, die Geschäfte im Interesse der Entlastung des Reichsgerichts zu vereinfachen.

Ein agrarischer Liebesdienst.

Da die Maul- und Klauenseuche in der Schweiz auch im Kanton Schaffhausen ausgebrochen ist, so hat das bayrische Ministerium des Innern die Einfuhr und Durchfuhr von Kindern und Tieren aus sämtlichen Kantonen der Schweiz nach und durch Bayern verboten. — So meldet ein Telegramm des Bayerischen Bureaus. Die bayrische Regierung hat also jetzt endlich den gewünschten Anlaß gefunden, um ihren agrarischen Freunden, die schon lange wie besessen nach einer vollständigen Sperrung der deutsch-schweizerischen Grenze schrien, die verhasste schweizerische Konkurrenz vom Halbe zu schaffen. Der Fleischwucher kann nun wieder ungehindert seine schönsten Blüten entfalten. Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat übrigens die badische Regierung den gleichen Beschluß gefaßt, wie die bayrische. Der Sieg der Agrarier ist also vollständig.

Liberaler gegen Konervative.

Nach dem Ausfall der Reichstagswahl in Halle ist den bürgerlichen Liberalen die Erkenntnis gekommen, daß von einem Bündnis mit den Konservern nichts zu erwarten ist. Man hat daher beschlossen, ein solches Bündnis für die Zukunft abzulehnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint dazu höhnisch, die Liberalen könnten auch lange warten, bis ihnen ein solches Bündnis wieder angeboten würde.

Die Antifemiten machen mobil.

Den Leuten um Liebermann v. Sonnenberg dürfte allmählich klar geworden sein, daß selbst in nur halbwegs angelegentlichem Deutschland für sie nichts mehr zu holen ist. Deshalb verlegen sie das Feld ihrer Tätigkeit mehr nach dem dankbarsten Deutschland. Sie wollen Mittelrien bearbeiten, zu welchem Zweck ein eigener Parteisekretär angeheilt wird. Die Antifemiten werden somit jetzt den Versuch machen, den Konservern Mandate abzunehmen. Ganz besonders aber haben sie es auf den Wahlkreis Kunsau-Edelberg abgesehen, den jetzt der Besitzer des berühmten Expresser-Blattes „Wahrheit“, Wilhelm Brahu, vertritt. Brahu gehört zu der aus drei Mann bestehenden „Fraktion“ der Reformpartei.

Ein kriegerischer Theaterboykott.

Die Politik der „apolitischen“ Kriegervereine treibt die kuriosesten Blüten. In Frankfurt a. M. hat der Kreis-Kriegerverband nun auch das dortige alte Schumann-Theater boykottiert. Wie alljährlich zu Kaisers Geburtstag hatte die Direktion des Theaters die Verbandsmitglieder und deren Familienangehörigen auch diesmal zu einer Feierabendfeier nach der Parade eingeladen, worauf aber der Verband diesmal verzichtet hat. Der Grund zu diesem befremdlichen Verhalten ist das Verbot des Kriegerverbandes der deutschen Kriegervereine, künftig nicht soziale Veranstaltungen zu besuchen, die auch von der Sozialdemokratie besucht werden. Die Direktion des Theaters hat nämlich auch der sozialdemokratischen Partei das Theater gegen Entgelt wiederholt für Aufführungen zur Verfügung gestellt.

Sehr schmerzhaft wird dem Schumann-Theater dieser Boykott kaum sein, denn der größere Teil der Kriegervereiner geht nicht in eine Theateraufführung oder ein Konzert — wenigstens dann nicht, wenn er dafür bezahlen soll —, sondern befriedigt sein Verlangen, nach Musik und Theater durch Absingen von Soldatenliedern, militärischen Exerzissen, Paraden und Hurrarufen. Den Schaden haben lediglich jene Kriegervereiner, denen durch den von oben herab verfügten Boykott die Gelegenheit genommen wurde, auch einmal eine über das Niveau ihrer gewöhnlichen Vergnügungen hinausreichende Darbietung zu genießen.

Minister a. D. und kommandierender Generalredner.

Bei dem Kaisergeburtstagesessen in Münster hielt der frühere Kriegsminister und jetzige kommandierende General von Einem eine politische Rede, in der er über den „Streit der staatshaltenden Parteien“ klagte, der nur dem „Umsturz“ zugute kommen könne, und eine schnelle Beendigung des „Streites um Vergangenes“ forderte. Wenn Herr v. Einem so das Offizierskafino mit dem Reichstag oder der Volksversammlung verwechselt, so hätten wir dagegen nicht viel einzuwenden, vorausgesetzt natürlich, daß auch der Opposition Gelegenheit gegeben wird, das Wort zu ergreifen.

Herr v. Einem hat sich aber nicht damit begnügt, die innere Politik des Reiches kritisch zu beleuchten, sondern er hat auch längere Ausführungen über die auswärtige Politik gemacht und eine Geschichte erzählt, wie Europa im März vorigen Jahres vor einem Kriege wegen Bosniens gestanden und wie ein Nachwort des deutschen Kaisers den Ausbruch des Krieges gerade noch verhindert hätte. Nebenbei gesagt hat am selben Tage der deutsche Botschafter in Petersburg gleichfalls in einer Kaisergeburtstagsrede eine vollkommen anders geartete Darstellung des Sachverhalts gegeben: Aber gleichviel, was da wahr oder falsch ist. Die unbesugte Einmischung eines kommandierenden Generals in das Gebiet der auswärtigen Politik, eines Mannes dazu, der sich durch seinen a. D.-Titel den Anschein besonderer Eingeweihtheit zu geben versucht, ist eine grobe Taktlosigkeit, die auf das schärfste zurückgewiesen werden muß.

Abg. Baffermann wird abgefäht!

Der nationalliberale Abg. Baffermann vertritt im Reichstag den Wahlkreis Rottenburg-Hoyerswerda, den ihm die Konservern überlassen haben. Es war klar, daß er in diesem Kreise auf eine Wiederaufstellung nicht zu rechnen hatte, nachdem der Block in Scherben gegangen war. Am Sonnabend hat nun der Abg. Dr. Hahn in Hoyerswerda einen Vortrag gehalten, in dem er die Haltung der Konservern in der Frage der Finanzreform verurteilte. Die Konservern erhielten das übliche Vertrauensvotum, gleichzeitig aber erklärte die Versammlung auch:

Wir bedauern es lebhaft, daß der Herr Reichstagsabgeordnete Baffermann, zu dessen Gunsten wir im Jahre 1907 auf Ausfertigung eines eigenen Kandidaten verzichteten und dem wir mit unseren Stimmen zu seinem Mandat verholfen haben, anlässlich des Zustandekommens der Reichsfinanzreform so schwere Anklagen und ungerechtfertigte Normen gegen die konservative Partei erhoben hat: Als wir im Jahre 1907, trotz der größten Bedenken vieler gut konserverativer Wähler unseres Kreises, der nationalliberalen Kandidatur zustimmten, haben wir es nur getan in der Erwartung, daß Herr Baffermann ein rechtsstehender Nationalliberaler sei, wie es uns von allen Seiten versichert wurde. In dieser Erwartung haben wir uns getäuscht.

Herr Baffermann wird sich nach einem anderen Wahlkreis umsehen müssen. Viel Glück!

Bethmann-Hollweg und v. Oldenburg.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit: Bei dem Diner, das der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg am Sonnabend dem Präsidium des Abgeordnetenhauses gab, war der Erbe des Herrn v. Oldenburg allgemeines Gespräch. Wie heute in den Reichstagscouloirs erzählt wurde, war der Reichskanzler über den Vorfall geradezu konsterniert und er machte vor den anwesenden Abgeordneten aus seinem Bedauern kein Hehl. Der Junker Oldenburg hat der Regierung in der Tat einen schlechten Dienst erwiesen damit, daß er offen aussprach, was die preussischen Junker denken.

Eine Erklärung der Konservern.

Die „Konervative Korrespondenz“ erklärt folgendes: In der liberalen und demokratischen Presse wird gegenwärtig ein großer Lärm darüber erhoben, weil der konservative Reichstags-Abgeordnete v. Oldenburg am Sonnabend im Reichstagsgebäude dazu aufgefordert haben soll, in verfassungswidriger Weise, außerordentlich mit militärischer Macht, gegen den Reichstag einzuschreiten. Daran ist kein wahres Wort. Herr v. Oldenburg steht mit der gesamten konservativen Partei streng auf dem Boden unterer Reichsverfassung. Eine Aufforderung zu Gewaltmaßregeln der erwähnten Art liegt ihm durchaus fern. Nur mangelnde Logik und tendenziöse Unterstellung vermögen den von Herrn v. Oldenburg selbst in der Sitzung sogleich klargestellten Sinn seiner Äußerung, die lediglich in drähtlicher und humoristischer Weise äußerste Mächten militärischer Disziplin kennzeichnen wollte, zu verdrehen und zu einer illogischen Bekämpfung ihres politischen Gegners und womöglich unserer gesamten verfassungstreuen Partei anzunutzen.

Man kann sich denken, daß den Konservern die Worte Oldenburgs sehr unangenehm sind. Deshalb versuchen auch sie, nach bekannter Manier sich herauszureden!

Der Rettungsaufker.

Die heute im Reichstage stattfindende Abstimmung über die Beschwerde des Genossen Ledebour über einen ihm vom Vizepräsidenten Erbprinzen Hohenzollern erteilten unberechtigten Ordnungsruf hat am Montag die bürgerlichen Parteien in ihren Fraktionsversammlungen beschäftigt. Die Stellungnahme der Freisinnigen ist noch nicht bekannt, die anderen Parteien werden gegen die Beschwerde stimmen. Sie fügen sich darauf, daß der Vizepräsident, als er den Ordnungsruf erteilte, den Namen des Genossen Ledebour nicht genannt, sondern nur ganz allgemein gerufen habe: „Ich rufe Sie zur Ordnung!“ Eine Diskussion über die Beschwerde ist nach der

Geschäftsordnung des Reichstages leider nicht zulässig, es muß vielmehr sofort abgestimmt werden. Unter diesen Umständen wird der Erbprinz, dessen Unfähigkeit zur Leitung der Geschäfte des Reichstages feststeht, auch noch weiterhin den Präsidentensitz führen.

Abgeordneter v. Oldenburg — das konservative Schreckenskind.

Dem konservativen „Reichsboten“ wird zu dem Auftreten des Abg. v. Oldenburg-Januschau aus konservativen Kreisen geschrieben:

Wir werden es erleben, daß die Reichstagsauflösung durch den Leutnant und zehn Soldaten bei den nächsten Reichstagswahlen gegen die konservative Partei verwendet wird, und es fehlen nur noch einige solcher Oldenburgschen Reden, und der Sozialdemokratie werden die Wähler in Scharen zugezogen. Herr v. Oldenburg ist sicher von den besten Absichten befeelt: ein Teil seiner Reden ist aber zum Schaden der konservativen Sache ausgeschlagen, und es würde ihm selber nichts schaden, wollte er sich Zügel anlegen. Herr v. Oldenburg-Januschau ist ein hochbegabter Mann, dessen reiche Veranlagung zum Segen für das Vaterland hätte werden können, hätten andere ihn beigeiten auf seine Fehler aufmerksam gemacht und ihn veranlaßt, Selbstkritik zu üben. Er hat im Reichstage das hohe Lied der Disziplin singen wollen; wirkliche Wirkung kann damit aber nur erzielt werden durch sein Auftreten zeigt, daß er sich selber nicht gehen läßt.

Die „Kreuzzeitung“ kommt endlich am Montag auf den Vorfall zu sprechen und macht sich dabei die Argumentation des Erbprinzen Hohenzollern zu eigen, daß die Worte des Junkers falsch verstanden worden seien.

Antifemistischer Schwindel.

Die fassam bekannte Schwindeltaktik der Antifemiten hat sich im Wahlkreis Eisenach nicht bloß, gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Nationalliberalen gewendet. So ist die Behauptung aufgestellt worden — zuerst in den „Deutsch-Sozialen Blättern“ des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg — daß der Nationalliberal 40 000 Mark zur Unterstützung der nationalliberalen Kandidatur hergegeben habe. Wie der Sanjambund nunmehr erklärt, ist daran kein wahres Wort.

Die preussische Wahlrechtsvorlage

ist vom Kaiser genehmigt und unterzeichnet worden. Die Vorlage geht dem Landtag am Freitag zu. Die Parteien werden zu dem Gesetz-Entwurf dann sofort in Fraktions-Sitzungen Stellung nehmen.

Frankreich.

Die Steuer auf belgische Arbeiter. Die Deputation der belgischen Arbeiter, die nach Paris gekommen war, um gegen die geplante Besteuerung ausländischer Arbeiter zu protestieren, hielt auch mit dem Nationalrat der sozialistischen Partei eine Besprechung ab. Vanderwilde, Anseele und Debrunne legten dort die Auffassung der Belgier dar. Sie zeigten, daß es falsch sei, die Belgier allgemein als Lohndrücker zu bezeichnen. Teilweise treffe das zu, wie es auch im Inland beim Bauzug aus billigeren Gegenden geschieht. Teilweise aber seien die Flämen, aus deren Agitation die französische Arbeiterpartei entstanden sei, an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung. Sie betonten, daß Belgien wohl gegen eine höhere Steuer, namentlich durch Besteuerung des französischen Weines, abwenden könne. Sie lehnten aber diese Kampfpolitik ab und wollten sie durch die Betätigung der internationalen Arbeitersolidarität ersetzen. Die Franzosen erklärten, namentlich durch Renaudel, daß bei weiterer Verhandlung in der Kammer die Sozialisten einmütig in der Ablehnung sein würden. Sie forderten energische Maßnahmen der belgischen Partei gegen jede Lohndrückerei. So kam man zu voller Einigung. Da auch ein Teil der bürgerlichen Politiker und Unternehmerorganisationen die fessame Arbeiterschutzmaßregel der Chauvinisten bekämpft, ist Hoffnung, daß die proletarische Solidarität über Augenblicks- und Scheininteressen siegen wird.

Griechenland.

Das neue Kabinett. Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Inneres: Dragumis; Äußeres: Callergis; Justiz: Sikieris; Krieg: Zorbas; Marine: Mialulis; Kapitän zur See; Unterrichts: Panajotopoulos; Finanzen: wahrscheinlich Valaoritis; Vizegouverneur der Nationalbank, event. Dragumis selbst. Unter den Ministern sind Dragumis und Panajotopoulos Abgeordnete. — Die gegenwärtige Kammer tritt nicht mehr zusammen, sie wird aber im Laufe der nächsten Zeit zu einer außerordentlichen Session einberufen, um die notwendigen Gesetze, vor allen Dingen die Anleihen, zu votieren. Die königliche Botschaft über die Einberufung der Nationalversammlung wird in etwa 14 Tagen erwartet. Mit ihrem Erscheinen soll der Militärverband sich sofort auflösen.

Ähen.

Koreanische Unruhen. Aus der koreanischen Provinz Süd-Pyöngan wird der Ausbruch erster Unruhen gemeldet. Zwanzig japanische Ansiedler sollen ermordet worden sein.

Afrika.

Maurische Seeräuber. Pariser Blätter veröffentlichen eine Meldung aus Madrid, nach der eine spanische mit acht Fischern bemannte Schaluppe von Mauren gekapert wurde. Die Regierung hat die Entsendung eines Kriegsschiffs zur Befreiung beschlossen.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Dienstag, den 1. Februar.

Achtung, Stinkkatze und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stuckateur und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Lorkuhl in Stücknig (Zwischenmeiser Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein Organistischer Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Die amtliche Schuttagerungsstelle. Seitdem unser Amtsblatt zu drei Vierteln aus einer Hamburger Zeitungsfabrik bezogen und der leitende Redakteur Dr. V. R. ist, der doch wahrlich ob seiner bekannten Verleumdung Stadt-hagens und der sozialdemokratischen Partei ein besseres Schicksal verdient hätte, in die Wüste geschickt wurde, ist es nur noch eine Ablagerungsstätte für Schutt aller Art. Wohllos, anscheinend von der Redaktion nicht einmal gelesen oder verstanden, werden Artikel zum Abdruck gebracht, die sich mit der Sozialdemokratie beschäftigen. Die Hauptsache ist dabei, zu berechnen, daß derartige Scherensarbeit mit der ersten Seite des Hauptblattes abschließt, denn die zweite Seite atmet schon den Hamburger Blatten-Gestank. Dabei ist nun der Amtsblatt-Verleger, die vom Wesen der Sozialdemokratie auch nicht den geringsten Schimmer besitzen, wiederholt das Malheur passiert, daß sie an einem Tage das Gegenteil von dem sagen, was sie kurze Zeit vorher behauptet hatten, daß sie sich selbst schallende Ohrfeigen versetzen, ohne es anscheinend zu merken. Für die Art, wie die „Lübeckischen Anzeigen“ redigiert werden, einige Proben. Am 13. Dezember 1909 brachte das amtliche Organ unserer Behörden einen fulminanten Dekretartikel gegen unsere Partei unter der vielversprechenden Überschrift: „Die Sozialdemokratie demaskiert!“ Dort heißt es zum Schluß:

„Die grundsätzliche Feindschaft der Sozialdemokratie gegen die Grundtendenzen unserer Staatseinrichtung scheidet die Sozialdemokratie eben von der Gesamtheit aller bürgerlichen Parteien fundamental. Sie ist keine Partei wie andere, sondern der gemeinsame Gegner aller bürgerlichen Parteien so gut wie des Staates und seiner Einrichtungen selbst, und es wäre daher das Gegenteil von angereicherter Gerechtigkeit, wenn man sie mit demselben Maße messen wollte, wie die bürgerlichen Parteien.“

Wenige Wochen später, am 24. Januar d. J., hieß es unter dem Titel „Wie man die Sozialdemokratie behandeln soll“:

„In manchen Kreisen gilt es für falsch, staatsverhaltend und patriotisch, der Sozialdemokratie gegenüber grundsätzlich aufzutreten und ihr bei jedem Anlaß durch billigen Hohn oder kalte Verachtung zu zeigen, wie gering man sie schätze. Wenn diese Leute einmal kräftig die Sozialdemokratie gescholten haben, mahnen sie, sie hätten nun ganz sicherlich den Staat gerettet. Vielleicht, wenn Worte Dinge umblasen könnten, möchte es so sein. So aber bleiben die zwei bis drei Millionen sozialdemokratische Wähler eine harte Tatsache, die durch keinerlei Disputationen, Bindungen aus der Welt geschafft wird. Und da wir diese Millionen von Sozialdemokraten weder totschlagen, noch ohne Gefahr für unsere Wirtschaft deportieren können, bietet sich, mit ihnen ins reine zu kommen, kein anderes Mittel, als so oder so sich mit ihnen abzufinden. Zeigen sie sich ganz und gar untrübsal, so ist der Kampf natürlich nicht zu vermeiden; soll vielmehr mit allem Nachdruck geführt werden. Aber er kann doch unmöglich Selbstzweck sein. Es wäre — das Wort in seinem tiefsten Sinne erfasst — im höchsten Maße un-national, wenn man die Sozialdemokratie ein für allemal zurückstoßen wollte; auch wo sie zu positiver Mitarbeit sich bereit erweist, sie prinzipiell in die Opposition hineintreiben. Darum ist wahrhaft staatsverhaltende Politik, was Herr v. Bodmann in der badischen Kammer sprach: Die Reine, spröden Widerwärtigen nicht einfach niedergelassen, sondern in pflegliche, sorgfältige Behandlung nehmen zu wollen. Mit anderen Worten: ihnen das Heimfinden zum Vaterlande zu erleichtern. Ob's gelingt, wir wissen es nicht. Aber versucht, wo der Boden bereit ist, soll es werden.“

Hier gibt sich unser famoseres Amtsblatt zunächst unbekümmert eine scharfe Richtigstellung, denn gerade in seiner Redaktionsstube sitzen die Leute, welche kräftig auf die Sozialdemokratie schimpfen und auf diese Weise den Staat retten.“ Doch das nur nebenbei. Die Hauptsache ist, daß im Dezember die „Lübeckischen Anzeigen“ noch eine Ausnahmebehandlung der Sozialdemokratie verlangen, während sie sich bereits im Januar mit unserer Partei abgefunden haben und sie zu positiver Mitarbeit heranziehen wollen. Im Dezember wäre das „patriotisch“ gewesen was im Januar „un-national“ ist.

Am 27. Januar, also drei Tage später, hatte man sich in der Königsstraße wieder eines anderen besonnen. Da hieß es in einem Artikel „Positive Arbeit der Sozialdemokratie und ihre Stellung zum Gegenwartsstaat“:

„Wenn die Sozialdemokratie sich wirklich einmal gesetzgeberisch so betätigt, daß ihre Vorschläge auch vom Standpunkte der staatlichen und nationalen Interessen annehmbar erscheinen, so ist ihre Gesinnung und Latenz die gleiche, wie in den von ihr angeregten Ausstands-bewegungen. Notgedrungen machen die revolutionären Führer der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung einige Konzessionen, wobei zweifellos auch die Erwägung mitspricht, daß die Arbeitermassen schließlich doch einmal mißtrauisch, unwillig und aufässig werden könnten, wenn ausnahmslos jeder Gelegenheitswut bekämpft und abgelehnt würde und zwar nur deshalb, weil er von der Regierung oder von einer staatsverhaltenden Partei stammt und mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des nationalen Staates rechnet. Unter diesen Bedingungen der Sozialdemokratie auf gesetzgeberischem Gebiete steht aber immer, durchaus nach jesuitischer Art, die reservatio mentalis: solange der Gegenwartsstaat dableibt.“ Alles, was die Sozialdemokratie plant und unternimmt, gilt der Vernichtung des historischen Gewordenen, rechtlich und ethisch Begründeten in unserem Staats- und Wirtschaftsleben. Und diese Tatsache bietet den allein möglichen und allein richtigen Gradmesser für den „Wert“ sozialdemokratischer Mitarbeit an den Aufgaben des monarchischen und nationalen Staates! Wenn man diese amtlich-staatlichen Leistungen in Betracht zieht, die für sich selbst sprechen und keines Kommentars bedürfen, so kann man begreifen, welche Konfusion in den Köpfen unserer staatsverhaltenden über die Bestrebungen der Sozialdemokratie herrscht. Die „Lübeckischen Anzeigen“ waren eigentlich noch niemals recht ernst zu nehmen; jetzt sind sie aber endgültig in die Liste der unfreiwilligen Witzblätter aufgenommen worden. Die nationalliberale Partei führt bekanntlich auch den Epitheton „Fraktion Drehscheibe“. Ihre Brechorgane sind mit Erfolg bemüht, die Verschüttung dieser Bezeichnung nachzuweisen.

Die Deutung des Städtenamens Lübeck. über die Deutung des Namens Lübeck hat sich W. H. Ohnesorge in der Zeitschrift zur Begründung des 17. Deutschen Geographentages, der 1909 in Lübeck stattfand, geäußert. Erweitert legt er seine Ausführungen nunmehr im Programm des Katharinenums zu Lübeck vor. Auf den ersten Blick erscheint die Namensform wohl deutsch und man hat sie auch noch im 19. Jahrhundert vorwiegend aus dem Deutschen herleiten

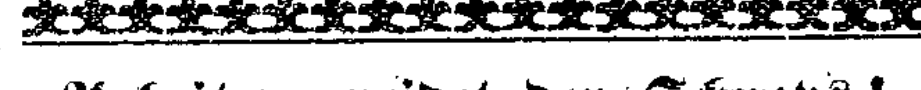
wollen, ohne doch zu einer annehmbaren Erklärung zu kommen. In der Tat zeigt bereits eine historische Erwägung, daß der Name nicht aus dem Deutschen stammen kann. Das deutsche Lübeck, die Gründung des Schaumburger Grafen, trat 1148 an die Stelle einer älteren slawischen Ansiedlung und entlehnte von ihr auch den Namen, dessen Ursprung daher im Slawischen zu suchen ist. Indem nun Ohnesorge die in den Quellen bis zum Ende des Mittelalters vorkommenden Namensformen zusammenstellt und fast sämtliche versuchte Erklärungen prüft, kommt er zu dem Ergebnis, daß schon der alte slawische Chronist Detum das Richtige getroffen hat, indem er erzählt, der Name drücke im Wendischen aus, „was allen Leuten Freude mache“. Die ältesten nachweisbaren Namensformen Lubicz und Lubice sind nämlich (das ist Ohnesorge wohl kaum in Zweifel zu ziehendes Ergebnis) mittels der polabischen Suffixe -ice und -ec aus altslawisch Luba gebildet, was lieb bedeutet. Lübeck bezeichnet also den lieblichen, schönen Ort.

Kriegervereiner in Waffen. Das neueste Nachrichtenblatt für den Landes-Kriegerverband Lübeck enthält folgende Bekanntmachung:

Das Kriegsministerium (Allgem. Kriegs-Departement) hat dem Landes-Kriegerverband Lübeck in Summa 80 Gewehre 71/84, Büchsen 71, Gewehre 71, 6000 Patronen zur Verfügung gestellt, die nach Maßgabe der Stärke und sonstigen besonderen Verhältnisse unserer Vereine verteilt werden können.

Der Vorstand des Landes-Kriegerverbandes Lübeck. Jetzt los auf den „inneren Feind!“ Der Landsturm der Hurra-Schreier, dessen „geistige Waffen“ noch niemals scharf waren, wird ihm mit seiner Knarre schon zeigen, was eine Harte ist. Und das Volk, zu dem ja heute auch noch die Umstürzler gehören, darf die Kosten der Knarre zahlen. Zwar soll ein Gewehr 3,50 Mk. kosten, aber daß das ein entsprechender Preis ist, wird wohl kaum jemand zu behaupten wagen.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Ausnahme in die Kindertages- oder vorstädtischen Volksschulen. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Eltern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1910 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern d. J. aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind. Eltern, welche ihre Kinder zu Ostern 1910 in eine städtische oder vorstädtische Volksschule aufnehmen zu sehen wünschen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder baldmöglichst, spätestens aber bis zum 15. Februar bei den Hauptlehrern des betreffenden Schulbezirks anzumelden. Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung aber wenigstens der Geburtschein vorzulegen, und bezüglich derjenigen Kinder, welche ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Wiederimpfung vorzulegen.



Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das Ihr trinkt, verleihet Ihr dem Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu Eurer Anechtung und, was noch schlimmer ist,

Ihr betrüget Euch selbst.

Jeder Alkoholgenuss ist eine Steuerzahlung!

Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und den Marinismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alkoholgenuss. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmieden ihre eignen Fesseln binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich ihren Klassegegnern aus durch den Alkoholgenuss!

Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfenden Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholgenusses. Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefaßten Resolution.



Was ist eine Drucksache? Als Drucksache gegen die ermäßigte Lage werden von der Post auch Einladungs- und Einberufungskarten befördert, die den Namen des Eingeladenen oder Einberufenen, sowie Zeit, Zweck und Ort der Zusammenkunft handschriftlich enthalten. Man hat neuerdings versucht, auf dergleichen Karten die einzelnen Punkte der Tagesordnung handschriftlich anzugeben. Das Reichspostamt hat aber entschieden, daß sich solche Karten nicht zur Beförderung gegen die ermäßigte Lage eignen. Solche Angaben gingen über den Zweck der Zusammenkunft im Sinne der Postordnung hinaus. Bei Druckfachen, die von Berufs-genossenschaften oder Versicherungsanstalten oder deren Organen auf Grund der Unfallversicherungs-gesetze oder des Invalidenversicherungs-gesetzes abgesandt werden und auf der Außenseite mit dem Namen der Berufs-genossenschaft oder der Versicherungs-Anstalt bezeichnet sind, dürfen Zahlen oder Namen handschriftlich oder auf mechanischem Wege eingetragen oder geändert und der Vordruck ganz oder teilweise durchstrichen werden. Eine gräßliche Rentenliste wollte auf Grund dieser Bestimmung offene Karten als Druckfache verschieben, bei denen der Gelbbetrag handschriftlich eingetragen war. Die Kasse berief sich darauf, daß die Karten in Ausführung des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft abgehandelt würden und daß deshalb dem Absender dieselben Vergünstigungen zu gute kommen müßten, die den Berufs-genossenschaften oder deren Organen eingeräumt sind. Diesen Anspruch hat das Reichspostamt als unbegründet zurückgewiesen. Wenn auch durch die Klasse die Versicherungsbeiträge von den Wählern auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-gesetzes eingezogen würden, so kommt doch die Rentenliste dabei nicht als Organ einer Berufs-genossenschaft im Sinne der Postordnung in Betracht, denen allein jene Vergünstigung zuzuwenden.

Der Prozeß gegen die Reservisten Steinjahn und Matern, welche den Postangestellten- und Reserve-Unteroffizier Karloske im Lockstedter Lager bedrängt und beschimpft haben sollen, schwebt zurzeit beim Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz. In der ersten zweitäglichen Verhandlung hatte der als Vertreter wirkende Rechtsanwalt Jacobsohn-Lübeck eine Anzahl Bemeiselanträge gestellt, denen sämtlich Folge gestiftet werden sollte. Die Verhandlung wurde daraufhin ausgesetzt. Am Sonnabend hatte sich die 8. Kompanie des Reserveregiments einer Vernehmung zu unter-

ziehen, die den Zweck verfolgte, weitere Augenzeugen zu ermitteln. Sowohl wir erfuhr, werden sich im nächsten Hauptverhandlungstermin noch 8 Reservisten als Zeugen einzufinden haben.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1909/10 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitz eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar d. J. bei Vermeidung des Bußschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Nationale Schweinefench. Das Medizinalamt macht bekannt: Auf dem Hofste des Schweinehändlers Hans Hack in Tramm ist die Milzbrandseuche ausgebrochen. Die Ställe des Genannten sind unter Sperre gestellt. — Auf dem Grundstücke des Heizers Regolien hier selbst, Wailen-Allee Nr. 11, ist die Rotlaufseuche ausgebrochen. Der Stall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Handelregister. Am 31. Januar 1910 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Aug. Lutzmann u. Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist der Rechtsanwalt Dr. H. v. Brocken in Lübeck bestellt; 2. die Firma G. Herrmann-Stettin mit Zweigniederlassung unter gleicher Firma in Lübeck. Inhaber: A. Reiche, Kaufmann in Stettin. Prokurist: Arthur Kummerich in Stettin.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 31. vor. Mts. ist vor dem Hause der Maretschen Konditorei ein Fahrrad Marke „Zorpebo“, mit nach oben gebogener Lenkstange, der vom Polizeiamt gelieferten Erlernungsnummer 13519 und der Fabriknummer 106783 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Am Sattel befinden sich die Buchstaben „E. W.“

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch gelangt bei ermäßigten Mittwoch-Preisen Goethes „F. H. G. nie auf Lauris“ zur Aufführung. Als Drehmeister Herr Armand vom Stadttheater in Rostock für das Fach der 1. Helden ein Gastspiel auf Engagement absolviert. — Am Donnerstag kommt die Oper „Die Zauberflöte“ zur Wiederholung. Als Sarasno wird Herr Weiker vom Raimund-Theater in Wien gastieren. Derselbe ist an Stelle des abgehenden Herrn Hörtges als Vertreter des 1. Vah-Fages in Aussicht genommen.

Malente. Achtung, Parteigenossen! Mitgliederanmeldung am Donnerstag, dem 8. Februar, abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lühr, Restaurant Seelust. Genosse Mehlert in Lübeck wird einen Vortrag halten über „Krankenkassen und die Reichsversicherungsordnung“.

Hamburg. Gesellschaft zur Ausführung von Maler-, Lackier- und Anstreicherarbeiten für Hamburg und Umgegend, e. G. m. b. H. Unter dieser Firma hat sich eine neue Produktiv-Genossenschaft etabliert. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Ausführung aller in das Maler-, Lackier- und Anstreichergewerbe einschlagenden Arbeiten. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus organisierten Malergehilfen. Für das Zustandekommen des Unternehmens war maßgebend erstens die heute im Gewerbe bestehende Schmutzkurrenz, zweitens die daraus zum größten Teil resultierende außerordentlich schlechte wirtschaftliche Lage der Berufscollegen. Die Genossenschaft bezweckt nicht die Erzielung hoher Uberschüsse, sondern die preiswerte Herstellung guter und solider Arbeiten. Die Genossenschaft zahlt keinen Gewinn an ihre Mitglieder aus. Sie will nur den organisierten Kollegen stabilere und lohnendere Arbeitsgelegenheit schaffen. — Ein Opfer seines Berufs ist der 34 Jahre alte Sandhändler Paul Heine geworden. Er war am Montag auf einer Baustelle an der Jenischstraße beschäftigt, stürzte dort von einer Leiter ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus St. Georg starb. — Im Bett erstickt ist am Sonntag morgen der am Grobneumarkt 30 wohnende 28 Jahre alte Schlosser Heintz Cornhls. Genannter wohnte im dritten Stock bei Stoppenbrink. Am Sonntagabend beauftragte er seinen Logiswirt, ihn am Sonntag morgen um 9 Uhr zu wecken, ging in sein Zimmer und schloß sich ein. Als St. zur angegebenen Zeit an die Stubentür pochte und keine Antwort erhielt, gleichzeitig aber die Wahrnehmung machte, daß aus dem Türspalt dieser Qualm hervorströmte, vermutete er ein Unglück und alarmierte die Feuerwehr, worauf Zug 3 herbeieilte. Da man das Türschloß nicht öffnen konnte, zerhieb man die Scheiben und drang so ins Zimmer. Dort fand man C., im Bette liegend, erstickt vor, während ein dicker Qualm die Stube füllte. Nach dem Befund des Offens zu urteilen, ist dieser am Sonnabend abend über heizt gewesen und dadurch deßert geworden. Gase der schmelzenden Kohlen haben sich dann während der Nacht derart im Zimmer angesammelt, daß C. im Schlaf den Erstickenstod gefunden hat. — Bei der Arbeit ums Leben gekommen. Der Schiffreiniger Frh. Dähling, der auf dem Dampfer „Neumünster“ im Raum mit Einschaulen von Anrat beschäftigt war, wurde von einem herabfallenden Echerstod, der durch einen untergehakten, aufgemundeten Kibel aus seiner Lage gebracht war, auf den Kopf getroffen, sodas er bewußtlos hinstürzte. Der Mann wurde nach dem Hafentraktenhause gebracht, verstarb jedoch bereits auf dem Transport.

Heide. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Sommerwirtschaft Grünenthal bei Heide. Die Lokalfakten sind mit einer Aetolen-Lichtanlage versehen. Da diese nicht funktionierte, wollte der Besitzer Heinrich Gmke die Erleuchtung besorgen. Als seiner Frau, der das lange Ausbleiben ihres Mannes auffiel, nach ihm suchte, fand sie ihn tot zwischen den explodierten Aetolentessen liegen, die obere Hälfte des Kopfes war abgerissen, das Häuschen, in dem sich die Anlage befand, mit dieser in die Luft geflogen. Es wird angenommen, daß Gmke den Raum mit brennender Zigarre betreten hat.

Friedrichstadt. Ein schweres Bootsunglück hat sich an der Bargener Eiderfähre zugetragen. Das von Dithmarscher Seite kommende mit vier Mann besetzte Fährboot konnte des Gites wegen an der Bargener Seite nicht anlegen. Das Boot kam auf eine Eisfahle und schlug um. Alle vier Insassen fielen ins Wasser, drei wurden gerettet, der vierte, der 50jährige Schiffer Knudt aus Bargen, kam nicht wieder zum Vorschein, er ist wahrscheinlich einem Schlaganfall erlegen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. bis 29. Januar 1910.

- Geburten.**
- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
 - 17. Januar. Tappezer Ch. Meyer. 19. Steinmetz A. Schmidt. 20. Arbeiter L. G. W. Kooßs. Klempner G. A. Brandstädter. 21. Weichensteller F. D. Ch. Wunderwaldt. Eisenbahnbremsler A. W. Nieme. Kaufmann F. C. Ch. Groß. Tappezer und Dekorateur G. F. S. Hamann. 22. Arbeiter

Der Antialkoholkongress in Petersburg und die Arbeiter.

Als die russische Regierung im Jahre 1894 das Branntweinmonopol einzuführen begann, erklärte sie, daß sie durch die Konzentrierung des Schnapsauschanks in den Händen des Staates das ökonomische und moralische Niveau des Volkes heben wolle. In Wirklichkeit war diese „Reform“ hervorgerufen durch die ständige Verringerung der Trunksucht und die daraus resultierende Verringerung der Einnahmen aus der Branntweinbesteuerung. Das Ministerium Wille bedurfte neuer Millionen zur Durchführung seiner phantastischen Finanzpläne, und so wurde denn als ergiebigste Quelle, als Basis der Staatshaushaltung die durch den Staat betriebene Vergiftung des Volkes durch Fusel erwähnt. Das Ergebnis war für das Finanzministerium sehr vorteilhaft: der Reingewinn der Regierung stieg von 276 Mill. Rubel vor der Einführung des Schnapsmonopols auf 520 Mill. (1125 Mill. Mark) im Jahr! Während der Preis eines Wedro Branntwein ohne Steuer früher 1 Rubel 60 Kop. betrug, beläuft sich der Verkaufspreis jetzt auf 8 Rubel 50 Kop., d. h. auf das Fünffache. Die Steuer, die der Branntweinzer von jedem Wedro Branntwein erhebt, beträgt vier Fünftel des gesamten Verkaufspreises.

Neben einer schärferen indirekten Besteuerung der Volksmassen unternahm die Regierung systematisch Maßnahmen, um die Trunksucht zu fördern. Die Folge war, daß der Branntweinkonsum seit Einführung des Schnapsmonopols um 29 Proz. stieg. Selbst ein solch regierungstreues Blatt, wie die „Nowoje Wremja“ geriet angesichts der Angaben der offiziellen Statistik von 1907 in ein solches Entsetzen, daß es in einem fulminanten Artikel, betitelt: „Die Schnapsflut als guter Genius der russischen Finanzen“, das Branntweinmonopol als unmoralischer und verwerflicher erklärte als den Opiumhandel in China. Es schrieb wörtlich: „Aus den offiziellen Daten ist ersichtlich, daß unsere Finanzpolitik die Trunksucht nicht bekämpft, sondern im Gegenteil auf die lasterhafte Neigung der Bevölkerung zum Schnaps spekuliert.“

Seit Eröffnung der ersten Duma mit ihrer reaktionären Majorität wurden die gewöhnlichen Hinweise der Junker und Kapitalisten auf die Trunksucht als die Quelle allen Übels durch die Agitation solcher sozialer Quacksalber, wie der oktoobrische Abgeordnete Schelichow ergänzt, der den reaktionären Charakter der Volksvertretung durch Scheinangriffe gegen den Branntweinhandel zu beschönigen suchte. Man kann es im gewissen Sinne als ein Ergebnis dieser Agitation betrachten, daß die Regierung die Einberufung eines allrussischen Kongresses zur „Bekämpfung der Trunksucht“ gestattete, an welchem außer bürgerlichen Politikern, Geistlichen, Professoren auch verschiedene demokratische Elemente der Bevölkerung und die Vertreter von einzelnen legalen Arbeiter-Organisationen teilnehmen konnten.

Der Kongress war geplant als dekorative Manifestation der „wohlgesinnten Elemente“ gegen das Übel der Trunksucht, gegen die Verderbtheit des Volkes. Die Regierung erwartete selbst von der Teilnahme der liberalen Professoren an dem Kongress nichts Böses, da sie erstens entsprechende Vorsichtsmaßnahmen ergriffen hatte und ihre liberalen Pappenheimer nur allzugut kannte. Aber die Arbeitervertreter warfen alle diese schlauen Berechnungen über den Haufen. Die Administration hatte zwar einen Teil der Arbeiterde-

legierten schon vor dem Kongress unschädlich gemacht, der Stadthauptmann hatte einen Teil der angekündigten Berichte, vor allem die Berichte der Arbeitervertreter, aus dem Programm gestrichen, aber dennoch verstand es die kleine geschlossene Gruppe der Arbeiter, die demokratischen Elemente des Kongresses um sich zu scharen, die Debatten auf ein höheres Niveau zu heben und den Pulsschlag des wirklichen Lebens, den Hauch des Klassenkampfes in diese hochanständige, gelahrte Gesellschaft hineinzutragen. Die salbungsvollen Gottesmänner hörten voll Entsetzen, wie respektlos sich die Arbeiter über ihre Vorschläge, die religiöse Erziehung zu heben, aussprachen. Die Vertreter des Ministeriums der Finanzen verließen, empört über den Ton und die Anklagen der Arbeitervertreter, den Kongress. Und die liberalen Professoren endlich, die im Präsidium saßen, übertrafen selbst die Polizeibüttel durch die rücksichtslose Strenge, mit welcher sie jede Äußerung der Arbeitervertreter zu unterdrücken suchten. Und dennoch errangen die Arbeiter in vielen Fragen einen glänzenden Sieg, den ihnen das Präsidium durch die Unterschlagung und Fälschung der wichtigsten Resolutionen in der Plenarversammlung des Kongresses nicht zu entreißen vermochte. Die Arbeiter setzten es durch, daß eine Resolution angenommen wurde, in welcher das Branntweinmonopol als eine der stärksten Waffen und Bereicherungsmittel der Bürokratie und der Agrarier gebrandmarkt wurde. Sie bestanden auf die Annahme einer Resolution, in welcher der rücksichtsloseste Kampf gegen den Alkoholismus verlangt wurde. Und sie brachten es schließlich zum Bewußtsein des Kongresses, daß die Wurzeln des Alkoholismus in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegen, und daß zu seiner erfolgreichen Bekämpfung der Kampf um die politische Freiheit des Volkes, der Kampf um die Ideale des Sozialismus erforderlich ist.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 31. Januar 1910.

27. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dernburg.

Koloniales Nagoui.

Bei der dritten Lesung der Nachtragesatz ergreift das Wort

Erzberger (Z): Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat am 29. Januar in der „Kölnischen Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, wonach der Vertrag von 1908 nach Form und Inhalt zweifelhaft sein soll. Er sei auch nicht notariell beglaubigt und die Gesellschaft habe keinesfalls irgendwie auf ihre Rechte verzichtet. Nach unserer Auffassung jedoch besitzt sie ein uneingeschränktes Bergwerkseigentum in Südwestafrika nicht mehr. Nur unter Vorbehalt, daß an dieser Rechtsauffassung festgehalten wird, können wir dem Nachtragesatz zustimmen. Den neuen Vertrag hat der Unterstaatssekretär zunächst nicht abgeschlossen. Er hat ihn als einen großen Vorteil für das Reich hingestellt, und da ist es doch merkwürdig, daß die Aktien der Gesellschaft infolge des Nichtabschlusses an einem einzigen Tage um 100 Proz. gefallen sind.

Dr. Arning (N): Ich und auch die meisten meiner Freunde teilen die Rechtsauffassung des Abg. Erzberger.

Dr. Arndt (N): Ich schließt sich ebenfalls der Auffassung Erzbergers an. Wenn die Gesellschaft sich darauf berufe, daß der alte Vertrag nicht notariell beglaubigt ist, so verstoße sie gegen Treu und Glauben, und eine rücksichtslose Gesetzgebung gegen sie sei am Plage. (Sehr richtig! rechts.)

Staatssekretär Dernburg: Auch ich teile die hier vorgebrachte Rechtsauffassung. Unsere Juristen haben keinen

Anlaß zu notarieller Beglaubigung, und jedenfalls bildet der Vertrag von 1908 die Grundlage der Auseinandersetzungen zwischen Fiskus und Kolonialgesellschaft.

Dr. G örke (N): Da der Reichstag den Vertrag von 1908 für gültig hält, werden wir dem Nachtragesatz zustimmen.

Freiherr v. N icht hofen (N): Die Veröffentlichung ist nichts als eine versuchte Pression. Weder der Reichstag noch der Staatssekretär werden ihr nachgeben. (Sehr richtig! rechts.) Dem Nachtragesatz stimmen wir zu.

Lebebour (Z): Wir haben die Rechte der Gesellschaft von vornherein bestritten. Sie führen sie auf den Landerwerb des Herrn Lüderth zurück. Und ich habe bereits bewiesen, daß die damalige Erwerbung eine betrügerische war, weil die Rechtsunkenntnis der Eingeborenen ausgenutzt wurde, um ganze Königreiche für 500 Gewehre und 10 000 Mark zu erwirbeln. Daß diese Leute nun aber auch noch versuchen, durch Wandel der geschiederten Art dem Fiskus noch mehr abzuknöpfen, ist für sie bezeichnend. Wegen diese Manipulation muß aufs schärfste Front gemacht werden. (Bravo! b. d. So.)

Erzberger (Z): Ohne den Vertrag von 1908 würden alle unsere Maßnahmen von Südwestafrika in der Luft schweben. Ob er gültig ist oder nicht, darf keine juristische Frage sein für uns. Auch die Herren Sozialdemokraten sollten deshalb dem Etat ihre Zustimmung geben, damit die Auffassung des Reichstages klar und einstimmig zum Ausdruck gebracht wird. (Bravo! l. Zentr.)

Dove (Z): Auch wir zweifeln nicht an der Gültigkeit des Vertrages und sehen keine Gefahr darin, jetzt für den Etat zu stimmen.

Staatssekretär Dernburg: Der Vertrag von 1908 ist die Grundlage für alle wie immer abgeleiteten Rechte der Gesellschaft. Aber abgesehen davon bekommen wir die Einnahmen dieses Nachtragesatzes nicht nur auf Grund des Vertrages, sondern auf Grund unserer Hoheitsrechte.

Lebebour (Z): Der lebenswichtigen Aufforderung des Herrn Erzberger können wir nicht folgen. Die Aufforderung zeigt nur, wie schwierig es den Herren ist, unsere sozialistische Auffassung zu verstehen, aus der heraus wir Ihre kapitalistische Kolonialpolitik nicht mitmachen können. Den Nachtragesatz lehnen wir ab, werden aber alles unterstützen, was die Mehrheit des Reichstages etwa beschließt, um der ungeheuerlichen Zunahme der Kolonialgesellschaft entgegen zu treten. Einer Resolution in diesem Sinne würden wir zustimmen. Wenn wir hingegen für den Etat stimmten, so würde das sicher falsch ausgelegt werden. Auch von den Parteifreunden des Herrn Erzberger, außerhalb des Hauses natürlich. (Stt. und Bravo! b. So.)

Der Nachtragesatz für Südwestafrika wird angenommen, ebenso debattelos der Nachtragesatz für Ostafrika.

Bei der folgenden Generaldebatte über sämtliche Schußgebiete weist

Erzberger (Z) auf den Unfug der horrenden Überzahlung der Reiskosten hin, verlangt Ausbau der Selbstverwaltung in den Kolonien und beklagt die Ausbreitung des Jalfams dafelbst sowie den schwindigen Handel mit Branntwein in Ostafrika. Der von den Missionen eingeführte Schulunterricht könne von den Behörden besser unterstützt werden. Sehr mangelhaft sei auch die Gerichtsbarkeit in Samoa. (Bravo! l. Z.)

Dr. Arning (N): In Neu-Guinea klage man über zu hohe Zölle. Diese wirken hemmend auf den Handel mit Deutschland. Redner weist auf die Wichtigkeit der Baumwollfrage hin, die hoffentlich mit der Zeit auch die Sozialdemokratie veranlassen wird, ihre ablehnende Haltung den Kolonien gegenüber aufzugeben. Sie sollten sich die englischen Arbeiter zum Muster nehmen, die Geld aufbringen, um die englische Baumwollkultur in Ostafrika zu stärken. (Hört, hört! bei d. Nat.) Redner sucht das Verhalten der Lüderthbuecher zu entschuldigen. Man solle nicht zu streng urteilen. Denken wir daran, welchen Kadaw wir am Sonnabend hier im Reichstag gemacht haben! (Stt.)

Staatssekretär Dernburg: über die Selbstverwaltung habe ich mich in einer Programmrede in Swatopmund geäußert. Natürlich werde ich die Gouverneure und Beamten in allen wichtigen Angelegenheiten um Rat fragen, nicht

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Notifizierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau.

(2. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Bei Falk-Olsen erzählte man sich vorigen Sonntag, daß der Bureauchef nächster Tage zum Kammerherrn ernannt werden würde“, sagte Hjorth, die Gelegenheit benutzend, um mit seinen vornehmen Bekanntschaften zu prahlen.

Die beiden anderen erwiderten nichts darauf; man trennte sich nach Hjorths Anweisung, um beim Grandhotel wieder zusammenzutreffen.

Die Sonne schien aus aller Macht; der schmale Schattenstreifen, der sich jetzt über die eine Straßenseite gelegt hatte, war von so vielen Leuten eingenommen, daß die drei Herren, jeder auf seinem Wege es vorzogen, der Hitze Trotz zu bieten und mitten in der Sommerrut zu gehen. Sie grüßten ihre Bekannten flüchtig, ohne stehen zu bleiben. Man sah, daß sie es eilig hatten und die großen Papierpakete unter ihrem Arm taten ihre Wirkung.

Inzwischen stieg die Hitze von Stunde zu Stunde immer stärker im Ministerialgebäude, und der alte Hansen saß hier allein in den beiden Zimmern und wackelte mit dem Kopfe über seinem Papierhügel.

2.

Beim Lehnsmann*) auf dem Lande ward Thing abgehalten.

In der Nähe des Hofes standen auf beiden Seiten der Straße lange Reihen von Führerwerken aller Art, meist Einspänner; gerade vor der Tür aber hielt die große Kalesche, welche den Amtmann, den Sorenschreiber und den Bogt aus der Stadt hierher gebracht hatte. Die Kalesche war Gegenstand der Bewunderung der gesamten Dorfjugend, die sie gaffend umstand.

*) In Norwegen heißt ein untergeordneter Polizeibeamter auf dem Lande „Lehnsmann“, ein Amtmann hat ungefähr die Stellung eines Landrats, ein Sorenschreiber die eines Bezirksrichters, ein Bogt die eines Steuereinknehmers.

Die Insassen der Wagen hatten sich ringsumher zerstreut. Einige standen in Gruppen zusammen und besprachen dies und jenes, andere gingen paarweise hinter den Häusern, um ein vertrautes Gespräch zu führen, und wieder andere standen müßig, an den Zäunen und sahen über die See hinaus. Hin und wieder erblickte man auch wohl ein ängstlich gespanntes Gesicht — es gab Leute, die eine weite Strecke Weges zurückgelegt hatten, um zu hören, wie es mit ihrer „Sache“ stände.

Dort stand weit abseits von den anderen ein kleiner trübsüchtiger Mann; er war die ganze Nacht hindurch gefahren, um zur rechten Zeit zum Thing zu kommen. Ein Werbehändler hatte ihn um eine Schimmelfute betrogen. Vor mehr als einem Jahre hatte er sich an den Rechtsanwalt Boyesen in der Stadt gewandt und ihn um seinen Beistand gebeten; manch blanke Laler war aus seiner Tasche zur Stadt gewandert für die gerichtlichen Vorladungen und das Anhören der Zeugen, aber weder der Werbehändler noch auch die Schimmelfute hatte sich blicken lassen. Aber für den heutigen Termin hatte der Anwalt ihm den Abschluß der Sache versprochen. Heute sollte das Urteil gegen den Werbehändler, er sollte sein Geld, ja vielleicht seinen lieben Schimmel wieder haben.

Hätte er bloß ein Wort mit dem Rechtsanwalt Boyesen sprechen können. Den ganzen Vormittag hatte er am Hause des Lehnsmanns Wache gehalten, aber seinen Anwalt hatte er nicht gesehen.

Die Leute gingen aus und ein. Einige hatten mit dem Amtmann zu sprechen, andere sollten Steuern bezahlen oder man hatte dem Sorenschreiber dies und jenes vorzubringen. So verlief der Vormittag und die Mittagstunde kam heran. Die Menge verteilte sich zwischen den Häusern, die mitgebrachten Speisevorräte wurden hervorgeholt; einige verzehrten ihr Mahl stehend und über die See hinausblickend, während die übrigen sich reihenweise an der Grabenkannte des Weges lagerten.

Hin und wieder zeigte sich einer der Schreiber in der Haustür und rief einen Namen. Man drehte sich um und wiederholte den Namen, bis der Gerufene in irgend einem Winkel gefunden ward und sich bedächtig näherte, während der Schreiber ungeduldig ward und der Wind ihm das zierlich geordnete Haar hin und her warf. Auf einem großen Stein im Walle saß ein Mann etwas

entfernt von den anderen. Er hatte den Hut neben sich hingelegt und starrte in Gedanken über das Meer hinaus. Es war ein stark gebauter, ungewöhnlich großer Mann; vom vielen Graben in der Erde und weil er in seiner niedrigen Behausung nicht aufrecht gehen konnte, war ihm der Rücken etwas gekrümmt. Der große Kopf mit den großen Gesichtszügen und das dicht geträufelte, buschige, feuerrote Haupt und Barthaar hätte ihm das Aussehen eines Wilden gegeben, wären die offener, hellblauen Augen mit dem kindlichen Ausdruck nicht dagewesen.

Aus einer der nächsten Gruppen trat ein Mann hin zu dem auf dem Wall Sitzenden und begrüßte ihn mit einem: „Guten Tag, Mjæbel!“

Der Angeredete wandte den Kopf halb und gab den Gruß zurück.

„Gut, daß ich Dich heute getroffen habe,“ sagte der erste; „wir könnten jetzt von dem Sectang am Strande sprechen und auch hören, was andere Leute dazu sagen.“

„Ich lehre mich nicht an andere Leute, Sören,“ sagte Mjæbel, „und hättest Du andere zufrieden gelassen, so stände ich hier jetzt nicht mit Schimpf und Schande vorm Thing.“

„Wir müssen uns darcin finden, daß unsere schlechten Handlungen aus dem Dunkel ans Tageslicht gebracht werden, wenn sie Argernis in der Gemeinde erregen.“

„Ach was, Argernis in der Gemeinde! Wenn jeder sich nur um sich kümmerte, so gäb's kein Argernis!“

„Es ist notwendig, daß das Argernis kommt, aber weh dem Menschen —“

Mjæbel richtete sich in seiner vollen Größe auf und unterbrach den anderen kurz: „Was wolltest Du mir vom Sectang sagen?“

Sören Börvig war ein langer, vornübergebeugter Mann mit gelbem, ungleich geschnittenem Haar und weißen Augenbraunen. Wenn er sprach, sah er von der Seite auf und rieb die Hände ineinander.

„Du gräbst einen tiefen Graben unten am Strande, Mjæbel?“

„Jawohl, das tue ich.“

„Es wird schwer halten, nach dem Tang da unten zu kommen.“

„Ich fahre längs meinem Ufer.“

„Ja, das kannst Du,“ sagte Sören, und sah über den

erkrankte, also in einem für den Beginn der Paralyse im allgemeinen seltenen Alter und hinzunimmt die Kontinuität der Erscheinungen von dem Tage des Unfalles an, wie sie auch von dem Herrn Dr. Kiesel schon auseinandergesetzt sind, außerdem um den ungewöhnlich rapiden Verlauf der Paralyse, so muß man zu dem Schluß kommen, daß hier bei einem zu solchen Erkrankungen disponierten Individuum nicht nur die Möglichkeit vorliegt, sondern eine an Sicherheit grenzende hohe Wahrscheinlichkeit, daß bei dem Arbeiter Joachim Klingbiel in unmittelbarem Anschluß an den Unfall im Juni 1906 sich ein 14 Monate nach dem Unfall zum Tode führendes Hirnleiden entwickelt hat und daß entweder überhaupt für das Eintreten der Krankheit oder zum mindestens für die schnelle Entwicklung des vorher ganz unmerklich gebliebenen Anfanges dieses Leidens der Unfall das auslösende Moment gewesen ist.

Das Reicherversicherungsamt beschloß in seiner Sitzung vom 25. September 1909 noch einen Gutachter zu hören und wählte als solchen den Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Kraus, Berlin. Dieser kommt zu folgenden Schlüssen:

„Es handelt sich darum, die Frage zu entscheiden, ob ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfall im Juni 1906 und der Krankheit bezw. für deren schnelle Entwicklung spricht.“

Die progressive Paralyse ist eine Krankheit, die, wie auch jetzt durch die Wassermannsche Reaktion festgestellt ist, eine der metastrophischen Erscheinungen und zwar die schwerste Form derselben vorstellt.

Sie pflegt in der Regel zwischen dem 35. und 40. Jahre aufzutreten. Das Einsetzen der Krankheit vor dem 35. Jahre gehört zu den Seltenheiten. Aber ganz abgesehen davon, ist bei dem vorliegenden Fall eine unbedingte Kontinuität zwischen dem Unfall und dem Einsetzen der Erkrankung durch die heftigen Kopfschmerzen gegeben, die unmittelbar nach der Verletzung aufgetreten und niemals wieder verschwunden sind.

Allgemein wird jetzt eine ursächliche Beziehung der progressiven Paralyse zu Unfällen, besonders zu Kopfverletzungen, angenommen, wenn auch dabei stets die Disposition, wie nach vorhergegangener Syphilis, eine wesentliche Rolle spielt.

Nach Kraft-Ebing kann die Kopfverletzung die einzig nachweisbare Ursache bilden. Bei circa drei Prozent der Paralytiker lassen sich nach Angabe von Hagberg, Debise und Kaes Unfälle als ursächliche Faktoren nachweisen. Daß der Mann vor dem Unfall gesund gewesen ist, dafür spricht die Tatsache, daß keinerlei Störungen von Seiten des Nervenystems ihn arbeitsunfähig gemacht haben.

Als erstes Symptom traten die Kopfschmerzen auf, und im Laufe von etwa 7 Monaten apoplektiforme Insulte. Daß es sich um ein zufälliges Zusammentreffen von Einsetzen der Erkrankung und Kopfverletzung handeln könne, dagegen spricht gerade die Erfahrung, daß die Krankheit gerade durch solche Kopfverletzungen ausgelöst wird und ferner die Tatsache, daß es sich um einen erst 30jährigen Mann handelt.

Alle diese Momente, zu denen noch hinzugefügt sei, daß z. B. auch bei der Rückenmarkschwindsucht ein Unfall, selbst wenn dieser nur die unteren Extremitäten betrifft, ursächlich wissenschaftlich anerkannt wird, lassen die uns vom Reichs-Versicherungsamt vorgelegte Frage dahin beantworten, daß wir, mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit die Kopfverletzung vom 5. Juni 1906 in ursächlicher Beziehung zu dem Einsetzen der Krankheit und für deren schnelle Entwicklung als auslösender Faktor verantwortlich machen.“

Da somit dieser Gutachter den Tod als Unfallfolge bekräftigt, erkannte das Reichs-Versicherungsamt in seiner Sitzung vom 8. Januar 1910 der Witwe und ihren Kindern endgültig die Hinterbliebenenrente zu.

Durch das Eintreten des Lübecker Arbeiterssekretariats ist somit der Witwe und ihren Kindern eine Jahresrente im Gesamtbetrage von 588,90 Mk. erstritten worden. Wieder einmal ein Beweis für die legendäre Tätigkeit dieser Initiative und deren Notwendigkeit.

Wenigleich der Kampf um die Rente sich beinahe zwei Jahre abspielte, so ist doch durch den schließlichen Erfolg die Zähigkeit und Ausdauer der Rentenbewerberin und ihrer Vertreter belohnt worden. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn die Dauer dieser Streitverfahren erheblich gekürzt werden könnten und ein kürzeres Verfahren Platz griffe.

Aus Nah und Fern.

Schlesische Mäder. Die in Liegnitz versammelten Synodal- und Professorentreter des Provinzialvereins für höhere Mission beschloßen, an den Buchhändlerverein die Bitte zu richten, den „Simplicianus“, die „Jugend“ und andere Blätter aus dem Buchhändlerkatalog zu streichen, weil diese Blätter ihrer Meinung nach zur Schundliteratur gehören.

Der Straßendemonstrationen erlaubt sind, hat jetzt — trotz Dresden und Braunsberg — eine Verschiebung auf weiß behütet. Zur einstündigen Nachmittagsdemonstration liegt jetzt für Rühau die polizeiliche Genehmigung in oder form vor. Das Schriftstück hat diesen Wortlaut:

Kaiserliche Kreis- und Polizeidirektion Wülhausen, 27. Jan. 1910. Wülhausen i. E. Auf die Eingabe vom 21. d. Mts. genehmige ich hiermit die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 10½ Uhr, auf dem Frankfurterplatz hier. Die Abhaltung der Versammlung auf der Kanalüberdeckung kann nicht genehmigt werden, weil eine Prüfung, ob durch das Hochwasser die Standfestigkeit der Überdeckung nicht in einer Weise und Gesundheit der Teilnehmer unmittelbar gefährdenden Weise beeinträchtigt werden, nicht rechtzeitig vorgenommen werden kann. Gegen den an die Versammlung anschließenden öffentlichen Aufzug werden Bedenken nicht erhoben. Da er nunmehr vom Frankfurterplatz ausgeht, erhalte ich ersehen, mir baldigst die Straßen zu bezeichnen, durch die Sie ihn infolge der Änderung zu führen beabsichtigen. Das Singen der Stücke: Der Sozialistenmarsch, Die Internationale, Die Blumenmänner, Die Freiheit hoch in Ehren, Frühlingsmorgen, Solmas und das Spiel der Erde: Der Sozialistenmarsch. Die Freiheit hoch in Ehren, durch die Arbeiterwelt wird hiermit gestattet.

Der Polizeipräsident: Diekmann. Natürlich werden weder in Dresden noch in Braunsberg noch anderswo die Straßendemonstrationen, die öffentliche Aufzüge und Umzüge gestattet, wenn Umzüge oder Straßendemonstrationen stattfinden. Da aber in Röhau die Straßendemonstrationen und Umzüge gestattet sind, so werden die Teilnehmer nur nach ihrer Weise tanzen.

ist es dem Proletariat vorläufig noch erschwert, auf der Straße seine Macht zu zeigen. Es kann aber über Nacht auch einmal anders kommen.

Gefährdung eines Mörders auf dem Sterbebett. Aus Kattibor (Ober-Schlesien) wird berichtet: Der in den Forsten von Kozmowoz beheimatete gewesene Waldheger Koresch verstarb vor 16 Jahren aus seinem Wohnort, und alle Nachforschungen blieben erfolglos. Der Bauer Konsor gestand jetzt auf dem Sterbebett, daß er Koresch vor sechs Jahren erschossen und in einem hohlen Baum versteckt habe. Tatsächlich wurde die Leiche in dem Baumstamm aufgefunden.

Elektrifizierung der Staatsbahnstrecke Magdeburg-Leipzig-Halle. Die Arbeiten zur Verwirklichung dieses bedeutsamen Projektes sind in vollem Gange. Zunächst wird die Strecke Dessau-Bitterfeld in Angriff genommen. Der einfache Wechselstrom von hoher Spannung, der sich auf der Strecke Hainfense-Ohlsdorf so gut bewährt hat, wird auch hier in Anwendung kommen. Der Betrieb erfolgt durch Wechselstromlokomotiven, denen der Betriebsstrom von 10 000 Volt Spannung mittels Oberleitung zugeführt wird. Die Spannung in der zweipolig angeordneten Speiseführung wird 50 000 Volt betragen. Das Kraftwerk wird in Muldenstein, fünf Kilometer von Bitterfeld entfernt, erbaut, wo gute und billige Braunkohle in ausreichender Menge verfügbar ist. Die Anlagekosten, einschließlich der Beschaffungskosten für die elektrischen Lokomotiven, werden sich für die Gesamtstrecke auf 26 Millionen Mark belaufen. Die Kosten für die zunächst auszurüstende Teilstrecke Dessau-Bitterfeld sind auf zwei Millionen Mark veranschlagt worden. Bereits im kommenden Herbst soll der elektrische Betrieb aufgenommen werden.

Familien-drama. Aus Kassel wird gemeldet: In dem Vorort Nieder-Zwehren geriet eine Frau mit ihrem betrunkenen Manne in Streit und spaltete ihm mit einem Küchenbeil den Kopf.

Unheimliche Gesellen. In Dattrop erhielt bei einer Messerschere zwischen italienischen und polnischen Arbeitern einer der Beteiligten sieben Messerstiche in Kopf und Rücken.

Genickstarr. In Düsseldorf erkrankten mehrere Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren an Genickstarr. Alle Vorkehrungsmaßnahmen sind getroffen.

Opfer des Rodelns. In Hagen wurde ein Soldat von einem Rodelschlitten so heftig angefahren, daß er an inneren Verletzungen starb. — In Dömer bei Merlohn verunglückte ein sechzehnjähriges Mädchen beim Rodeln so, daß es auf der Stelle starb.

Wer begnadigt wird! Die „Germania“ teilt mit: „Der wegen des Blankenburger Duellmordes, der eben erst im Reichstage besprochen wurde, zu einem Jahre Festung verurteilte Oberleutnant Granter ist an Kaisers Geburtstag begnadigt worden, nachdem er erst sechs Wochen seiner Strafe verbüßt hatte! Granter erlöste seinen Begner, der sich ungebührlich gegen Granter's Braut benommen hatte.“ Am Tage vor dem Geburtstag Wilhelm II. ist das Blankenburger Duell im Reichstage Gegenstand der schärfsten Verurteilung gewesen, am anderen Tage wird der Duellant begnadigt.

Schweres Brandunglück. Aus London wird berichtet: Unweit der City Road-Station im Osten brach in einem dreistöckigen Gebäude im obersten Geschloß, in dem fünf Kinder im Alter von acht Monaten bis zwölf Jahren allein gelassen waren, Feuer aus. Als die Feuerwehre die brennenden Stuben erreichte, fand sie die Kleinen in Flammen stehend juchend vor. Drei starben auf dem Wege zum Hospital, die anderen beiden bald nach der Ankunft dort.

Wutsturz eines Geistesgehörten. Nach einer Wundung aus Reichenbach in Böhmen erschlug in der Sommerfrische „Ferdinandshaus“ im Riesengebirge der Gastwirt Bergmann, offenbar in einem Unfall von Geistesstörung, seine Kinder mit Weilsieben, vermundete seine Frau schwer und verletzte sich selbst durch Öffnung der Pulsadern.

Belagerung eines Irrenhospitals. Der Besitzer des Restaurants „Zum Franziskaner Schloß“ auf dem Kapuzinerberge bei Salzburg, Anton Weizenbauer, wollte vor einigen Tagen Schießübungen veranstalten und befahl seiner Frau, nach dem Ziele zu gehen und nachzusehen, ob die Schüsse getroffen hätten. Die Frau, die Köchin ahnte, weigerte sich, diesem Ansuchen zu gehorchen. Darauf rief der Mann ihr zu: „Nur nieder und bete dein letztes Vaterunser, denn Du mußt herbei!“ Doch gelang es der Frau, zu entkommen. Sie lief nach der Polizei und bat um Hilfe. Als mehrere Polizisten sich nach dem „Franziskaner Schloß“ begaben, erhielten sie Nachricht, daß Weizenbauer sich in dem Hause förmlich verbarrikadiert habe. Er sei im Besitze von drei Gewehren und viel Munition. Darauf begaben sich alle Polizisten nach dem Franziskaner Schloß. Weizenbauer stand hinter einer Schießbarriere und suchte mit einem Gewehre herum. Er drohte, jeden zu erschießen, der sich dem Hause nähern würde. Nach zweistündiger Belagerung führte die Polizei das Haus und sprengte die Tür. Weizenbauer hatte sich aber inzwischen durch eine Hintertür geschlüpft und war entflohen. Bald zeigte er sich nun in der Nähe des Franziskaner Schloßes und wurde von mehreren Polizisten übermüht. Weizenbauer, der wegen Trunksucht schon einmal in einer Heilanstalt war, wurde neuerdings dem Irrenhause übergeben.

Untergang eines englischen Torpedobootszerstörers. Der englische Torpedobootszerstörer „Eden“ wurde Freitag im Hafen von Dover von einem heftigen Schneesturm übertrübt und schwer beschädigt. Er wurde von der Verankerung losgerissen und auf die hohe See getrieben. Das Schiff verlor die Propeller und legte sich vollständig auf die Seite, so daß es in der näheren See in wenigen Minuten vollschlug. Die aus 58 Mann bestehende Besatzung wurde mit Rettungsapparaten gerettet. Die im Hafen liegenden Kriegsschiffe richteten ihre Scheinwerfer auf das Wrack, um die Rettungsarbeiten zu unterstützen. Die Besatzung des „Eden“ versammelte sich auf Deck. In dem Moment, als die Rettungsboote ausgehrt wurden, wurde das Schiff auf die Seite geworfen. Die Rettung der Mannschaft vollzog sich, da gute Disziplin herrschte, glatt. Die Kriegsschiffe konnten auch mehrere Kanonen, Torpedos und andere Ausrüstungsteile des Torpedobootszerstörers in Sicherheit bringen. Bei dem Rettungswerk kamen 14 Mann vom Schlachtschiff „Albemarle“ in die Gefahr des Ertrinkens. Der Torpedobootszerstörer liegt jetzt auf dem Meeresgrunde und man befürchtet, daß er vollständig verloren ist.

Entgleisung eines Schnellzuges. Als der Schnellzug von Brighton nach London Sonnabend mit einer Geschwindigkeit von vierzig Meilen (etwa 64 Kilometer) die Station Stouas Rest durchfuhr, entgleiste er plötzlich. Zwei Wagen wurden auf den Bahnsiege geschleudert und richteten große Verwüstungen an. Bis 7 Uhr abends waren 10 Tote und 20 Verwundete festgestellt worden. — Bei der Entgleisung des Londoner Schnellzuges wurden die beiden ersten Wagen auf den Bahnsiege geschleudert. Der folgende Pullman-Salonwagen flog hoch in die Luft und zertrümmerte beim Niederfallen den halben Bahnhof. Die

übrigen Wagen fielen auf die Seite und wurden eine Strecke weit geschleift. Die Entgleisung erfolgte beim Passieren einer Weiche.

Mord oder Selbstmord? Aus Genf wird berichtet: Freitag abend wurden hier im Hotel Minerva der Direktor des Privatdetektivbureaus Veritas in Genf, Gaas, und Frau Verta Donzel aus Berlin, die erst kürzlich in dem Hotel eingetroffen war, tot aufgefunden. Durch die Untersuchung konnte noch nicht festgestellt werden, ob ein Doppelselbstmord oder Mord und Selbstmord vorliegt.

Die Überschwemmungskatastrophe in Frankreich scheint ihrem Ende entgegenzugehen. Das Wasser fällt jetzt andauernd in Paris und in der Provinz. Trotzdem ist Paris noch unter Wasser. Das Palais Bourbon ist noch immer von Wasser umgeben. Die Station Place de la Republique der Untergrundbahn ist noch bis an die Decke mit Wasser gefüllt. Beim Palais de Justice und dem Lyoner Bahnhof sind neuerdings Boden-senkungen eingetreten. Auf dem Boulevard Diderot hat eine Boden-senkung eine Länge von 150 Metern. Minister Millerand besuchte Sonnabend in einem Boot die am meisten bedrohten Stadtteile und traf Vorkehrungen für die Verproviantierung der Stadt. So ordnete er die Anlage von zahlreichen Brückenstegen und Überwegen an, während er andererseits bei den meisten Brücken die Bohlen und Bretter, die vielfach ein Anstauen des Wassers verursachen, beseitigen ließ. Ministerpräsident Briand, Kriegsminister Brun und der Polizeipräsident Lépine haben verschiedene überschwemmte Stadtteile besichtigt und festgestellt, daß alle Maßnahmen zur Sicherheit der Bevölkerung getroffen waren. Briand erklärte, als er nach seiner Meinung über den Vorschlag einiger Blätter, daß der Belagerungszustand über Paris verhängt werden solle, gefragt wurde, diese Maßnahme wäre durchaus ungeschickfertig angesichts der Nähe, die die Pariser Bevölkerung bewahre und angesichts der Tatsache, daß sie sich gemeinsam mit den Behörden in bewundernswürdiger Weise am Rettungswerk beteilige. Auch Präsident Fallières besuchte zwei der gefährdeten Stadtteile. Die Place de l'Opéra ist wieder für den Verkehr freigegeben.

Sonnabend wurde die Gemeinde Gennévilliers infolge Dammbrechens schnell überschwemmt. Das Wasser steht dort an einzelnen Stellen 2,50 m hoch. Auch der Aquädukt von Achères ist überschwemmt. Bei den Rettungsarbeiten in der Nähe des Lyoner Bahnhofs wurde die Leiche eines Ertrunkenen geborgen. Ein Einwohner, der sich in den Dachstuhl seines überschwemmten Hauses geflüchtet hatte, mußte, da er vor Schrecken schwer erkrankte, ins Hospital geschafft werden, wo er bald nach seiner Einlieferung starb.

Tief erschütternd wirkte am Freitag morgen die Räumung des im Viertel Javel (15. Arrondissement), nahe der Sainebrücke Mirabeau belegenen Boucicaut-Hospitals, in dem nicht weniger als vierhundert Kranke untergebracht waren. Seit vier Tagen arbeitete das gesamte Personal des Hospitals unter der Leitung des Direktors ununterbrochen daran, die in den Kellerräumen befindlichen Maschinen durch Aufziehen von Schuymauern zu retten. Seit 48 Stunden war das Telephon des Hospitals unterbrochen, und der Direktor war auf seine eigene Initiative angewiesen. Allein alle Aufopferung erwies sich als nutzlos, weshalb der Direktor sich schweren Herzens dazu entschließen mußte, seine Kranken auf die verschiedenen weniger bedrohten Hospitäler zu verteilen. Die Räumung erfolgte in musterhafter Ordnung und alle Vorkehrungen waren so umfassend getroffen worden, daß sämtliche Kranke in kaum dreiviertel Stunden in den requirierten Sanitätswagen untergebracht waren. Mit geradezu fährender Eilfertigkeit wurden die Kranken, unter denen sich auch einige Sterbende befanden, vom Personal des Hospitals und den requirierten Böschmännern in Decken gehüllt und nach den bereitstehenden Wagen getragen.

Gestern mittag ist plötzlich das Wasser in Paris in den Temple Bahnhof der Untergrundbahn eingedrungen und sich sieben Meter hoch. Gestern herrschte prächtiges Wetter. Die Bevölkerung suchte sich durch Augenschein zu überzeugen, ob die amtlichen Nachrichten über das Zurückgehen der Seine nicht nur als beruhigende Mitteilung aufzufassen ist. Die Notlage erwies sich als sehr vorteilhaft. In der Comédie Française mußte infolge von Mangel an Elektrizität Acetylen-Beleuchtung eingerichtet werden. Am mittag schlug die Stimmung ein wenig um, als man erfuhr, daß das Wasser in den Metropolitan-Galerien am Opernplatz wieder um 20 Zentimeter gestiegen ist und daß Kanalbrüche in der Nähe des Glyce-Palastes stattgefunden haben. Die Alpen-Wirtschaft nimmt zu, die Bevölkerung übt jedoch Selbsthilfe. Im Vorort Jory wurde ein Spache ins Wasser geworfen, ein anderer an einem Baum aufgehängt.

Der Dank Messinas an Catania und de Felice. In einer feierlichen Weise wurde, wie aus Rom berichtet wird, am 23. d. Mts. von einer Vertretung der Stadtverwaltung Messinas dem Stadtrat von Catania ein Dankeszeichen für die Hilfsleistung nach dem Erdbeben überreicht. Eine weitere Anerkennung war für den Genossen de Felice bestimmt, der in anspitzender Weise sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, um Verwundete zu retten. Diese Kundgebung zeigt am deutlichsten, was von den klerikalen Verleumdungen zu halten ist, die de Felice als einen Verschwender von Geldern aus dem Erdbebenfonds darstellten und über Organe berichteten, die er im Rathaus von Catania mit Birnen gefeiert haben sollte, während in Wirklichkeit das Rathaus damals ganz von Verwundeten und Hilfsbedürftigen überfüllt war.

Der Reklamedoktor. Im Januar der „Welt des Kaufmanns“ (Verlag von Georg D. W. Callwey, München) lesen wir: Ein Leser schickt uns das folgende Zitat ein, das er in einer großen süddeutschen Zeitung fand:

„Er gesucht zur formellen Unterstützung der Reklame eines chemischen Präparates der Schreibwarenbranche. Kapital und Branchenkenntnis nicht erforderlich. Name mit französischem Klang bevorzugt. Offerten ufw.“

„Keine Fachkenntnisse, aber einen Titel und einen fremdsprachig klingenden Namen! Man sieht, es gibt Geschäfte, die mit verblüffend wenig Aufwand an Geist zu machen sind. Warum? Weil das große Publikum noch weniger davon hat und auf den Leimruten jedes Gimpel-fängers hängen bleibt.“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schurz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, insertiere im „Lübecker Volksboten“.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, an die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Dienstag, den 1. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Klassenherrschaft.

Man kann nicht genug betonen, daß es die **Klassenherrschaft** ist, welche die feindlichen Gegensätze zwischen den Staaten und Nationen schafft. Dies zeigt sich bei den unaufhörlich sich steigenden Kriegsrüstungen, die durch den Militarismus, das Werkzeug des Klassenstaates, verursacht werden; es zeigt sich aber auch in der Handelswelt, wo die herrschenden Klassen aller Länder eine rücksichtslose Beutepolitik betreiben. Wie die Völker die Kosten für die Weltkriege zu zahlen haben, so haben sie auch den Schaden zu tragen, den die Beutepolitik in der Handelswelt anrichtet.

Wer diese Einsicht gewonnen hat, der weiß auch, wie wenig die offiziellen und nicht offiziellen Freundschaftsbeziehungen bedeuten, die zwischen den herrschenden Klassen der verschiedenen Staaten ausgetauscht werden. Wenn englische und deutsche Kommunalbeamte gegenseitig ihre Länder bereisen, so hat das auf den Flottenweibau gar keinen Einfluß, und wenn Komitees diesseits und jenseits der Vogesen errichtet werden, welche die deutsch-französischen Beziehungen pflegen sollen, so stehen sich darum doch Frau Germania und Frau Gallia bis an die Zähne bewaffnet gegenüber und plagen sich mit Verkehrsstatistiken. Wenn zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika Professoren ausgetauscht werden, und wenn man eine Alten Frigen-Statue hinüber und eine Steuben-Statue herüber schickt, wenn die Botschafter bei behaglichen Dinern wohlgelegte Toaste auf die „altbewährten“ Freundschaftsbeziehungen ausbringen, so hindert das durchaus nicht, daß zwischen Pankees und Ostelbien die heftigsten wirtschaftlichen Interessenkämpfe ausgefochten und die Völker beiderseits benachteiligt werden.

Am 7. Februar soll das bisherige Handelsabkommen zwischen der nordamerikanischen Union und dem Deutschen Reich ablaufen. Die friedlichen Vorlesungen der Austauschprofessoren werden überläßt von dem Gebrüll der Agrarier, die zum Zollkriege gehen und gegen die nordamerikanische Landwirtschaft die schärfsten Maßregeln angewendet wissen wollen. Die „Gefahr“ der nordamerikanischen Fleischeinfuhr, welche hauptsächlich die Aufregung der Agrarier hervorbringt, ist weit weniger vorhanden als früher, auch wenn man sie vom agrarischen Standpunkte aus betrachtet. Es sind bald dreißig Jahre her, seitdem die ersten schärferen Maßregeln gegen die nordamerikanische Fleischeinfuhr begonnen haben. Aber inzwischen hat sich in Nordamerika die Bevölkerung sehr bedeutend vermehrt und dementsprechend ist auch der Fleischverbrauch gestiegen. Desgleichen stieg die Ausfuhr nach Kanada. Wenn nun auch im verfloffenen Jahre das Ergebnis der Viehzucht ein außerordentlich günstiges gewesen ist, so beweist denn doch der Fleischmarkt, daß sich die Umstände gegen früher ganz gewaltig geändert haben.

Wenn heute der Einfuhr nordamerikanischen Fleisches erleichterte Bedingungen zugestanden würden, so würde dies unter den oben geschilderten Verhältnissen eine Veränderung von Bedeutung sonach hervorbringen. Aber unsere Agrarier, die ja in der Politik „auch anders können“ und gelegentlich die Throne krachen lassen, trotzdem sonst agrarisch sein auch „königstreu bis auf die Knochen“ sein heißt, ja die manchmal zu der verfeinerten „Umsturzpartei“ überzugehen drohen, wenn man ihnen „oben“ nicht gleich den Willen tut — diese selben Agrarier sind von eiserner Konsequenz, wenn es sich um ihren Geldbeutel handelt. Wie sie auf den Schiffsabgaben bestehen, um dem Ausland den Verkehr auf deutschen Strömen zu erschweren, so können sie es auch gar nicht erwarten, bis der große Zollkrieg mit der nordamerikanischen Union kommt, damit alsdann der verdoppelte Generaltarif gegen nordamerikanische Waren angewendet werden kann, nachdem der niedrigere Konventionaltarif gefallen ist. Der nordamerikanische Maximaltarif wird erst am 1. April in Kraft treten und so hätte Deutschland für zwei Monate eine günstige Position. Aber dann? Dann wird das dicke Ende nachkommen, worüber Herr Taft gar keinen Zweifel gelassen hat. Denn er hat vor kurzem eine Erklärung erlassen, in der England, Rußland, der Schweiz, Italien, der Türkei und Spanien Minimaltarifsätze zugestanden werden. Von Deutschland ist nicht die Rede.

Es läge also im dringenden Interesse der deutschen Exportindustrie, die einen so großen Teil unseres Volkes beschäftigt, daß vor dem 1. April eine Verständigung mit der Union zustande käme. Man sieht, wie die Agrarier alles tun, um dies zu verhindern, wie sie mit ihrem Übermut und ihren Drohungen die Amerikaner reizten und die Zwischengeit bis zum 1. April zu allerlei agrarischen Manövern benutzen wollen, damit es zum Zollkrieg kommt.

Erst dieser wirklich ein, so muß man sich darauf gefaßt machen, daß Deutschlands Industrie die Überlegenheit der Union auf wirtschaftlichem Gebiete empfindlich zu verspüren bekommt. Denn Deutschlands Industrie ist auf die nordamerikanischen Rohprodukte, wie Häute und Baumwolle, angewiesen, während Nordamerika die Industrieprodukte, die es zurzeit aus Deutschland bezieht, jederzeit auch von anderen Ländern geliefert bekommen kann. Hier liegt eine wirklich e Gefähr vor und nicht eine eingebildete oder vorgetäuschte, wie bei der nordamerikanischen Fleischeinfuhr. Nützen die Nordamerikaner, nachdem sie in der übermütigsten Weise provoziert worden, die kommende Situation ebenso rücksichtslos aus, wie es die Agrarier tun, dann kann es in der Exportindustrie Deutschlands leicht zu einem Zusammenbruch kommen und große Menschenmassen können arbeitslos werden.

Aber das alles kümmert die Herren Agrarier nicht. Sie gehen darauflos; sie erklären in ihrem Beute-Paroxysmus sogar die Presse für bestochen, die auf die Gefahren des Zollkrieges aufmerksam macht. Und es hat allen Anschein, daß sie ihren Willen durchsetzen werden, denn das Zentrum war von jeher agrarisch, und die Nationalliberalen haben ja erst vor kurzem durch den heiligen Paasche erklären lassen, daß sie unter allen Umständen an der agrarischen Handelspolitik festhalten wollen.

Manchmal wird es auch dem nationalliberalen Spießbürger zu toll. Aber da kommt alsdann die agrarische Presse und erzählt ihm, daß es sich um „ideale Güter“ handle und daß die Abspernung des nordamerikanischen Fleisches hauptsächlich darum notwendig sei, weil die Fleischwaren der Amerikaner die Gesundheit des deutschen Volkes gefährdeten. Dazu noch ein Ausbatschen des roten Gespenstes und der nationalliberale Spieß duckt sich wieder unter das agrarische Loch.

Zugleich drohen sich auch die Handelsbeziehungen mit Frankreich zu verschlechtern. Auch das ist nur eine Wirkung der Begehrlichkeit der ostelbischen Agrarier. Die Situation ist so ungeheuerlich geworden, daß man den Pessimismus begreifen kann, der wünscht, die Agrarier möchten nur recht bald den Bogen überspannen, damit er auch um so eher springt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unsere herrlichen Kolonien.

Im Reichstag hatte sich zu Beginn der Montagsitzung ein schwaches Häuflein Abgeordneter eingefunden. Augenscheinlich sind die kolonialen Fragen zurzeit sehr stark in den Hintergrund gedrängt worden. Sedenfalls ist im Reichstage das Interesse an ihnen minimal. Daß gerade die Kolonien ein Betätigungsfeld des allerkrupellosesten Kapitalismus sind, kam wieder einmal so recht zum Vorschein bei Besprechung der Rüsse und Pflisse, die die Kolonialgesellschaft gegen den Fiskus, will in diesem Falle sagen, gegen die deutschen Steuerzahler anwendete. In der Beurteilung dieser Praktiken waren alle Parteien einig. Von unserer Seite brachte Genosse Ledebour dies scharf zum Ausdruck. Daß die Nachtragsetats, deren dritte Lesung zunächst auf der Tagesordnung stand, von sämtlichen bürgerlichen Parteien bewilligt wurden, stand zu erwarten. Zentrum und Freisinnige sind, seitdem das Fraktionszepter von Windhorst und Richter an unfähige Nachfahren übergegangen ist, militärfreund, flottenfromm und kolonialfromm geworden, und zwar weit heraus über das Maß des notwendigen Bourgeoisinteresses. Denn auch unter Dornburg ist bei allem kaufmännischen Zusatz die Kolonialpolitik noch weit davon entfernt geblieben, eine rein bürgerlich-kapitalistische zu sein und ist mit bürokratischen, feudalistischen und agrarischen Schlacken noch reichlich durchsetzt. Die Sozialdemokratie stimmte natürlich gegen den Nachtragsetat und Genosse Ledebour begründete kurz und scharf diese unsere Ablehnung.

Nach Erledigung der Nachtragsetats kam man zum regulären Jahresetat der Schutzgebiete. Erzberger tadelt nicht zu Unrecht die verschwenderische Wirtschaft, die mit der Erstattung der Reisekosten getrieben wird, und ritt sodann eines seiner vielen Steckenpferde, die Kolonialmedanerkennung in Ostafrika. Der nationalliberale Arzt Arning, der laut seinem eigenen Parteifreunde Paasche sich in Ostafrika das schöne Sümmchen von 7000 Mark jährlich gespart hat, suchte mit sehr untauglichen Mitteln Arbeiterzeiten für die Kolonialpolitik zu schaffen. Herr Dornburg hielt eine lange Programmrede. Der Muhammedanerhag Erzbergers trat er mit guten Gründen entgegen. U. a. erwähnte er, daß es so viel leichter ist zum Islam überzutreten, als zum Christentum (was doch auch nicht so schwer ist). Wenn Herr Dornburg der weigen Bevölkerung Deutsch-Südwestafrikas sehr skeptisch gegenübersteht, so verstehen wir das.

Unser Fraktionsredner Noske faßte nach kräftigen und eingehenden Darlegungen unsern Standpunkt dahin zusammen: Wir lehnen die Kolonialpolitik, die ihrer Natur nach nur eine kapitalistische sein kann, ab; wir werden aber alles, was an uns liegt, tun, um sie zu humanisieren.

Zu später Stunde endlich schlug der Freund von Dauerstungen, Herr Spahn, dem Hause Vertagung vor. Aber bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Dienstag-Sitzung entspann sich eine äußerst scharfe Geschäftsordnungsdebatte, in die mit Kraft und Frische unser Genosse Bebel eintrat. Bebel beantragte die Abstimmung über die Beschwerde Ledebours gegen den hohelohischen Ordnungsruß auf Donnerstag zu verschieben. Es haben sich starke Zweifel über das Stenogramm erhoben, das einer Bearbeitung unterzogen zu sein scheint, die man bei südwestafrikanischen Diamantenselbena „Salzen“ nennt. Von freisinniger Seite stimmte man Bebelns Ausführungen bei, während der Schnapsblock sich mit den Nationalliberalen zu einer Erni-Schutzgarde formierte. Der Prinz gab schließlich, von vielen Seiten gedrängt, die Erklärung ab, daß er garnicht verstanden habe, was Genosse Ledebour daszwischen gerufen habe, und daß er ihn nur wegen fortgesetzter Störung zur Ordnung gerufen habe. Nachdem die Unfähigkeit des verfloffenen Kolonialprinzen, die Würde des Reichs zu wahren, somit erneut festgenagelt war, zog Bebel seinen Antrag zurück. Die Abstimmung findet also morgen statt.

Die bürgerliche Presse über die Wahl in Eisenach.

Daß die Sozialdemokratie in Eisenach bereits im ersten Wahlgange siegte, kam der bürgerlichen Presse sehr unerwartet. Man hat bestimmt auf eine Stichwahl und dann auf ein geschlossenes Zusammengehen der bürgerlichen Parteien gerechnet. Das „Berliner Tageblatt“ macht den Freisinnigen heftige Vorwürfe, weil sie den Nationalliberalen die Kandidatur überlassen haben. Es wird in diesem Zusammenhang gesagt:

„Die freisinnigen Führer trieben sogar ihre Selbstverleugnung so weit, daß sie unter dem unheilvollen Einfluß des unvermeidlichen Herrn Müller-Meinigen sich anfänglich bestimmen ließen, für einen weit rechtsstehenden „nationalliberalen“ Kandidaten einzutreten, der eingeschriebenes Mitglied des Bundes der Landwirte war! Diese Müller'sche Kateridee war den freisinnigen Wählern des Wahlkreises denn doch zu bunt; sie erhoben mit Entschiedenheit gegen eine solche Kandidatur Einspruch. Infolgedessen wurde der angeblich linksnationalliberale Rechtsanwalt Appellus-Eisenach zum liberalen Kandidaten nominiert. Leider war der Protest der Freisinnigen nicht entschieden genug; sie hätten mit aller Energie gegenüber ihren verblendeten Führern darauf dringen müssen, daß ein entschieden freisinniger Kandidat nominiert wurde.“

Zum Schluß wird dem Freisinn prophezeit:

„Gewährt aber die Partei noch weiterhin solchen Personen wie Dr. Müller-Meinigen, Kapsch, Fischbeck, Wiemer usw. Gelegenheit, ihren verderblichen Einfluß auf die Taktik der Partei auszuüben, so darf sie sicher sein, daß ihr letztes Stündlein bald geschlagen haben wird.“

Die „Berliner Volkszeitung“ erblickt in dem Wahlausfall die Antwort auf die Belastung des Volkes mit den neuen Steuern.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, der Sieg ist die Frucht der Steuerhege, die auch in diesem Kreise in erschreckender Weise und nicht nur von der Sozialdemokratie getrieben worden ist.

Zum Zusammenhalt unter den bürgerlichen Parteien mahnt die „Germania“, die den Liberalen so nebensächlich im Stammbuch schreibt:

„Die Liberalen haben in Eisenach-Dornbach ja wiederum erfahren müssen, daß sie mit ihrer Finanzreformhege gegen die Reichstagsmehrheit den Sozialdemokraten das Wasser nicht abgraben können, sondern damit nur, wenn auch ungewollt, im Dienste der Sozialdemokratie arbeiten.“

Die „Post“ schiebt die Schuld an dem Wahlsieg den Freisinnigen in die Schuhe, weil anzunehmen sei: „daß bei der in neuerer Zeit ja besonders stark aufgetretenen Liebäugerei der freisinnigen Gruppen mit der Sozialdemokratie eine Anzahl Freisinniger dem roten Kandidaten ihre Stimme gegeben oder sich zum mindestens der Wahl enthalten hat.“

Umgekehrter Meinung ist die „Tägliche Rundschau“, die die Niederlage der bürgerlichen Parteien dem Umstand zuschreibt, daß die Antifreimierten nicht auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet haben.

Damit aber die Nationalliberalen nicht etwa als unschuldig angesehen werden, mißt die „Kreuzzeitung“ ihnen die Schuld bei, mit den Worten:

„In Eisenach hatten die Nationalliberalen, vermußtlich zu ihrem eigenen Schaden, den Freisinnigen allen Willen getan, sie hätten die frühere, aussichtsvollere Kandidatur zurückgezogen, wenn es die Freisinnigen gefordert hätten.“

und sich den linksliberalen Bundesgenossen demütig gebeugt. Und der Erfolg? Die Sozialdemokraten haben bei geringerer Wahlbeteiligung als im Jahre 1907 um mehr als 2500 Stimmen zugenommen."

Daran schließt das Sinkerblatt die Mahnung:

"Wir bedauern, daß ein neuer Wahlkreis der Sozialdemokratie zum Opfer gefallen ist; aber es wird nicht das letzte Opfer bleiben, wenn nicht der Liberalismus sich entschließt, ernsthaft und grundsätzlich die Front gegen die Sozialdemokratie zu nehmen und seinem Umhang den verhängnisvollen Großlockenband anzutreiben."

Nach dem nunmehr vorliegenden definitiven Ergebnis haben Stimmen erhalten: Leber (SD.) 10250, Appellus (NL.) 5786, Hädrich (Ant.) 4356. Genosse Leber ist sonach mit einer Mehrheit von 108 Stimmen gewählt.

Entlassung des Reichsgerichts.

Der Entwurf über die Entlassung des Reichsgerichts wird demnächst dem Reichstage zugehen. Der Entwurf will, um die Arbeiten des Reichsgerichts zu entlasten, die Zuständigkeit des höchsten Gerichts für bestimmte Fälle auszuschalten und schlägt deshalb vor, die Einlegung einer Revision an das Reichsgericht nicht mehr zuzulassen, wenn in einer Sache auf dem Gebiete der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit zwei Instanzen gleichlautende sachliche Entscheidungen getroffen haben. Diese Regel soll eine Ausnahme haben: Verruht das Urteil des Berufungsgerichts auf der Auslegung eines Reichsgesetzes, die mit einer früheren Entscheidung des Reichsgerichts im Widerspruch steht, so ist die Revision bei dem Reichsgericht zulässig.

Von den Mitteln, die sonst die Arbeiten des Reichsgerichts noch entlasten sollen, seien genannt die Befreiung der Zuständigkeit des Reichsgerichts als Beschwerdegericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, der Ausschluß der Revision gegen Urteile der Oberlandesgerichte über Arrête und einstweilige Verfügungen, eine Einschränkung der Zuständigkeit des Reichsgerichts durch Abnahme der Entscheidungen über die Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts, die Erhöhung der Gerichtskosten für die Revisionsinstanz, ferner eine größere Sicherung der tatsächlichen Feststellungen der Instanzgerichte gegen Revisionsangriffe und die Befreiung des mit der Revision verbundenen Suspensiveffektes. Der Vorschlag, die Revisionssumme zu erhöhen, hat keinen Anklang gefunden, da die in den Vorjahren vorgenommenen Erhöhungen keine bemerkbare Entlastung herbeigeführt hatten. Eine Vergrößerung des Reichsgerichts soll nicht stattfinden, weil sonst die Einheit der Rechtsprechung gefährdet werde. Das Reichsgericht würde in verschiedene Einzelgerichte mit selbständiger Rechtsprechung auseinanderfallen. Die Einrichtung neuer Hilfsinstanzen sei auch nicht angängig. Es bleibe somit nur übrig, die Zivilinstanzen in den angegebenen Bahnen zu entlasten.

In Verbindung mit diesem Entwurf steht ein Gesetzentwurf über die Reorganisation des Ehrengerichtshofes für Rechtsanwältinnen beim Reichsgericht, der dahin zielt, die Geschäfte im Interesse der Entlastung des Reichsgerichts zu vereinfachen.

Ein agrarischer Liebesdienst.

Da die Maul- und Klauenseuche in der Schweiz auch im Kanton Schaffhausen ausgebrochen ist, so hat das bayrische Ministerium des Innern die Einfuhr und Durchfuhr von Kindern und Viegen aus sämtlichen Kantonen der Schweiz nach und durch Bayern verboten. — So meldet ein Telegramm des kaiserlichen Bureaus. Die bayrische Regierung hat also jetzt endlich den gewünschten Erfolg gefunden, um ihren agrarischen Freunden, die schon lange wie besessen nach einer vollständigen Sperrung der deutsch-schweizerischen Grenze schrien, die verhasste schweizerische Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Der Fleischerwucher kann nun wieder ungehindert seine schönsten Blüten entfalten. Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat übrigens die badische Regierung den gleichen Beschluß gefaßt, wie die bayrische. Der Sieg der Agrarier ist also vollständig.

Liberaler gegen Konervative.

Nach dem Ausfall der Reichstagswahl in Halle ist den dortigen Liberalen die Erkenntnis gekommen, daß von einem Bündnis mit den Konserverativen nichts zu erwarten ist. Man hat daher beschlossen, ein solches Bündnis für die Zukunft abzulehnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint dazu höhnisch, die Liberalen könnten auch lange warten, bis ihnen ein solches Bündnis wieder angeboten würde.

Die Antifemiten machen mobil.

Den Leuten um Liebermann v. Sonnenberg dürfte nämlich klar geworden sein, daß selbst in nur halbwegs entwickelten Distrikten Deutschlands für sie nichts mehr zu holen ist. Deshalb verlegen sie das Feld ihrer Tätigkeit mehr nach dem dunkelsten Deutschland. Sie wollen Ostpreußen bearbeiten, zu welchem Zweck ein eigener Parteisekretär angestellt wird. Die Antifemiten werden somit jetzt den Versuch machen, den Konserverativen Mandate abzuziehen. Ganz besonders eifrig haben sie es auf den Wahlkreis Krauswald-Friedeberg abgesehen, den jetzt der Besitzer des berühmten Expresser-Blattes „Wahheit“, Wilhelm Bruhn, vertritt. Bruhn gehört zu der aus drei Mann bestehenden „Fraktion“ der Reijerpartei.

Ein kriegervereinerlicher Theaterboykott.

Die Politik der „politischen“ Kriegervereine treibt die karolingischen Blüten. In Frankfurt a. M. hat der Kreis-Kriegerverband nun auch das dortige alte Schumann-Theater boykottiert. Wie alljährlich zu Kaisers Geburtstag hatte die Direktion des Theaters die Verbandsmitglieder und deren Familienangehörigen auch diesmal zu einer Freivolantade nach der Parade eingeladen, wozu aber der Verband diesmal verpöndelt hat. Der Grund zu diesem bespreiblichen Beschluß ist das Verbot des Kriegerverbandes der deutschen Kriegervereine, künftig nicht Lokale für Veranstaltungen zu benutzen, die auch von der Sozialdemokratie benutzt werden. Die Direktion des Theaters hat nämlich auch der sozialdemokratischen Partei des Theaters gegen Entgelt wiederholt für Massendemonstrationen zur Verfügung gestellt.

Sehr schmerzhaft wird dem Schumann-Theater dieser Boykott kaum sein, denn der größere Teil der Kriegervereiner geht nicht in eine Theatervorstellung oder ein Konzert — wenigstens dann nicht, wenn er dafür bezahlen soll —, sondern befriedigt sein Verlangen, nach Musik und Theater durch Absingen von Soldatenliedern, militärischen Exerzitien, Paraden und Hurrarufen. Den Schaden haben lediglich jene Kriegervereiner, denen durch den von oben herab verfügten Boykott die Gelegenheit genommen wurde, auch einmal eine über das Niveau ihrer gewöhnlichen Vergnügungen hinausreichende Darbietung zu genießen.

Minister a. D. und kommandierender Generalreduzier.

Bei dem Kaisergeburtstagesessen in Münster hielt der frühere Kriegsminister und jetzige kommandierende General von Einem eine politische Rede, in der er über den „Streit der staatshaltenden Parteien“ klagte, der nur dem „Umsturz“ zugute kommen könne, und eine schnelle Beendigung des „Streites um Vergangenes“ forderte. Wenn Herr v. Einem so das Offizierskafino mit dem Reichstag oder der Volksversammlung verwechselt, so hätten wir dagegen nicht viel einzuwenden, vorausgesetzt natürlich, daß auch der Opposition Gelegenheit gegeben wird, das Wort zu ergreifen.

Herr v. Einem hat sich aber nicht damit begnügt, die innere Politik des Reiches kritisch zu beleuchten, sondern er hat auch längere Ausführungen über die auswärtige Politik gemacht und eine Geschichte erzählt, wie Europa im März vorigen Jahres vor einem Kriege wegen Bosniens gestanden und wie ein Machtwort des deutschen Kaisers den Ausbruch des Krieges gerade noch verhindert hätte. Nebenbei gesagt hat am selben Tage der deutsche Botschafter in Petersburg gleichfalls in einer Kaisergeburtstagsrede eine vollkommen anders geartete Darstellung des Sachverhalts gegeben. Aber gleichviel, was da wahr oder falsch ist. Die unbefugte Einmischung eines kommandierenden Generals in das Gebiet der auswärtigen Politik, eines Mannes dazu, der sich durch seinen a. D.-Titel den Anschein besonderer Eingeweihtheit zu geben versucht, ist eine grobe Taktlosigkeit, die auf das schärfste zurückgewiesen werden muß.

Abg. Waffermann wird abgefaßt!

Der nationalliberale Abg. Waffermann vertritt im Reichstag den Wahlkreis Kothenburg-Hoyerswerda, den ihm die Konserverativen überlassen haben. Es war klar, daß er in diesem Kreise auf eine Wiederaufstellung nicht zu rechnen hatte, nachdem der Block in Scherben gegangen war. Am Sonnabend hat nun der Abg. Dr. Hahn in Hoyerswerda einen Vortrag gehalten, in dem er die Haltung der Konserverativen in der Frage der Finanzreform verteidigte. Die Konserverativen erhielten das übliche Vertrauensvotum, gleichzeitig aber erklärte die Versammlung auch:

„Wir bedauern es lebhaft, daß der Herr Reichstagsabgeordnete Waffermann, zu dessen Gunsten wir im Jahre 1907 auf Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichteten und dem wir mit unseren Stimmen zu seinem Mandat verholfen haben, anlässlich des Zustandekommens der Reichsfinanzreform so schwere Anklagen und ungerechtfertigte Vorwürfe gegen die konervative Partei erhoben hat. Als wir im Jahre 1907, trotz der größten Bedenken vieler gut konserverativer Wähler unseres Kreises, der nationalliberalen Kandidatur zustimmten, haben wir es nur getan in der Erwartung, daß Herr Waffermann ein rechtsstehender Nationalliberaler sei, wie es uns von allen Seiten versichert wurde. In dieser Erwartung haben wir uns getäuelt.“

Herr Waffermann wird sich nach einem anderen Wahlkreis umsehen müssen. Viel Glück!

Bethmann-Hollweg und v. Oldenburg.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit:

Bei dem Diner, das der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg am Sonnabend abend dem Präsidium des Abgeordnetenhauses gab, war der Erzherr des Herrn v. Oldenburg allgemeines Gespräch. Wie heute in den Reichstagscolours erzählt wurde, war der Reichskanzler über den Vorfall geradezu konsterniert und er machte vor den anwesenden Abgeordneten aus seinem Bedauern kein Hehl.

Der Sinker Oldenburg hat der Regierung in der Tat einen schlechten Dienst erwiesen damit, daß er offen aussprach, was die preussischen Sinker denken.

Eine Erklärung der Konserverativen.

Die „Konserverative Korrespondenz“ erklärt folgendes:

In der liberalen und demokratischen Presse wird gegenwärtig ein großer Lärm darüber erhoben, weil der konervative Reichstags-Abgeordnete v. Oldenburg am Sonnabend im Reichstage angeblich dazu aufgefordert haben soll, in verfassungswidriger Weise, außerordentlich mit militärischer Macht, gegen den Reichstag einzuschreiten. Daran ist kein wahres Wort. Herr v. Oldenburg steht mit der gesamten konserverativen Partei streng auf dem Boden unserer Reichsverfassung. Eine Aufforderung zu Gewaltmaßregeln der erwähnten Art liegt ihm durchaus fern. Nur mangelnde Logik und tendenziöse Unterstellung vermögen den von Herrn v. Oldenburg selbst in der Sitzung gelegentlich klargestellten Sinn seiner Äußerung, die lediglich in dramatischer und humoristischer Weise äußerster militärischer Disziplin kennzeichnen wollte, zu verdrängen und zu einer illoyalen Bekämpfung ihres politischen Gegners und womöglich unserer gesamten verfassungstreuen Partei anzurufen.

Man kann sich denken, daß den Konserverativen die Worte Oldenburgs sehr unangenehm sind. Deshalb versuchen auch sie, nach bekannter Manier sich herauszureden!

Der Rettungsanker.

Die heute im Reichstage stattfindende Abstimmung über die Beschwerde des Genossen Ledebour über einen ihm vom Vizepräsidenten Erprinzen Hohenlohe erteilten unberechtigten Ordnungsruf hat am Montag die bürgerlichen Parteien in ihren Fraktionsführungen beschäftigt. Die Stellungnahme der Freisinnigen ist noch nicht bekannt, die anderen Parteien werden gegen die Beschwerde stimmen. Sie fügen sich darauf, daß der Vizepräsident, als er den Ordnungsruf erteilte, den Namen des Genossen Ledebour nicht genannt, sondern nur ganz allgemein gerufen habe: „Ich rufe Sie zur Ordnung!“ Eine Diskussion über die Beschwerde ist nach der

Geschäftsordnung des Reichstages leider nicht zulässig, es muß vielmehr sofort abgestimmt werden. Unter diesen Umständen wird der Erprinz, dessen Unfähigkeit zur Leitung der Geschäfte des Reichstages feststeht, auch noch weiterhin den Präsidentensitz führen.

Abgeordneter v. Oldenburg — das konervative Schreckenskind.

Dem konserverativen „Reichsboten“ wird zu dem Auftreten des Abg. v. Oldenburg-Sannschau aus konserverativen Kreisen geschrieben:

Wir werden es erleben, daß die Reichstagsauflösung durch den Leutnant und zehn Soldaten bei den nächsten Reichstagswahlen gegen die konserverative Partei verwendet wird, und es fehlen nur noch einige solcher Oldenburgschen Reden, und der Sozialdemokratie werden die Wähler in Scharen zugeworfen. Herr v. Oldenburg ist sicher von den besten Absichten besetzt; ein Teil seiner Reden ist aber zum Schaden der konserverativen Sache ausgeschlagen, und es würde ihm selber nichts schaden, wollte er sich Zügel anlassen. Herr v. Oldenburg-Sannschau ist ein hochbegabter Mann, dessen reiche Verantwortung zum Segen für das Vaterland hätte werden können, hätten andere ihn beizzeiten auf seine Fehler aufmerksam gemacht und ihn veranlaßt, Selbstdisziplin zu üben. Er hat im Reichstage das hohe Lied der Disziplin singen wollen; wirkliche Wirkung kann damit aber nur erzielen, wer durch sein Auftreten zeigt, daß er sich selber nicht gehen läßt.

Die „Kreuzzeitung“ kommt endlich am Montag auf den Vorfall zu sprechen und macht sich dabei die Argumentation des Erbprinzen Hohenlohe zu eigen, daß die Worte des Sinkers falsch verstanden worden seien.

Antifemistischer Schwindel.

Die fassam bekannte Schwindeltaktik der Antifemisten hat sich im Wahlkreis Eisenach nicht bloß gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Nationalliberalen gewendet. So ist die Behauptung aufgestellt worden — zuerst in den „Deutsch-Sozialen Blättern“ des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg — daß der Hanjambund 40 000 Mark zur Unterstützung der nationalliberalen Kandidatur hergegeben habe. Wie der Hanjambund nunmehr erklärt, ist daran kein wahres Wort.

Die preussische Wahlrechtsvorlage

ist vom Kaiser genehmigt und unterzeichnet worden. Die Vorlage geht dem Landtag am Freitag zu. Die Parteien werden zu dem Gesetz-Entwurf dann sofort in Fraktions-Sitzungen Stellung nehmen.

Frankreich.

Die Steuer auf belgische Arbeiter. Die Deputation der belgischen Arbeiter, die nach Paris gekommen war, um gegen die geplante Besteuerung ausländischer Arbeiter zu protestieren, hielt auch mit dem Nationalrat der sozialistischen Partei eine Besprechung ab. Vandervelde, Anseele und Debrunne legten dort die Auffassung der Belgier dar. Sie zeigten, daß es falsch sei, die Belgier allgemein als Lohndrücker zu bezeichnen. Teilweise trifft das zu, wie es auch im Inland beim Zuzug aus billigeren Gegenden geschieht. Teilweise aber seien die Flämern, aus deren Agitation die französische Arbeiterpartei entstanden sei, an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung. Sie besaßen, daß Belgien wohl Gegenmaßnahmen, namentlich durch Besteuerung des französischen Weines, anwenden könnte. Sie lehnten aber diese Kampfpolitik ab und wollten sie durch die Betätigung der internationalen Arbeiter-Solidarität ersetzen. Die Franzosen erklärten, namentlich durch Renaudel, daß bei weiterer Verhandlung in der Kammer die Sozialisten einmütig in der Ablehnung sein würden. Sie forderten energische Maßnahmen der belgischen Partei gegen jede Lohndrückerei. So kam man zu voller Einigung. Da auch ein Teil der bürgerlichen Politiker und Unternehmerorganisationen die seltene Arbeiterschutzmaßregel der Chauvinisten bekämpft, ist Hoffnung, daß die proletarische Solidarität über Augenblicks- und Scheininteressen siegen wird.

Griechenland.

Das neue Kabinett. Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Inneres: Dragumis; Äußeres: Callergis; Justiz: Fikieris; Krieg: Forbas; Marine: Matalis; Kapitän zur See: Antierich; Panajotopoulos; Finanzen: wahrscheinlich Valaoritos, Vizegouverneur der Nationalbank, event. Dragumis selbst. Unter den Ministern sind Dragumis und Panajotopoulos Abgeordnete. — Die gegenwärtige Kammer tritt nicht mehr zusammen, sie wird aber im Laufe der nächsten Zeit zu einer außerordentlichen Session einberufen, um die notwendigen Gesetze, vor allen Dingen die Anleihen, zu votieren. Die königliche Botschaft über die Einberufung der Nationalversammlung wird in etwa 14 Tagen erwartet. Mit ihrem Erscheinen soll der Militärverband sich sofort auflösen.

Kien.

Koreanische Unruhen. Aus der koreanischen Provinz Süd-Pynggan wird der Ausbruch erster Unruhen gemeldet. Zwanzig japanische Anstiedler sollen ermerdet worden sein.

Afrika.

Maurische Seeräuber. Pariser Blätter veröffentlichten eine Meldung aus Madrid, nach der eine spanische mit acht Fischern bemannte Schaluppe von Mauren gekapert wurde. Die Regierung hat die Entsendung eines Kriegsschiffs zur Beiretung beschlossen.

Aus Lübeck und Umhargebieten.

Diensdag, den 1. Februar. Achtung, Stukturen und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukturen und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! über die Bantzen der Firma Lorkuhl in Kücknig (Zwischenmeiner Mädel und Wehren) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Die amtliche Schuttablagerungsstelle. Seitdem unser Amtsblatt zu drei Vierteln aus einer Hamburger Zeitungsfabrik bezogen und der leitende Redakteur Dr. Brülls, der doch wahrlich ob seiner bekannten Verleumdung Stadt- hagens und der sozialdemokratischen Partei ein besseres Schicksal verdient hätte, in die Wüste geschickt wurde, ist es nur noch eine Ablagerungsstätte für Schutt aller Art. Wohllos, anscheinend von der Redaktion nicht einmal gelesen oder verstanden, werden Artikel zum Abdruck gebracht, die sich mit der Sozialdemokratie beschäftigen. Die Hauptsache ist dabei, zu berechnen, daß derartige Scherensarbeit mit der ersten Seite des Hauptblattes abschließen, denn die zweite Seite atmet schon den Hamburger Geist. Dabei ist nun den Amtsblatt-Lesern, die vom Wesen der Sozialdemokratie auch nicht den geringsten Schimmer besitzen, wiederholt das Malheur passiert, daß sie an einem Tage das Gegenteil von dem sagen, was sie kurze Zeit vorher behauptet hatten, daß sie sich selbst schallend der Hrfelgen versehen, ohne es anscheinend zu merken. Für die Art, wie die Lübeckischen Anzeigen redigiert werden, einige Proben. Am 13. Dezember 1909 brachte das amtliche Organ unserer Behörden einen fulminanten Des-Artikel gegen unsere Partei unter der vielversprechenden Überschrift: "Die Sozialdemokratie demaskiert!" Dort heißt es zum Schluß: "Die grundsätzliche Feindschaft der Sozialdemokratie gegen die Grundfragen unserer Staatseinrichtung scheidet die Sozialdemokratie eben von der Gesamtheit aller bürgerlichen Parteien fundamental. Sie ist keine Partei wie andere, sondern der gemeinsame Gegner aller bürgerlichen Parteien so gut wie des Staates und seiner Einrichtungen selbst, und es wäre daher das Gegenteil von ausgleichender Gerechtigkeit, wenn man sie mit demselben Maße messen wollte, wie die bürgerlichen Parteien."

Wenige Wochen später, am 24. Januar ds. Jz., hieß es unter dem Titel "Wie man die Sozialdemokratie behandeln soll": "In manchen Kreisen gilt es für falsch, staats-erhaltend und patriotisch, der Sozialdemokratie gegenüber grundsätzlich aufzutreten und ihr bei jedem Anlaß durch bissigen Hohn oder kalte Verachtung zu zeigen, wie gering man sie schätze. Wenn diese Leute einmal kräftig die Sozialdemokratie gescholten haben, wöhnen sie, sie hätten nun ganz sicherlich den Staat gerettet. Vielleicht, wenn Worte Dinge umblafen könnten, möchte es so sein. So aber bleiben die zwei bis drei Millionen sozialdemokratische Wähler eine harte Tatsache, die durch keinerlei Disputationen- lungen aus der Welt geschafft wird. Und da wir diese Millionen von Sozialdemokraten weder totschlagen, noch ohne Gefahr für unsere Wirtschaft depar- tieren können, bietet sich mit ihnen ins reine zu kommen, kein anderes Mittel, als so oder so sich mit ihnen abzu- finden. Zeigen sie sich ganz und gar untrüffel, so ist der Kampf natürlich nicht zu vermeiden; soll vielmehr mit allem Nachdruck geführt werden. Aber er kann doch un- möglich Selbstzweck sein. Es wäre — das Wort in sei- nem tiefsten Sinne erfasst — im höchsten Maße un- national, wenn man die Sozialdemokratie ein für allemal zurückstoßen wollte: auch wo sie zu positiver Mitarbeit sich bereit erweist, sie prinzipiell in die Oppo- sition hineintriebe. Darum ist wahrhaft staats-erhaltende Politik, was Herr v. Bodmann in der badischen Kammer nachhieß: die Keime spröden Widersprechens nicht ein- fach niedergereten, sondern in pflichtige, sorg- liche Behandlung nehmen zu wollen. Mit anderen Worten: ihnen das Heimfinden zum Vaterlande zu erleichtern. Ob's gelingt, wir wissen es nicht. Aber versucht, wo der Boden bereit ist, soll es werden."

Hier gibt sich unser famoses Amtsblatt zunächst un- bewußt selbst eine scharfe Richtigstellung, denn gerade in seiner Redaktionsstube sitzen die Leute, welche kräftig auf die Sozialdemokratie schimpfen und auf diese Weise den Staat retten. Doch das nur nebenbei. Die Hauptsache ist, daß im Dezember die "Lübeckischen Anzeigen" noch eine Ausnahme- behandlung der Sozialdemokratie verlangen, während sie sich bereits im Januar mit unserer Partei abgefunden haben und sie zu positiver Mitarbeit heranziehen wollen. Im De- zember wäre das "patriotisch" gewesen was im Januar "un- national" ist.

Am 27. Januar, also drei Tage später, hatte man sich in der Königstraße wieder eines anderen besondern. Da hieß es in einem Artikel "Positive Arbeit der Sozialdemokratie und ihre Stellung zum Gegenwartsstaat": "Wenn die Sozialdemokratie sich wirklich einmal ge- seherlich so betätigt, daß ihre Vorschläge auch vom Stand- punkte der staatlichen und nationalen Interessen annehm- bar erscheinen, so ist ihre Gewinnung und Latit die gleiche, wie in den von ihr angezielten Ausstandsbewegungen. Notgedrungen machen die revolutionären Führer der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung einige Kon- zessionen, wobei zweifellos auch die Erwägung mit- spricht, daß die Arbeitermassen schließlich doch ein- mal misstrauisch, unwillig und aufständisch werden könnten, wenn ausnahmslos jeder Gehelntwurf bekämpft und abgelehnt würde und zwar nur des- halb, weil er von der Regierung oder von einer staats- erhaltenden Partei stammt und mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des nationalen Staates rechnet. Unter diesen Bedingungen der Sozialdemokratie auf geschwieberischem Ge- biete steht aber immer, durchaus nach menschlicher Art, die reservatio mentalis: solange der Gegenwartsstaat dabeibit". Alles, was die Sozialdemokratie plant und unternimmt, gilt der Vernichtung des historisch gewordenen, rechtlich und ethisch Be- gründeten in unserem Staats- und Wirtschaftsleben. Und diese Tatsache bietet den allein möglichen und allein richtigen Gradmesser für den Wert sozialdemokratischer Mitarbeit an den Aufgaben des monarchischen und nationalen Staates!

Wenn man diese amtsblattlichen Leistungen in Betracht zieht, die für sich selbst sprechen und keines Kommentars be- dürfen, so kann man begreifen, welche Konfusion in den Köpfen unserer Staats-erhaltenden über die Bestrebungen der Sozialdemokratie herrscht. Die "Lübeckischen Anzeigen" waren eigentlich noch niemals recht ernst zu nehmen; jetzt sind sie aber endgültig in die Riste der unfreiwilligen Witzeblätter aufgenommen worden. Die nationalliberale Partei führt bekanntlich auch den Spitznamen "Fraktion Drehscheibe". Ihre Presseorgane sind mit Erfolg bemüht, die Berechtigung dieser Bezeichnung nachzuweisen.

Die Deutung des Städtenamens Lübeck. Aber die Deutung des Namens Lübeck hat sich Wihl. Ohnesorge in der Zeitschrift zur Begründung des 17. Deutschen Geographen- tages, der 1909 in Lübeck stattfand, geäußert. Erweitert legt er seine Ausführungen nunmehr im Programm des Kathari- neums zu Lübeck vor. Auf den ersten Blick erscheint die Namensform wohl deutsch und man hat sie auch noch im 19. Jahrhundert vorwiegend aus dem Deutschen herleiten

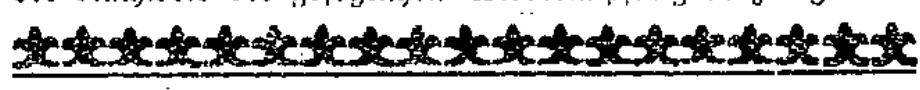
wollen, ohne doch zu einer annehmbaren Erklärung zu kom- men. In der Tat zeigt bereits eine historische Erwägung, daß der Name nicht aus dem Deutschen stammen kann. Das deutsche Lübeck, die Gründung des Schaumburger Grafen, trat 1143 an die Stelle einer älteren slawischen Ansiedlung und entlehnte von ihr auch den Namen, dessen Ursprung da- her im Slawischen zu suchen ist. Indem nun Ohnesorge die in den Quellen bis zum Ende des Mittelalters vorkommen- den Namensformen zusammenstellt und fast sämtliche ver- schiedene Erklärungen prüft, kommt er zu dem Ergebnis, daß schon der alte slawische Chronist Detum das Richtige getroffen hat, indem er erzählt, der Name drücke im Wendischen aus, "was allen Leuten Freude mache". Die ältesten nachweis- baren Namensformen Lubicke und Lubicke sind nämlich (das ist Ohnesorges wohl kaum in Zweifel zu ziehendes Ergebnis) mittels der polabischen Suffixe tee und ee aus altslawisch lhuba gebildet, was lieb bedeutet. Lübeck bezeichnet also den lieblichen, schönen Ort.

Kriegervereiner in Waffen. Das neueste Nachrichten- blatt für den Landes-Kriegerverband Lübeck enthält fol- gende Bekanntmachung:

Das Kriegsministerium (Allgem. Kriegs-Departement) hat dem Landes-Kriegerverband Lübeck in Summa 80 Gewehre 71/84, Büchsen 71, Ge- wehre 71, 6000 Patronen zur Verfügung gestellt, die nach Maßgabe der Stärke und sonstigen besonderen Verhältnisse unserer Vereine verteilt werden können.

Der Vorstand des Landes-Kriegerverbandes Lübeck. Jetzt los auf den inneren Feind! Der Landsturm der Hurra-Schreier, dessen "geistige Waffen" noch niemals scharf waren, wird ihm mit seiner Knarre schon zeigen, was eine Karte ist. Und das Volk, zu dem ja heute auch noch die Umstürzler gehören, darf die Kosten der Knallerie zahlen. Zwar soll ein Gewehr 3,50 Mk. kosten, aber daß das ein entsprechender Preis ist, wird wohl kaum jemand zu be- haupten wagen.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die städtischen oder vorstädtischen Volksschulen. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ostern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1910 das sechste Lebens- jahr vollenden, können ohne weiteres, die, welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahms- weise schon zu Ostern ds. Jz. aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind. Eltern, welche ihre Kinder zu Ostern 1910 in eine städtische oder vorstädtische Volksschule aufgenommen zu sehen wün- schen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder baldmöglichst, spätestens aber bis zum 15. Februar bei den Hauptlehrern des betreffenden Schulbezirks anzumelden. Bei der Anmel- dung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung aber wenig- stens der Geburtschein vorzulegen, und bezüglich derjenigen Kinder, welche ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Wiederimpfung vorzulegen.



Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das Ihr trinkt, verleiht Ihr dem Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu Eurer Anechtung und, was noch schlimmer ist,

Ihr betrügt Euch selbst.

Jeder Alkoholenuß ist eine Steuerzahlung!

Statt Ihre eigenen Organisationen zu fördern, unter- stützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und den Marxismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alko- holenuß. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmieden ihre eignen Fesseln binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich ihren Klassengegnern aus durch den Alkoholenuß!

Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfen- den Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholenusses. Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefaßten Reso- lution.



Was ist eine Drucksache? Als Drucksache gegen die ermäßigte Taxe werden von der Post auch Einladungs- und Eingebungskarten befördert, die den Namen des Eingeladenen oder Einberufenen, sowie Zeit, Zweck und Ort der Zusammenkunft handschriftlich enthalten. Man hat neuer- dings versucht, auf derartigen Karten die einzelnen Punkte der Tagesordnung handschriftlich anzugeben. Das Reichs- postamt hat aber entschieden, daß sich solche Karten nicht zur Beförderung gegen die ermäßigte Taxe eignen. Solche An- gaben gingen über den Zweck der Zusammenkunft im Sinne der Postordnung hinaus. Bei Druckfachen, die von Berufs- genossenschaften oder Versicherungsanstalten oder deren Or- ganen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze oder des Invalidenversicherungsgesetzes abgesandt werden und auf der Außenseite mit dem Namen der Berufsgenossen- schaft oder der Versicherungs-Anstalt bezeichnet sind, dürfen Zahlen oder Namen handschrift- lich oder auf mechanischem Wege eingetragen oder geändert und der Vordruck ganz oder teilweise durch- strichen werden. Eine gräßliche Rentenkasse wollte auf Grund dieser Bestimmung offene Karten als Druckfache verschicken, bei denen der Geldbetrag handschriftlich eingetragen war. Die Kasse berief sich darauf, daß die Karten in Ausführung des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft abgesandt würden und daß deshalb dem Abnehmer die selben Vergünstigungen zugute kommen müßten, die den Berufs- genossenschaften oder deren Organen eingeräumt sind. Die- sen Anspruch hat das Reichspostamt als unbegründet zurück- gewiesen. Wenn auch durch die Kasse die Versicherungsbeiträge von den Wächtern auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes eingezogen würden, so kommt doch die Rentenkasse dabei nicht als Organ einer Berufsgenossen- schaft im Sinne der Postordnung in Betracht, denen allein jene Vergünstigung zustünde.

Der Prozeß gegen die Reservisten Steinfort und Matern, welche den Postangestellten und Reserve-Unter- offizier Karlose im Lockstedter Lager bedrängten und beschimpft haben sollen, schwebt zurzeit beim Oberkriegsgericht als Be- rufungsinstanz. In der ersten zweitinstanzlichen Verhandlung hatte der als Verteidiger wirkende Rechtsanwalt Jacobson- Lübeck eine Anzahl Beweisangebote gestellt, denen sämtlich Folge geteilt werden sollte. Die Verhandlung wurde daraufhin ausgesetzt. Am Sonnabend hatte sich die 8. Kom- panie des Reserveregiments einer Vernehmung zu unter-

ziehen, die den Zweck verfolgte, weitere Augenzeugen zu er- mitteln. Soweit wir erfuhr, werden sich im nächsten Hauptverhandlungstermin noch 8 Reservisten als Zeugen ein- zufinden haben.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1909/10 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitz eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar ds. Jz. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Nationale Schweinefleuch. Das Medizinalamt macht bekannt: Auf dem Gehöfte des Schweinehändlers Hans Hack in Tramm ist die Milzbrandfleuch ausgebrochen. Die Ställe des Genannten sind unter Sperre gestellt. — Auf dem Grundstücke des Heizers Regolien hier selbst, Waisen-Allee Nr. 11, ist die Rotlauffleuch ausgebrochen. Der Stall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Handelsregister. Am 31. Januar 1910 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Aug. Luck- mann u. Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist der Rechtsanwalt Dr. G. v. Broden in Lübeck bestellt; 2. die Firma G. Herrmann-Stettin mit Zweignieder- laßung unter gleicher Firma in Lübeck. Inhaber: R. Leigte, Kaufmann in Stettin. Prokurist: Arthur Kummerly in Stettin.

Fahrraddiebstahl. Am 31. vor. Mts. ist vor dem Hause der Maetschen Konditorei ein Fahrrad Marke "Zor- pedo", mit nach oben gebogener Lenkstange, der vom Postzoll- amt gelieferten Erkennungsnr. 13519, und der Fabrik- nummer 106783 abhandengekommen und vermutlich ge- stohlen worden. Am Sattel befinden sich die Buchstaben "G. W."

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoh gelangt bei ermäßigten Mittwoch-Preisen Goethes "Iphigene auf Tauris" zur Aufführung. Als Dreiß- ter Herr Arm and vom Stadttheater in Kostock für das Fach der 1. Helben ein Gastspiel auf Engagement abfol- viert. — Am Donnerstag kommt die Oper "Die Zauber- flöte" zur Wiederholung. Als Sarastro wird Herr Weiker vom Rainwald-Theater in Wien galtieren. Per- sone ist an Stelle des abgehenden Herrn Döttges als Ver- treter des 1. Bass-Faches in Aussicht genommen.

Malente. Achtung, Parteigenossen! Mit- gliederversammlung am Donnerstag, dem 3. Februar, abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lühr, Restaurant Seelust. Ge- nosse Mecklein-Lübeck wird einen Vortrag halten über "Krankentassen und die Reichsversicherungsordnung."

Hamburg. Gesellschaft zur Ausführung von Maler-, Lackierer- und Anstreicher- arbeiten für Hamburg und Umgegend, e. G. m. b. H. Unter dieser Firma hat sich eine neue Produktiv- Genossenschaft etabliert. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Ausführung aller in das Maler-, Lackierer- und An- streichergewerbe schlagenden Arbeiten. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus organisierten Malergehilfen. Für das Zustandekommen des Unternehmens war maßgebend erstens die heute im Gewerbe bestehende Schnappt Konkurrenz, zwei- tens die daraus zum größten Teil resultierende außerordent- lich schlechte wirtschaftliche Lage der Berufskollegen. Die Genossenschaft bezweckt nicht die Erziehung hoher Überschüsse, sondern die preiswerte Herstellung guter und solider Ar- beiten. Die Genossenschaft zahlt keinen Gewinn an ihre Mitglieder aus. Sie will nur den organisierten Kol- legen Stabilität und lohnendere Arbeitsgelegenheit schaffen. — Ein Opfer seines Berufs ist der 34 Jahre alte Sandhoffer Paul Heine geworden. Er war am Montag auf einer Baustelle an der Jenischstraße beschäftigt, stürzte dort von einer Leiter ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus St. Georg starb. — In Bett erstickt ist am Sonntag morgen der am Grobneumarkt 30 wohnende 28 Jahre alte Schlosser Peit. Corneis. Genannter wohnte im dritten Stock bei Stoppen- brink. Am Sonnabend abend beauftragte C. seinen Logis- wirt, ihn am Sonntag morgen um 9 Uhr zu wecken, ging in sein Zimmer und schlief sich ein. Als er zur angegebenen Zeit an die Stubentür pochte und keine Antwort erhielt, gleichzeitig aber die Wahrnehmung machte, daß aus dem Türspalt dicker Qualm hervorquang, vermutete er ein Unglück und alarmierte die Feuerwehr, worauf Zug 8 her- beikam. Da man das Türschloß nicht öffnen konnte, zer- schlug man C. im Bette liegend, erstickt vor, während ein dicker Qualm die Stube füllte. Nach dem Befund des Ofens zu urteilen, ist dieser am Sonnabend abend über heizt gewesen und dadurch befeht geworden. Gase der schmelzen- den Kohlen haben sich dann während der Nacht derart im Zim- mer angehäuft, daß C. im Schlaf den Erstickenstod ge- funden hat. — Bei der Arbeit um 3 Leben gekom- men. Der Schiffsreinger Fröh Döhling, der auf dem Dampfer "Neumünster" im Raum mit Einschaulen von Urat beschäftigt war, wurde von einem herabfallenden Scherstock, der durch einen untergehenden, aufgewundenen Röhel aus seiner Lage gedrückt war, auf den Kopf getroffen, so daß er bewußtlos hinstürzte. Der Mann wurde nach dem Hafens Krankenhaus gebracht, verstarb jedoch bereits auf dem Transport.

Seide. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Sommerwirtschaft Grünenthal bei Heide. Die Lokalfunktion sind mit einer Rechten-Listanlage versehen. Da diese nicht funktionierte, wollte der Besitzer Heinrich Schme die Störung beseitigen. Als seiner Frau, der das lange Ausbleiben ihres Mannes auffiel, nach ihm suchte, fand sie ihn im letzten des Koppes war abgerissen, das Häuschen, in dem sich die Anlage befand, mit dieser in die Luft geflogen. Es wird angenommen, daß Schme den Raum mit bren- nender Fingare betreten hat.

Friedrichstadt. Ein schwerer Bootsunglück hat sich an der Barger Eiderfähre zugetragen. Das von Dith- marscher Seite kommende mit vier Mann besetzte Fährboot konnte des Gites wegen an der Barger Seite nicht an- legen. Das Boot kam auf eine Eischolle und schlug um. Alle vier Insassen fielen ins Wasser, drei wurden gerettet, der vierte, der 50jährige Schiffer Knudt aus Barga, kam nicht wieder zum Vorschein, er ist wahrscheinlich einem Schlaganfall erlegen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. bis 29. Januar 1910.

Geburten.
a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
17. Januar. Tapezier Ch. Meyer. 19. Steinweg A. Schmidt. 20. Arbeiter L. G. W. Roods. Klempner G. U. Brandstädter. 21. Weichensteller F. S. Ch. Wunderwaldt. Eisenbahnbremsler A. W. Kiene. Kaufmann F. G. Ch. Groth. Tapezier und Dekorateur G. F. S. Hamann. 22. Arbeiter

H. J. J. Glasen. Arbeiter R. Jahnßen. Kaufmann G. S. J. W. Oberkop. 23. Arbeiter W. H. U. Kruse. Baurat M. H. Bierberg (Blantenburg a. S.). Feuerwehrmann W. C. J. Böls. Zollauffseher G. H. F. Voss. 24. Ingenieur D. H. R. G. J. 25. Kontorist G. H. F. Selmer. 26. Arbeiter J. H. M. Mafch. Eisenbahn-Wagenschieber G. C. L. Gentel. 27. Arbeiter J. H. F. Storm. Maurer F. L. C. Eiler. Gasfitter L. C. H. J. Haack. 29. Schiffszimmermann G. C. Münchau.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
17. Januar. Arbeiter W. H. C. Mehrpahl. 18. Arbeiter F. J. C. Rens. Arbeiter F. J. Reuter. 19. Straßenbahnführer G. Lüdemann. Kaufmann J. C. A. Scute. Arbeiter J. H. F. Wegner. 20. Eisenbahn-Assistent G. J. C. Haack. 21. Müller F. C. J. Doff. 22. Ingenieur G. H. A. Gebhardt. Steinischer G. H. W. Tralan. Buchbinder B. C. J. Vogel. Handlungsgehilfe R. H. Brede. 23. Arbeiter A. Naujoks. Arbeiter G. Müller. Maurer J. S. W. Johnson. Lehrer L. F. H. Marten. 24. Zimmermann J. W. J. Schulk. Buchhalter A. J. J. G. Westfelling. 26. Arbeiter G. W. G. Freitag. Schneider G. H. A. Glasen. Arbeiter W. J. H. Schumann. 27. Schlosser W. H. A. Dornheim.

M. G. Heppenhagen. Maurer G. C. W. Bärk und M. M. J. Lemke. Schlosser G. H. Chr. Fr. Markward in Osterbet und J. A. C. Plambek. 25. Schlosser D. H. Lorenz und G. D. A. Fischer. 26. Königlicher Forstauffseher W. R. G. Woelfner in Hemeln und A. C. Haffelbusch. Klempner Fr. W. Reher und A. M. Dabergott. 27. Arbeiter J. F. W. Jannichy und W. H. M. D. Gehris. 28. Gartenarchitekt F. W. C. Saak in Braunschweig und G. M. C. Hundt. Tischler G. A. Th. Thoesen und Witwe L. S. M. Wulff geb. Maack. Arbeiter J. C. Stoltenberg und A. H. J. Ruge. Gärtner C. Sering in Kurh. und G. H. Häuert, genannt Michael. Maschinist G. H. Stender in Büttel und G. D. C. Meunberg. Schmied R. Kirchner und Witwe M. C. M. C. Emoliniski geb. Körner. Artill. J. J. Maurermeister und L. M. J. H. Klauer, beide in München.

Heirathen.
25. Januar. Arbeiter F. W. Kowalzik und A. M. C. Sid. 28. Buchhalter W. M. Dähler und E. F. M. Höpner. 29. Zimmerpöller A. M. H. Leuschner und J. Chr. D. Schoodt. Maler A. J. C. W. Hackmann und D. L. C. Evenslon. Eisenbahngangführer J. D. Handreck und E. C. C. Kock.

mael, 4 M. M. A. J. Thimm, 7 M. M. C. geb. Peyer. Witwe des Bahnarbeiters F. F. J. Müll, 82 J. Arbeiter S. B. L. K. Thiele, 32 J. Formerlehrling A. J. Stemann, 15 J. 24. Arbeiter W. F. J. Bräse, 29 J. G. M. A. C. Schröder, 1 M. Ein Knabe, 1 1/2 Tag, W. J. Arbeiter W. Jahnßen, 2. W. A. Kanis, 7 M. 25. H. D. L. Noß, 8 M. M. A. Rawiel, 11 M. C. M. Wüthner, 1 J. Dampf-schiffs-Kapitän A. Holmberg, 43 J. (Helsingfors). Bahnwärtter J. C. A. Busch, 57 J. 26. Maurer M. J. H. Neumann, 66 J. Tischlermeister H. F. Rehm, 68 J. Zolauffseher G. C. Mertching, 57 J. A. C. C. Schuster, 4 J. 27. J. M. C. Krue, 72 J. E. M. geb. Weyrau, Ehefrau des C. H. Freyholz, 78 J. G. C. F. geb. Jannichy, Ehefrau des Arbeiters G. J. F. G. Vaader, 28 J. 29. A. R. C. Gold, 4 Tage. M. S. M. geb. Wendfeldt, Witwe des Rentanten J. F. J. Wicht, 49 J. 29. Schuhmachermeister J. H. F. Frosch, 72 J. A. G. geb. Sachs, Witwe des Korntägers J. F. H. Sager, 71 J. J. L. B. Schmidt, 5 J. O. A. M. H. Wagner, 7 M. M. M. M. Köhler, 8 M. C. W. J. Sint, 14 J.

Angedruckte Aufgebote.
24. Januar. Hausdiener R. J. W. Burmeister und M. C. K. Teich in Bülow. Konditor W. C. H. Pamer und A.

Sterbefälle.
22. Januar. G. G. H. A. Buggenthin, 8 M. 23. Ein Knabe, 7 St. B.: Baurat M. J. A. Bierberg. J. W. Witt-

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Heute morgen, am 31. Januar, entlichief sanft nach längerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Dorothea Börth
geb. Mues
im 67. Lebensjahre.
Dies betrauert von allen die ihr nahe standen

H. Börth.
Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 3. Februar, 2 1/2 Uhr, statt. Aufnahme 8 Uhr von der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes.

Elegante Herren- und Damen-Maskenkostüme, in großer Auswahl, zu vermieten.
Wahmstraße 34, I.

Ein noch nicht getragener neuer Damemaskenanzug (Wasserrose) zu vermieten.
Johannisstraße 66, L. Hinterhaus.

Ein flotter Damen- und Herrenmaskenanzug zu vermieten.
Widerstraße 35 b, part.

Ein hübscher Maskenanzug zu vermieten.
Widerstraße 36.

Der so sehr beliebte Damenmaskenanzug (Marie-Antoinette) zu vermieten.
Waffenstraße 5 a, I.

Eine dreireih. Harmonika Preis 30 Mk., billig zu verkaufen.
Krauelstraße 16, I.



Gesangverein „Eintracht“.
Gross. Maskenball
am Sonntag, 6. Februar 1910
in sämtl. Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße 50-52.

Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Um 8 Uhr: **Großer Maskenzug.** Demaskierung 12 Uhr.
Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und 12-4 Uhr.
Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pfg., eine Dame frei.
Eintrittspreis für Fremde 80 Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: Kluth, Gewerkschaftshaus, Wittfoot, Huxstraße 18, L. Klein, Huxstraße 94, C. Casten, Dankwartsgrube 13, H. Stoll, Rehtreich 16 (Eisenbahnkeller), Karl Dose, Gloxstraße 16, Gustav Ehlers, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. Karten für Mitglieder werden nur vom Boten H. Hämöller, Alistraße 31, bis zum 5. Februar und Sonnabends von 9-10 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.
NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Masken-Anzüge sind im Lokale zu haben.
Das Komitee.

E. Boy, Köniq
Nr. 61. R. 1811.
Wartth. St. 46.

Seelachs Pfund 25 Pf., Schell-fische Pfund 30 bis 35 Pf., Dorich Pfund 30 Pf., Norzungen Pfund 55 Pf., Kabeljau Pfund 30 Pf., Somburger Stint Pfund 10 und 15 Pf., Fischcarbonade Pfund 50 Pf.

Kopf und Wein Pfd. 25 Pf.

la. Schweinefleisch 75 Pfg.
auch Bratenstücke, Pfd. gek. Mettwurst 70 Pf., Leberwurst 70 Pf., Kohlwurst 60 Pf., Bruchwurst 50 Pf.

Käsevier per Pfd. 50 Pf., bei Abnahme von 2 Pfd. per Pfd. 45 Pf.

Bestes weißes Schmalz
per Pfd. 85 Pf., bei Abnahme 3.4 Pfd. Pfd. **80 Pfg.**

M. Lahrtz, Witterstraße 16.

Falkenstraße 16 (Kellerwirtschaft), H. Hämöller, Alistraße 31, Lecke, Schwartauer Allee 70 b, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. Karten für Mitglieder werden nur vom Boten H. Hämöller, Alistraße 31, bis zum 5. Februar und Sonnabends von 9-10 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Verloren
haben Sie, wenn Sie dieses brillante Programm nicht gesehen haben.
Dienstag und Mittwoch
Einheitspreis von 10 Pfg.

Reform-Theater.
Breitestrasse 24

Achtung!
Speditionsarbeiter!

Versammlung
sämtlicher bei den Holzspeditoren beschäftigten Arbeiter
am Mittwoch, 2. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
Bericht von der letzten Verhandlung mit den Arbeitgebern.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig

Der Vorstand.

Zu meinem am Donnerstag, dem 3. Februar stattfindenden

Grünkohl-Essen
lade ganz ergebenst ein — Anfang morgens 10 Uhr. —
Gustav Kähler, Finkenburger Allee 57.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Üebnahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
à Exemplar 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

General-Versammlung
der
Manner Sterbekasse Lübecks
am Freitag, dem 4. Februar
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“,
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Jahresabrechnung.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Die Krankenpflege im Hause

als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken etc. wichtige Ratsschläge gegeben sind.

Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Strümpfe werden neu- und angestrickt.
Brüderstraße 11.

Vorlesungswesen
der Oberschulbehörde
im Winterhalbjahr 1909/10.
Die Kunst im Dienste des Kaufmanns.

Vorträge über die Entwicklung des deutschen Geschmacks.
Dienstag, den 8. Februar:
Eröffnungsvortrag. Die Notwendigkeit und wirtschaftliche Bedeutung einer Geschmacksbildung.
Ref. Direktor Dr. Peter Jessen-Berlin.
Dienstag, den 15. Februar:
2. Vortrag. Die Wohnung und ihre Ausstattung.
Ref. Direktor Meyer-Hamburg.
Dienstag, den 22. Februar:
3. Vortrag. Mode und Geschmack.
Ref. Professor Dr. Max Schmid-Aachen.
Dienstag, den 1. März:
4. Vortrag. Schaufensterdekoration.
Ref. Arch. August Endell-Berlin.

Die Vorlesungen finden in der Aula des Johanneums, Bei St. Johannis 3, statt. Beginn abends 8 1/4 Uhr.

Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4 I., bei F. W. Kaibel, Breitestraße 40, Richard Quitzow, Breitestr. 97, Lübeck & Nöhning, Breitestr. 31, Robert Lübeck, Königstr. 41, im Bureau der Ortskrankenkasse und der öffentlichen Lesehalle, Mengstraße 28, in der Nebenstelle der Spar- und Anleihekasse, Fackenburger Allee 13/15, sowie an den Vortragsabenden im Johanneum.
Preis für die Vortragsserie Mk. 1.—

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 2. Februar. 7 1/2 Uhr.
Außer Abonn. Ermäßigte Preise.
Iphigenie auf Tauris
Schauspiel von Goethe.
„Drei“ Arthur Armand a. Gast.
Donnerstag, 3. Februar. 7 1/2 Uhr.
Die Zauberflöte.
Große Oper von Mozart.
Sarastro Herr Weiber als Gast.
NB. Die nächste Aufführung der Operette „Der fidele Bauer“ findet Dienstag, den 8. Februar an der Dienstag-Abonnement statt.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft Fischerstr. 52.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage empfiehlt

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Seidenstr. 24.
Feinste gelbe Füllstoffe

Esskartoffeln
Nr. 550; hochf. Maga. konnig, vorzü. u. Geschmacksstoffe aus prämiertem Keller billig freizügig. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 24. Tel. 1440.

Mecklenburger Landbrot
aus der Bäckerei von
H. Callier, Schönberg
empfiehlt
Hans Wulf,
Bismarckstr. 11. — Fernnr. 228.

Der Antialkoholkongress in Petersburg und die Arbeiter.

Als die russische Regierung im Jahre 1894 das Branntweinmonopol einzuführen begann, erklärte sie, daß sie durch die Konzentrierung des Schnapsauschanks in den Händen des Staates das ökonomische und moralische Niveau des Volkes heben wolle. In Wirklichkeit war diese „Reform“ hervorgerufen durch die ständige Verringerung der Trunksucht und die daraus resultierende Verringerung der Einnahmen aus der Branntweinbesteuerung. Das Ministerium Witte bedurfte neuer Millionen zur Durchführung seiner phantastischen Finanzpläne, und so wurde denn als ergiebigste Quelle, als Basis der Staatshaushaltung die durch den Staat betriebene Vergiftung des Volkes durch Fusel erwählt. Das Ergebnis war für das Finanzministerium sehr vorteilhaft: der Reingewinn der Regierung stieg von 276 Mill. Rubel vor der Einführung des Schnapsmonopols auf 520 Mill. (1125 Mill. Mark) im Jahr! Während der Preis eines Wedro Branntwein ohne Steuer früher 1 Rubel 60 Kop. betrug, beläuft sich der Verkaufspreis jetzt auf 8 Rubel 50 Kop., d. h. auf das Fünffache. Die Steuer, die der Branntwein aus jedem Wedro Branntwein erhebt, beträgt vier Fünftel des gesamten Verkaufspreises.

Neben einer schärferen indirekten Besteuerung der Volksmassen unternahm die Regierung systematisch Maßnahmen, um die Trunksucht zu fördern. Die Folge war, daß der Branntweinkonsum seit Einführung des Schnapsmonopols um 29 Proz. stieg. Selbst ein solch regierungstreues Blatt, wie die „Nowoje Wremja“ geriet angesichts der Angaben der offiziellen Statistik von 1907 in ein solches Entsetzen, daß es in einem fulminanten Artikel, betitelt: „Die Schnapsflut als guter Genius der russischen Finanzen,“ das Branntweinmonopol als unmoralischer und verwerflicher erklärte als den Opiumhandel in China. Es schrieb wörtlich: „Aus den offiziellen Daten ist ersichtlich, daß unsere Finanzpolitik die Trunksucht nicht bekämpft, sondern im Gegenteil auf die lasterhafte Neigung der Bevölkerung zum Schnaps spekuliert.“

Seit Eröffnung der ersten Duma mit ihrer reaktionären Majorität wurden die gewöhnlichen Hinweise der Junker und Kapitalisten auf die Trunksucht als die Quelle allen Übels durch die Agitation solcher sozialer Quacksalber, wie der oktoobrische Abgeordnete Tschelischow ergänzt, der den reaktionären Charakter der Volksvertretung durch Scheinangriffe gegen den Branntweinhandel zu beschönigen suchte. Man kann es im gewissen Sinne als ein Ergebnis dieser Agitation betrachten, daß die Regierung die Einberufung eines allrussischen Kongresses zur „Bekämpfung der Trunksucht“ gestattete, an welchem außer bürgerlichen Politikern, Geistlichen, Professoren auch verschiedene demokratische Elemente der Bevölkerung und die Vertreter von einzelnen legalen Arbeiter-Organisationen teilnehmen konnten.

Der Kongress war geplant als dekorative Manifestation der „wohlgesinnten Elemente“ gegen das Übel der Trunksucht, gegen die Verderbtheit des Volkes. Die Regierung erwartete selbst von der Teilnahme der liberalen Professoren an dem Kongress nichts Böses, da sie erstens entsprechende Vorsichtsmaßnahmen ergriffen hatte und ihre liberalen Pappenhelmer nur allzugut kannte. Aber die Arbeitervertreter warfen alle diese schlauen Berechnungen über den Haufen. Die Administration hatte zwar einen Teil der Arbeiterbe-

legierten schon vor dem Kongress unschädlich gemacht, der Stadthauptmann hatte einen Teil der angekündigten Berichte, vor allem die Berichte der Arbeitervertreter, aus dem Programm gestrichen, aber dennoch verstand es die kleine geschlossene Gruppe der Arbeiter, die demokratischen Elemente des Kongresses um sich zu scharen, die Debatten auf ein höheres Niveau zu heben und den Pulsschlag des wirklichen Lebens, den Hauch des Klassenkampfes in diese hochanständige, gelehrte Gesellschaft hineinzutragen. Die salbungsvollen Gottesmänner hörten voll Entsetzen, wie respektlos sich die Arbeiter über ihre Vorkläge, die religiöse Erziehung zu heben, aussprachen. Die Vertreter des Ministeriums der Finanzen verließen, empört über den Ton und die Anklagen der Arbeitervertreter, den Kongress. Und die liberalen Professoren endlich, die im Präsidium saßen, übertraten selbst die Polizeibüffel durch die rücksichtslose Strenge, mit welcher sie jede Äußerung der Arbeitervertreter zu unterdrücken suchten. Und dennoch errangen die Arbeiter in vielen Fragen einen glänzenden Sieg, den ihnen das Präsidium durch die Unterschlagung und Fälschung der wichtigsten Resolutionen in der Plenarversammlung des Kongresses nicht zu entreißen vermochte. Die Arbeiter setzten es durch, daß eine Resolution angenommen wurde, in welcher das Branntweinmonopol als eine der stärksten Waffen und Bereicherungsmittel der Bürokratie und der Agrarier gebrandmarkt wurde. Sie bestanden auf die Annahme einer Resolution, in welcher der rücksichtslose Kampf gegen den Alkoholismus verlangt wurde. Und sie brachten es schließlich zum Bewußtsein des Kongresses, daß die Wurzeln des Alkoholismus in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegen, und daß zu seiner erfolgreichen Bekämpfung der Kampf um die politische Freiheit des Volkes, der Kampf um die Ideale des Sozialismus erforderlich ist.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 31. Januar 1910.

27. Sitzung, Mittag 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dornburg.

Koloniales Ragout.

Bei der dritten Lesung der Nachtragesatz ergreift das Wort

Erzberger (Z.): Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat am 29. Januar in der „Kölnischen Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, wonach der Vertrag von 1908 nach Form und Inhalt zweifelhaft sein soll. Er sei auch nicht notariell beglaubigt und die Gesellschaft habe keinesfalls irgendwie auf ihre Rechte verzichtet. Nach unserer Auffassung jedoch besitzt sie ein uneingeschränktes Bergwerkseigentum in Südwestafrika nicht mehr. Nur unter Vorbehalt, daß an dieser Rechtsauffassung festgehalten wird, können wir dem Nachtragesatz zustimmen. Den neuen Vertrag hat der Unterstaatssekretär zunächst nicht abgeschlossen. Er hat ihn als einen großen Vorteil für das Reich hingestellt, und da ist es doch merkwürdig, daß die Aktien der Gesellschaft infolge des Nichtabschlusses an einem einzigen Tage um 100 Proz. gefallen sind.

Dr. Arning (M.): Ich und auch die meisten meiner Freunde teilen die Rechtsauffassung des Abg. Erzberger.

Dr. Arndt (M.): Ich schließt sich ebenfalls der Auffassung Erzbergers an. Wenn die Gesellschaft sich darauf berufe, daß der alte Vertrag nicht notariell beglaubigt ist, so verstoße sie gegen Treu und Glauben, und eine rücksichtslose Gesetzgebung gegen sie sei am Platze. (Sehr richtig! rechts.)

Staatssekretär Dornburg: Auch ich teile die hier vorgebrachte Rechtsauffassung. Unsere Juristen sehen keinen

Anlaß zu notarieller Beglaubigung, und jedenfalls bildet der Vertrag von 1908 die Grundlage der Auseinandersetzungen zwischen Fiskus und Kolonialgesellschaft.

Dr. Görke (M.): Da der Reichstag den Vertrag von 1908 für gültig hält, werden wir dem Nachtragesatz zustimmen.

Freiherr v. Richthofen (St.): Die Veröffentlichung ist nicht als eine versuchte Bessung. Weder der Reichstag noch der Staatssekretär werden ihr nachgeben. (Sehr richtig! rechts.) Dem Nachtragesatz stimmen wir zu.

Leдебор (L.): Wir haben die Rechte der Gesellschaft von vornherein bestritten. Sie führen sie auf den Landenerwerb des Herrn Lüderth zurück. Und ich habe bereits bewiesen, daß die damalige Erwerbung eine betrügerische war, weil die Rechtsunkenntnis der Eingeborenen ausgenutzt wurde, um ganze Königreiche für 500 Gewehre und 10 000 Mark zu erschwindeln. Daß diese Leute nun aber auch noch versuchen, durch Mandat der geschilderten Art dem Fiskus noch mehr abzuhöpfen, ist für sie bezeichnend. Wegen dieser Manipulation muß auf schärfste Front gemacht werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Erzberger (Z.): Ohne den Vertrag von 1908 würden alle unsere Maßnahmen von Südwestafrika in der Luft schweben. Ob er gültig ist oder nicht, darf keine juristische Frage sein für uns. Auch die Herren Sozialdemokraten sollten deshalb dem Etat ihre Zustimmung geben, damit die Auffassung des Reichstages klar und einstimmig zum Ausdruck gebracht wird. (Bravo! l. Zentr.)

Do ve (Zg): Auch wir zweifeln nicht an der Gültigkeit des Vertrages und sehen keine Gefahr darin, jetzt für den Etat zu stimmen.

Staatssekretär Dornburg: Der Vertrag von 1908 ist die Grundlage für alle wie immer abgeleiteten Rechte der Gesellschaft. Aber abgesehen davon bekommen wir die Einnahmen dieses Nachtragesatzes nicht nur auf Grund des Vertrages, sondern auf Grund unserer Hoheitsrechte.

Leдебор (L.): Der liebenswürdigen Aufforderung des Herrn Erzberger können wir nicht folgen. Die Aufforderung zeigt nur, wie schwierig es den Herren ist, unsere sozialistische Auffassung zu verstehen, aus der heraus wir Ihre kapitalistische Kolonialpolitik nicht mitmachen können. Den Nachtragesatz lehnen wir ab, werden aber alles unterlassen, was die Mehrheit des Reichstages etwa beschließt, um der ungeheuerlichen Zunahme der Kolonialgesellschaft entgegen zu treten. Einer Resolution in diesem Sinne würden wir zustimmen. Wenn wir hingegen für den Etat stimmten, so würde das sicher falsch ausgelegt werden. Auch von den Parteifreunden des Herrn Erzberger, außerhalb des Hauses natürlich. (Stk. und Bravo! b. Soz.)

Der Nachtragesatz für Südwestafrika wird angenommen, ebenso debattelos der Nachtragesatz für Ostafrika.

Bei der folgenden Generaldebatte über sämtliche Schutzgebiete weist

Erzberger (Z.) auf den Unfug der horrenden Überzahlung der Reisekosten hin, verlangt Ausbau der Selbstverwaltung in den Kolonien und beklagt die Ausbreitung des Islams dorthin sowie den schwüngenhaften Handel mit Branntwein in Ostafrika. Der von den Missionen eingeführte Schulunterricht könne von den Behörden besser unterstützt werden. Sehr mangelhaft sei auch die Gerichtsbarkeit in Samoa. (Bravo! l. Z.)

Dr. Arning (M.): In Neu-Guinea klage man über zu hohe Zölle. Diese wirken hemmend auf den Handel mit Deutschland. Redner weist auf die Wichtigkeit der Baumwollfrage hin, die hoffentlich mit der Zeit auch die Sozialdemokratie veranlassen wird, ihre ablehnende Haltung den Kolonien gegenüber aufzugeben. Sie sollten sich die englischen Arbeiter zum Muster nehmen, die Geld aufbringen, um die englische Baumwollkultur in Ostafrika zu stärken. (Hört, hört! bei d. Nat.) Redner sucht das Verhalten der Lüderthbucht zu entschuldigen. Man solle nicht zu streng urteilen. Denken wir daran, welchen Rabau wir am Sonnabend hier im Reichstag gemacht haben! (Stk.)

Staatssekretär Dornburg: über die Selbstverwaltung habe ich mich in einer Programmrede in Smatopmund geäußert. Natürlich werde ich die Gouverneure und Beamten in allen wichtigen Angelegenheiten um Rat fragen, nicht

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Notifizierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau.

(2. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Bei Falk-Olsen erzählte man sich vorigen Sonntag, daß der Bureauchef nächster Tage zum Kammerherrn ernannt werden würde, sagte Hjorth, die Gelegenheit benutzend, um mit seinen vornehmen Bekanntschaften zu prahlen.

Die beiden anderen erwiderten nichts darauf; man trennte sich nach Hjorths Anweisung, um beim Grandhotel wieder zusammenzutreffen.

Die Sonne schien aus aller Macht; der schmale Schattenstreifen, der sich jetzt über die eine Straßenseite gelegt hatte, war von so vielen Leuten eingenommen, daß die drei Herren, jeder auf seinem Wege es vorzogen, der Hitze Trost zu bieten und mitten in der Sonnenglut zu gehen. Sie grüßten ihre Bekannten flüchtig, ohne stehen zu bleiben. Man sah, daß sie es eilig hatten und die großen Papierpakete unter ihrem Arm taten ihre Wirkung.

Inzwischen stieg die Hitze von Stunde zu Stunde immer stärker im Ministerialgebäude, und der alte Hansen saß hier allein in den beiden Zimmern und wartete mit dem Kopfe über seinem Papierhügel.

2.

Beim Lehnsmann*) auf dem Lande ward Thing abgehalten.

In der Nähe des Hofes standen auf beiden Seiten der Straße lange Reihen von Fuhrwerken aller Art, meist Einspänner; gerade vor der Tür aber hielt die große Kalesche, welche den Amtmann, den Sorenschreiber und den Vogt aus der Stadt hierher gebracht hatte. Die Kalesche war Gegenstand der Bewunderung der gesamten Dorfsjugend, die sie gaffend umstand.

*) In Norwegen heißt ein untergeordneter Polizeibeamter auf dem Lande „Lehnsmann“, ein Amtmann hat ungefähr die Stellung eines Landrats, ein Sorenschreiber die eines Bezirksrichters, ein Vogt die eines Steuereinschmers.

Die Insassen der Wagen hatten sich ringsumher zerstreut. Einige standen in Gruppen zusammen und besprachen dies und jenes, andere gingen paarweise hinter den Häusern, um ein vertrautes Gespräch zu führen, und wieder andere standen müßig an den Zäunen und sahen über die See hinaus. Hin und wieder erblickte man auch wohl ein ängstlich gespanntes Gesicht — es gab Leute, die eine weite Strecke Weges zurückgelegt hatten, um zu hören, wie es mit ihrer „Sache“ stände.

Dort stand weit abseits von den anderen ein kleiner trübsüchtiger Mann; er war die ganze Nacht hindurch gefahren, um zur rechten Zeit zum Thing zu kommen. Ein Pferdehändler hatte ihn um eine Schimmelstute betrogen. Vor mehr als einem Jahre hatte er sich an den Rechtsanwalt Boyesen in der Stadt gewandt und ihn um seinen Beistand gebeten; manch blanker Taler war aus seiner Tasche zur Stadt gewandert für die gerichtlichen Vorladungen und das Abhören der Zeugen, aber weder der Pferdehändler noch auch die Schimmelstute hatte sich blicken lassen. Aber für den heutigen Termin hatte der Anwalt ihm den Abschluß der Sache versprochen. Heute sollte das Urteil gegen den Pferdehändler, er sollte sein Geld, ja vielleicht seinen lieben Schimmel wieder haben.

Hätte er bloß ein Wort mit dem Rechtsanwalt Boyesen sprechen können. Den ganzen Vormittag hatte er am Hause des Lehnsmanns Wache gehalten, aber seinen Anwalt hatte er nicht gesehen.

Die Leute gingen aus und ein. Einige hatten mit dem Amtmann zu sprechen, andere sollten Steuern bezahlen oder man hatte dem Sorenschreiber dies und jenes vorzubringen. So verlief der Vormittag und die Mittagsstunde kam heran. Die Menge verteilte sich zwischen den Häusern, die mitgebrachten Speisevorräte wurden hervorgeholt; einige verzehrten ihr Mahl stehend und über die See hinausblickend, während die übrigen sich reihenweise an der Grabentante des Weges lagerten.

Hin und wieder zeigte sich einer der Schreiber in der Haustür und rief einen Namen. Man drehte sich um und wiederholte den Namen, bis der Berufene in irgend einem Winkel gefunden ward und sich bedächtig näherte, während der Schreiber ungeduldig ward und der Wind ihm das zierlich geordnete Haar hin und her warf.

Auf einem großen Stein im Walle saß ein Mann etwas

entfernt von den anderen. Er hatte den Hut neben sich hingelegt und starrte in Gedanken über das Meer hinaus. Es war ein stark gebauter, ungewöhnlich großer Mann; vom vielen Graben in der Erde und weil er in seiner niedrigen Behausung nicht aufrecht gehen konnte, war ihm der Rücken etwas gekrümmt. Der große Kopf mit den groben Gesichtszügen und das dicht gekräuselte, buschige, feuerrote Haupt- und Barthaar hätte ihm das Aussehen eines Wilden gegeben, wären die offenen, hellblauen Augen mit dem kindlichen Ausdruck nicht dagewesen.

Aus einer der nächsten Gruppen trat ein Mann hin zu dem auf dem Wall Sitzenden und begrüßte ihn mit einem: „Guten Tag, Njadel!“

Der Angeredete wandte den Kopf halb und gab den Gruß zurück.

„Gut, daß ich Dich heute getroffen habe,“ sagte der erste; „wir könnten jetzt von dem See tang am Strande sprechen und auch hören, was andere Leute dazu sagen.“

„Ich lehre mich nicht an andere Leute, Sören,“ sagte Njadel, „und hättest Du andere zufrieden gelassen, so stände ich hier jetzt nicht mit Schimpf und Schande vorm Thing.“

„Wir müssen uns darcin finden, daß unsere schlechten Handlungen aus dem Dunkel ans Tageslicht gebracht werden, wenn sie Argernis in der Gemeinde erregen.“

„Ach was, Argernis! Wenn jeder sich nur um sich kümmerte, so gäb's kein Argernis!“

„Es ist notwendig, daß das Argernis kommt, aber weh dem Menschen —“

Njadel richtete sich in seiner vollen Größe auf und unterbrach den anderen kurz: „Was wolltest Du mir vom See tang sagen?“

Sören Bördig war ein langer, vornübergebeugter Mann mit gelbem, ungleich geschnittenem Haar und weißen Augenbraunen. Wenn er sprach, sah er von der Seite auf und rieb die Hände ineinander.

„Du gräbst einen tiefen Graben unten am Strande, Njadel?!“

„Jawohl, das tue ich.“

„Es wird schwer halten, nach dem Tang da unten zu kommen.“

„Ich fahre längs meinem Aker.“

„Ja, das kannst Du,“ sagte Sören, und sah über den

weil ich muß, sondern weil es zweckmäßig ist. Die Verantwortung bleibt aber bei der Zentralinstanz und jeder Beamte hat schließlich die vom Kolonialamt vorgeschriebene Politik zu befolgen. Über die Missionsschule in Samoa ist Herr Erberger falsch unterrichtet. Die Unterdrückung erfolgte erst, als der Geistliche seinen Katecheten den Besuch der Regierungsschule untersagte. (Hört, hört!) Die Ausbreitung des Islams in Afrika ist nicht wunderbar, er liegt den Negern näher, da er die Polygamie gestattet. Auch ist der Übertritt zum Islam nicht an einen langen katechetischen Unterricht gebunden, es genügt, wenn der Betreffende „Allah“ und „Allah“ sagen kann. (Wollten wir dieser Bewegung gewaltsam entgegenzutreten, so wäre das bei der fanatischen Art des Islams das allerdehreffteste.)

Dove (Hbg.): Das Vorgehen der katholischen Geistlichkeit in Samoa erinnert stark an ihr Verhalten in Ostafrika. Solchen Kulturkampfgeistes muß von vornherein mit Energie entgegengetreten werden.

Freiherr von Richthofen (K.): wünscht Beilehnung des Beamtenrechts und der Befolgsordnung für die Kolonien.

Moske (SD.): Zu meinem lebhaften Bedauern bin ich noch zu später Stunde zu längeren Ausführungen genötigt. Nachdem wiederholt darauf hingewiesen wurde daß wir zu einer Änderung unserer Stellung zur Kolonialpolitik genötigt seien, muß ich darlegen, weshalb wir der kapitalistischen Kolonialpolitik ablehnend gegenüberstehen müssen. Bei den Debatten über die Diamantenfrage haben auch wir anerkannt, daß der Staatssekretär mit Umsicht und Erfolg zu Werke gegangen ist. Der Etat bildet aber die unangenehme Reife der Medaille. Wenn auf die Besserung der Handelsbilanz der Kolonien verwiesen wird, muß demgegenüber betont werden, daß wir erst 1000 Millionen verwenden mußten, um diese spärlichen Resultate zu erzielen. Wir haben nicht weniger als 788 247 958 Mark für koloniale Zwecke bezahlt und haben in diesem Jahre eine Zinsenlast von 33 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Dazu kommt, daß ständig mit der Währungsfrage ein Aufstand gerechnet werden muß, was dann zu einem rasenden Emporwärtigen der Kosten führt. Niemals werden die Eingeborenen unsere Freunde werden. Sowie sie sich stark genug wähnen, das Joch abzuerstern, werden sie immer wieder und immer wieder zu Aufständen greifen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und das Auflehnungsgefühl wird in dem Maße wachsen, als ihnen eine höhere Kultur zugänglich wird. Der Etat fordert einen Zuschuß von 22½ Millionen Mark; er ist etwas niedriger als im Vorjahre, und wir erkennen es gerne an, daß es dem Herrn Staatssekretär gelungen ist, den Zuschuß herab zu drücken. Der Zuschuß kommt übrigens im Etat nicht voll zur Erscheinung. Alles in allem erwachsen uns für die Kolonien in diesem Jahre 60 Millionen Mark Kosten. Dem stehen nennenswerte Vorteile nicht gegenüber. Der Diamantenberg hat schwere moralische Schäden hervorgerufen. In den Kolonien toller Grubenschwinder, bei uns tolle Börsentreibereien! Tritt der Krach in den kolonialen Weiten ein, so wird der Staatssekretär der Verantwortung sein. Auf keinen Fall darf die Ausgabe von kleinen Kolonialaktien zugelassen werden. Der Finanzwelt wäre damit natürlich gebüht. Sie könnte ihre Engagements auf die breiten Massen der weniger kapitalkräftigen Leute abwälzen. Das Zugeständnis der kleinen Aktien soll wohl ein Krieg für das Volksgeld sein dafür, daß mit der Konfessions- und Schenkungswirtschaft ein Ende gemacht ist. Von einem Wandel mit den Kolonien zu reden, lohnt sich kaum. Zur Verleugung unseres Wirtschaftslebens hat die Kolonialpolitik nichts beigetragen. Wenn man heute daran erinnert, daß bei den letzten Wahlen behauptet wurde, daß die Arbeiter Vorteile von unserer Kolonialpolitik haben würden, begegnet man nur schallendem Gelächter in Arbeiterkreisen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Der Bau von Eisenbahnen trägt sicher zur Entwicklung der Schutzgebiete bei, aber wenn wir die Tausende von Millionen, die dafür verwendet werden, für die innere Kolonisation verwenden würden, so bekämen Tausende und aber Tausende in Deutschland eine Existenz und die Arbeiterkraft hätte in der Tat vermehrte Arbeitsgelegenheit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Über die Bedeutung einer billigen Rohstoffbeschaffung für unsere Industrie sind wir uns durchaus im klaren. Wir verlangen aber ihre Förderung unter Vermeidung jeder Unterdrückungspolitik. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch sollte man sich keinen Illusionen in der Richtung hingeben, daß etwa in verhältnismäßig rascher Zeit, etwa in 5 Jahren, größere Mengen Baumwolle in unseren Kolonien zu gewinnen wären. Jedenfalls gibt es zu denken, daß die Kapitalisten, die doch eine ferne Witterung fürs Geschäft haben,

bisher nicht geneigt waren, Kapital anzulegen. Erstlichweise ist von Kolonialgewinn in neuerer Zeit keine Rede gewesen. Aber nicht alles wird verfolgt. So hat ein früherer kameruner Beamter gegen einen Hauptmann Beschuldigungen erhoben, doch wurde die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt. In der Ablehnung heißt es u. a.: Es sei nicht unbedeutend gewesen, daß ein zehnjähriges Mädchen mit schweren Kuttenstreichen gequält wurde, weil sie abends noch laut sang. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieses sowie auch das zwangsmäßige Eintreiben von Proviant für die Truppen und Unannehmlichkeiten der Gesellschaft Süd-Kamerun sollen „durchaus notwendige Maßregeln“ gewesen sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär tritt zu dem Redner, um den Vorbehalt einzusehen, Redner übergibt ihm das Schriftstück). Sie sehen also, daß man in gewisser Beziehung sehr nachsichtig ist. (Zustimmung bei den Soz.) Man rühmt den kulturellen Wert der Kolonialpolitik, aber aus Idealismus wird kein Pfennig ausgegeben. Die Neger werden nur so weit gefördert, daß sie ein gutes kapitalistisches Ausbeutungssubjekt abgeben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und doch legen die Berichte Zeugnisse für ihre Bildungsfähigkeit ab. Man rühmt, daß die Kolonisation den Frieden bringt, aber er wurde mit dem Maschinengewehr gebracht, das in einem einzigen Gefechte mehr Opfer forderte, als Hunderte von Stammesfeinden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man bekämpft Leprosi und Schlafkrankheit, was wir nur begünstigen können. Dafür aber werden Tausende von Negern zu den Bahnbauten herangezogen, denen sie nicht gewachsen sind und wodurch der gesundheitliche Vorteil wieder aufgehoben wird. Dazu kommt der schädlich Einfluß der Schnapszufuhr. Der Etat weist einen erhöhten Posten für Maschinengewehre auf. Statt dessen sollten wir lieber Ärzte hinausenden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Von der Fuchtel ihrer Hauptlinge sind die Eingeborenen nur unter die Fuchtel unserer Geißel gekommen. Redner weist auf die Statistik der Prügelstrafen hin. Die Sklaverei werde nur mit Worten bekämpft (Sehr richtig! b. d. Soz.) und was an ihre Stelle tritt, ist nur eine Sklaverei unter anderem Namen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Arbeitsordnungen in den Kolonien sind so gehalten, daß unsere Agrarier das Wasser im Münde zusammenlaufen würde. Trieb von einer fanatischen Clique betriebene weiße Besiedelung Ostafrikas kann äußerst verhängnisvoll werden. Von Südwestafrika entwirft uns ja der Staatssekretär selbst ein recht trübes Bild. Die sogenannte erthiopische Bewegung, das Erwachen der Neger zur Solidarität kann nach dem Urteil der besten Kenner äußerst verhängnisvoll für die europäische Herrschaft werden. Wir lehnen grundsätzlich die kapitalistische Kolonialpolitik ab, werden aber alles, was an uns liegt, tun, um sie zu humanisieren. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Darauf vertagt sich das Haus.
Vizepräsident Spahn beräumt die nächste Sitzung auf Dienstag 1 Uhr an und schlägt als Tagesordnung vor: 1. Abstimmung über den Einspruch des Abg. Ledebour gegen den ihm am Sonnabend erteilten Ordnungsruf, 2. Vortrag mit Vortrag, 3. Kolonialetat.

Rebel (SD.) zur Geschäftsordnung: Ich bitte, den ersten Punkt auf Donnerstag zu vertagen. Der Grund ist folgender: Als am Sonnabend der Abg. Ledebour vom Herrn Vizepräsidenten Erbprinz zu Hohenlohe zur Ordnung gerufen wurde, bat er ihn um Ausbildung des Stenogramms, damit er einen Antrag formulieren könne, um an das Haus zu appellieren. Nun stellt sich heraus, daß das Stenogramm, das Herr Ledebour unterbreitet wurde, sich in einem wesentlichen Punkte von dem vorliegenden offiziellen Bericht unterscheidet. (Lebh. Hört, hört! links.) Während der erste Teil übereinstimmt, läßt das offizielle Stenogramm den Herrn Vizepräsidenten sagen: „Herr Abg. Ledebour, ich habe verstanden, daß Sie gesagt haben, was ich dazu sage.“ (Abg. Ledebour: Jawohl, was sagt der Präsident dazu? — Sehr richtig und Jurufe b. d. Soz.) Ich verbitte mir eine Kritik in dieser Form. (Gr. Unruhe u. Zur. links: Sie haben den Reichstag besudeln lassen! Standal.) Von diesen Worten enthält das erste Stenogramm gar nichts. (Lebh. Hört, hört! links.) Sie sind nachträglich hineingefügt. Dann geht es weiter: Ruhe rechts: Ruhe; ich rufe Sie zur Ordnung! Hiernach scheint es also, daß dem Herrn Vizepräsidenten die Jurufe: „Sie haben den Reichstag besudeln lassen, Standal“ veranlaßt haben, den Ordnungsruf zu erteilen. Aber gegen wen? Wer hat die Jurufe gemacht? Das wird nirgends gesagt. Wir sind also in der merkwürdigen Situation, über einen Ordnungsruf abzustimmen, den wir nach dem vom Präsidenten als offiziell anerkannten Bericht nicht wissen, gegen wen er sich richtet.

Vizepräsident Dr. Spahn: Es kann wohl über den Antrag Rebel abgestimmt werden, eine Diskussion über den Antrag Ledebour kann aber nicht stattfinden. Wenn Herr Ledebour durch den stenographischen Bericht zu der Ansicht kommt, daß der Ordnungsruf überhaupt nicht ihm erteilt ist, dann ist er ja in der Lage, seinen Antrag zurückzuziehen. (Sehr richtig! und Hst. rechts, Unruhe links.)

Romosen (Hbg.): Wenn auch eine Diskussion über die Sache nicht zulässig ist, so haben wir doch nach den Mitteilungen des Herrn Rebel die Frage an den Präsidenten zu richten, auf welche Äußerungen hin der Ordnungsruf erfolgt ist. Ich möchte nur diese Frage an den Herrn Präsidenten richten. (Lebh. Beif. links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Nach meiner Auslegung der Geschäftsordnung bin ich nicht berechtigt, zu antworten. (Widerpr. links.)

Dr. Müller-Meinigen (Hbg.) versucht den Präsidenten zur Abgabe einer Erklärung zu bewegen, doch bleibt

Vizepräsident Dr. Spahn bei seiner Weigerung.
Baiermann (M.) unterwirft unter Beifall der Rechten und des Zentrums die Gedanken des Präsidenten. Maßgebend für die Sache sei nur das vorliegende offizielle Stenogramm, welches auch einen klaren Sachverhalt darstelle. Der Ordnungsruf beziehe sich auf den Abgeordneten Ledebour wegen des ersten Zurufs: Was sagt der Präsident dazu.

Erzberger (Z.) schließt sich den Ausführungen Baiermanns an. Das amtliche Stenogramm muß maßgebend sein.

Rebel (SD.) widerspricht der Meinung des Abgeordneten Baiermann, daß er durch seinen Antrag nur eine Debatte über den Appell Ledebours herbeiführen wolle. Die heutige Debatte ist durch die Änderung des Stenogramms entstanden. Nach dem ersten Stenogramm war Ledebour aber ohne Verzögerung zur Ordnung gerufen worden. Dagegen läßt das offizielle Stenogramm nicht erkennen, gegen wen der Ordnungsruf ergangen ist. Das nachträglich geänderte Stenogramm gibt der Sache einen ganz anderen Sinn, als sie im ursprünglichen Stenogramm hatte.

Romosen (Hbg.): Im Angesicht der Zweifel sollte der vorgezogene amierende Präsident doch eine Erklärung geben, für welches Vergehen der Ordnungsruf erteilt ist und an wen er sich richtet. Geschieht das, so braucht die Debatte nicht mehr fortgesetzt werden.

Herr v. Richthofen (K.): Nach der Geschäftsordnung darf auch eine vorbereitende Debatte über die Beschwerde nicht stattfinden, maßgebend für uns darf nur das offizielle Stenogramm sein.

Rebel (SD.): In dem Stenogramm ist nicht gesagt, daß der Abg. Ledebour der Zwischenrufer war.

Romosen (Hbg.): Wenn die Auffassung Baiermanns und Erzbergers richtig ist, so sind die Zwischenrufe „Standal“ und „Besudeln“ ungerügt geblieben, und der Ordnungsruf ist nur erfolgt wegen der Frage: Was sagt der Präsident dazu? (Hst. und sehr gut links, Unruhe rechts.)

Erzberger (Z.) protestiert gegen die Fortsetzung der nach seiner Behauptung unzulässigen Debatte.
Dr. David (SD.) wendet sich gegen den Abg. Richthofen.

Dr. Baehnick (Hbg.): Die Diskussion bezieht sich nicht auf die sachliche Berechtigung des Ordnungsrufes, sondern auf die Feststellung des Tatbestandes. Der Tatbestand muß feststehen, wenn wir einen sachlichen begründeten Beschluß fassen wollen (Sehr richtig! links), also möge der Vizepräsident sich äußern:

Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg (Kpt.): Ich rügte zunächst die Worte des Abg. Ledebour. Als dann fortgesetzte Unterbrechungen kamen, rief ich in Fortsetzung meiner Frage Herrn Ledebour zur Ordnung. Dieses zur Antwort auf die Frage. (Unruhe links.)

Dr. Müller-Meinigen: Der zweite Vizepräsident hat nach seinen eigenen Erklärungen Herrn Ledebour angeblich wegen einer allgemeinen Ruhestörung zur Ordnung gerufen, nicht wegen einer speziellen Bemerkung. (Lebhaft. Widerpruch rechts u. im Zentr.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Wie kommen nunmehr zur Abstimmung.

Graf Westarp (K.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf

Rebel (SD.) seinen Antrag zurückzieht.
Schluß 8 Uhr.

Aus der Partei.

Die Hege gegen die freien Jugendorganisationen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ befaßt sich in ihrer Nummer vom Sonnabend, dem 29. Januar, mit den Gefahren der freien Jugendbewegung und entrollt dann folgenden Plan, nach dem der Kampf gegen diese Organisationen geführt werden soll. Die fragliche Stelle lautet: „Nicht nur von den Behörden, sondern auch, was besonders anzuerkennen ist, von den hier zunächst beteiligten bürgerlichen Korporationen wird daher dem sozialdemokratischen Jugendfang scharfe Beobachtung zuteil. So haben die Berliner Innungen in Verbindung mit dem Verein Berliner Rektoren einen nachahmenswerten Weg in der Frage der Heranzüchtung des gewerblichen Nachwuchses beschritten. Beide Körperschaften sind dabei, einen Lehrlingsnachweis zu errichten, und haben dafür Grundbesitz aufgestellt, die sich bewähren dürften. Ebenso hat der Ausschuß des deutschen Handwerks- und Gewerbetekamertages beschlossen, der sozialdemokratischen Jugendorganisationsfrage näherzutreten. Um dazu das erforderliche Material zu beschaffen, sind unter den Handwerksmeistern Fragebogen in Umlauf gesetzt worden. Dadurch soll ermittelt werden, ob sogenannte Jugend- und Lehrkindervereine bestehen, die unter Umgehung des Vereinsgesetzes politische Ziele verfolgen, in welcher Weise sich diese Vereine und Versammlungen betätigen, welche Flugblätter und Propaganda unter sie verteilt werden und dergl. Obgleich schon Stimmen laut geworden sind, die von der direkten Einwirkung der Sozialdemokratie auf die Jugend, vielmehr einen sicheren Rückschlag erwarten, so kann man auf dergleichen spätere Möglichkeiten doch gewiß nicht zuvoraus rechnen. Es heißt hier bei guter Zeit vorbauen.“ Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß die Bespiegelung der freien Jugendbewegung ganz systematisch erfolgt.

Polizei-Bureaukratismus. Als am 18. Oktober der von einem Streikbrecher ermordete Arbeiter Wendler in Nürnberg auf dem Zentralfriedhof beerdigt wurde, hatten 20-30 000 Arbeiter durch Arbeitsruhe demonstriert. Einige Tausend waren nach der Beerdigung in die Fürtherstraße gegangen, wo die Fabrik liegt, deren Besitzer durch sein Verhalten die Nürnberger Arbeiterkraft so sehr erbittert hat. Die Polizeimannschaft hatte von ihrem Hauptmann den Befehl, die Massen mit Gewalt von dem Bereich der Fürther Straße wegzutreiben. Durch die unbeholfene Art des Vorgehens der Polizei wurde die soviel schon erregte Menge noch mehr erbittert. Als nun mit Eintritt der Dunkelheit einige halbwillkürliche Vorstöße mit dem Werfen von Steinen begannen, machte sich die Schutzmannschaft schußbereit. Der in diesem Augenblick hinzukommende Genosse Rebaldeur Schlegel erkannte die drohende Gefahr; er ließ den kommandierenden Polizeiwachmeister rufen und erbot sich, den Platz in wenigen Minuten zu räumen, wenn der Wachmeister die Schutzmannschaft einen Augenblick zurückziehe. Der Wachmeister kam dem Wunsch bereitwillig nach. Genosse Schlegel forderte die Menge auf, mit ihm den Platz zu verlassen und die Polizei allein zu lassen. Schlegel stimmte ein Lied an, die Massen stimmten ein und marschierten ab. Was die Polizei mit dem Säbelhauen nicht fertigbrachte, das war nun durch einige gute Worte gelungen. Schlegel führte die Masse weitauf von dem Kriegsschauplatz in die Zentralfriedhof und forderte dort die Versammelten auf, die Fürtherstraße in Zukunft zu meiden und ruhig nach Hause zu gehen. — 2 Wochen darauf erhielt nun Schlegel einen Strafbefehl auf 10 Mark, weil er „ohne polizeiliche Genehmigung einen Aufzug von mehreren tausend Personen veranstaltet“ habe. Die auf den Einspruch hin erfolgte Gerichtsverhandlung führte auf Antrag des Anklägers zur kostenfreien Freisprechung Schlegels mit der richterlichen Begründung, durch die Auslage des Polizeiwachmeisters sei erwiesen worden, daß es dem Angeklagten lediglich und in vollem Ernste darum zu tun gewesen sei, Blutvergießen zu verhindern; wenn dabei eine Übertretung des Vereinsgesetzes vorgekommen ist, sei ein Auge zuzudrücken. — Warum hat man dann trotzdem die Aktion unternommen?

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma W. Breitensprecher in Berlin, Neue Wilhelmstraße 18, dem größten Schuhwaren-Maggeschäft am Orte, ruft seit acht Tagen die Arbeit. Die Arbeitsniederlegung erfolgte, weil ein Arbeiter, der mehrere Male in seiner Eigenschaft als Mitglied des Werksrats-Ausschusses bei dem Unternehmer vorstellig wurde, um ihm die Beschwerden der übrigen Arbeiter vorzutragen, entlassen wurde, angeblich wegen schlechter Arbeit. Auch Verhandlungen mit der Organisationsleitung lehnte die Firma ab. Erst nachdem dann die Arbeit niedergelegt wurde, kam eine Verhandlung zustande. Die Firma wollte die Entlassenen zum 15. März, also erst in sieben Wochen wieder einstellen. Ein solches Anfinnen lehnten die Arbeiter ab. Nun hat der Arbeitgeberverband ohne erst eine Verhandlung abzuwarten die Aussperrung in sämtlichen dem Arbeitgeberverbände angeschlossenen Maggeschäften Berlins zum Montag angekündigt. Zwar ist es noch nicht ausgeführt, daß vorher noch eine Verhandlung stattfinden, doch muß mit der Ausführung des Beschlusses gerechnet werden. Die Schuhmacher Deutschlands, besonders soweit sie in Maggeschäften tätig sind, werden hierauf aufmerksam

Weg hin, aber es wäre Dir wohl nicht recht, wenn andere auf Deinem Felde lären?

Nein, das müssen sie schon bleiben lassen.
Aber, sieh mal, Nadel, wie soll ich dann zum Strande hinabkommen, wenn Du einen Graben davorziehst? Hast Du das bedacht?

Du, Du sollst nicht an den Strand, Eören, denn Du hast da nichts zu schaffen.

Oh — hm — hm — lachte Eören, Du hast eine scharfe Zunge.

Nicht scharfer, als ich es verantworten kann!

Habe ich denn nicht Lang gehört, so lange ich den Wörwischhof gehabt habe?

Das hast Du, gewiß, Eören, erwiderte Nadel ruhig; ich denke, Du bist viele Linge getan, die Du lieber hättest unterlassen sollen.

Du glaubst schließlich, es ginge an, alle, heizt benagte Wege abzuwehren? fragte Eören mit lautem Ton, das kannst Du doch nicht glauben, Nadel.

Ich habe meinen Kaufbrief, und zwar einen guten, echten Kaufbrief; ich habe das Land von der Kirche gekauft und ich bezahle Jins an den Bischof in Grentenland. Es heißt dort aber nicht ein Wort davon, daß die Bewohner von Wörwisch die Erlaubnis haben, über mein Feld zu fahren; ich meine also, ich kann gehen, wo ich Lust habe.

Nach diesen Worten schickte sich Nadel an, den Platz zu verlassen.

Aber der Lang, der Lang! rief Eören und rief die Hände rührte.

Das ist im Jellen, der Lang in der See; hast Du keinen Jellen, so hast Du kein Erz; hast Du keinen Strand, so hast Du keinen Lang. Das sollst Du doch, ich bin mit, begreifen können, Du, der Du so unabhängig klagst!

„Aber — aber,“ begann Eören wieder, „es gehört sich doch, daß wir Getreid Gaben teilen, Nadel! Wir sind alle Brüder.“

Nicht ist; anderwärts große Jüder Lang wollte ich dein Bruder sein, Eören, erwiderte Nadel und blühte den anderen Finger an.

Nun ja, Nadel! So müssen wir es mit dem Siegel versehen,“ sagte Eören ruhig, „ich gehe zum Richteramt heute; es geht mir ganz gut, daß er gerade hier ist.“

„Du, das war, Eören, ich habe meinen Kaufbrief,“ erwiderte Nadel und setzte seinen Weg fort.

(Fortsetzung folgt.)

gemacht. Es wird auch versucht werden, Streikarbeit nach anderen Städten einzuschmuggeln.

Hutmacherstreik. In Glogau (Schlesien) streiken über 50 Hutmacher der Hutfabrik von Niedel. Die geringfügige Lohnerhöhung, welche die Arbeiter fordern, will der Unternehmer nicht zahlen. Alle Arbeiter sind im Hutmacherverbande organisiert. Die Firma versucht, von auswärtigen Streikbrechern heranzuziehen.

Der Wärmehaube-Sozialarbeiterstreik in der Grätlich Schaffgottschke Holzindustrie hat mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter nach vierwöchiger Dauer sein Ende gefunden. Dem Direktor, wegen dessen brutalen Verhaltens den Arbeitern gegenüber der Streik ausbrach, wurde die Aufsicht über die Arbeiter entzogen.

Sind Baukontrollen aus dem Arbeiterstande notwendig? Am 27. August ereignete sich in Augsburg beim Aufarbeiten eines Dachstuhl bei einem Fabrikneubau ein schweres Unglück, bei dem ein Arbeiter, Vater von sechs Kindern, getötet, und fünf weitere Arbeiter mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Das Unglück ereignete sich durch Zusammenbruch eines Gerüsts, das aus schlechtem Material hergestellt worden war und das die ihm zugemutete Last nicht tragen konnte. Unter der Anklage der fahrlässigen Führung und Körperverletzung hatte sich am 27. Januar vor dem Landgericht Augsburg zu verantworten. Erwiesen wurde, daß zu dem Gerüstbau morsche, nicht mehr tragfähiges Holz verwendet worden war. Weiter wurde aber auch erwiesen, daß sich die städtische Baukontrolle während dreier Tage — so lange wurde an dem Gerüst gebaut — nicht habe sehen lassen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis, wobei es sich auf den Standpunkt stellte, daß weder die bauführende Firma noch die magistratische Baukontrolle ein Versäumnis trifft. Die Baukontrollen könnten nicht stets gegenwärtig sein. Der Standpunkt des Gerichts ist nicht recht verständlich. Wenn festgestellt wurde, daß die Firma mangelhaftes und schlechtes Material lieferte, und das Gerüst deshalb einstürzte, so trifft sie doch ein schweres Verschulden; daß morsche Holz zum Gerüstbau nicht tragfähig ist, weiß auch der Laie, nicht nur der Fachmann. Gegen die Anstellung von Baukontrollen aus dem Arbeiterstande machen unsere Schatzmacher und mit ihnen im Verein die Regierungsbehörden geltend, daß sie der fachtechnischen Kenntnisse für dieses Amt ermangeln. In dem Falle wird erklärt, wie sachschwierig diese Abhängungsgründe sind. Baukontrollen aus dem Arbeiterstande hätten sicher beurteilen können, daß morsche Holz nicht zum Gerüstbau taugt; und sie wären auch sicher etwas fester mit der Baukontrolle gewesen, als die städtische Baukontrolle.

Ein Beitrag zur Taktik der christlichen Gewerkschaften. Niederbayern war bisher wohl so ziemlich die zuverlässigste Domäne des Zentrums. Seit neuerer Zeit aber — freilich nach langer, unablässiger Verarbeitung — erzielen die Sozialdemokraten in dieser gegenseitigen Gegenseitigkeit die von der gesamten schwarzen Presse als unheimlich bezeichnet werden. Über die Ursachen dieser Erscheinung sind, nebenbei bemerkt, die christlichen Meinungen aber geteilt. In Niederbayern führt das Zentrumskomitee der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Dr. Pichler in Passau. Der mit ihm verbundene Dr. Heim möchte ihn gern aus dem Sattel heben. Berichtet nun die Pichler-Presse über einen neuen sozialdemokratischen Vorstoß und Erfolg, so bemerkt die Heim-Presse regelmäßig dazu, solche Dinge seien garrichtig verwerflich in einem Bezirke, in dem man den Kampf so stümperhaft führe, wie es von Passau aus geschehe. Über derartige freundliche Bemerkungen ärgert sich die Pichler-Presse ganz gewaltig. Sie macht nun alle Anstrengungen, um die Noten wieder aus dem Felde zu schlagen. Nur will das garrichtig gelingen und bei der letzten Gewerbegerichts-Wahl in Passau gab es noch das besondere Unglück, daß die christlichen Gewerkschaften im Kampfe gegen den roten Feind eine schauderhafte Niederlage erlitten. Dieses betrübende Ergebnis hat nun einigen erleuchteten Köpfen den Anlaß gegeben, einen neuen Feldzugsplan auszuarbeiten, zu dessen Ausführung sich der Volksverein für das katholische Deutschland, die christlichen Gewerkschaften und — die Arbeitgeber verbunden haben. Dieser Tage veranstaltete der Volksverein in Passau eine Arbeitgebersammlung, in der ein christlicher Gewerkschaftssekretär aus München über das Thema: Die Stellung der Arbeitgeberschaft zur neuzeitlichen Arbeiterbewegung sprach. Der Zweck dieser Abhandlung war, die sozialdemokratischen Gewerkschaften bei den Arbeitgebern gehörig anzuschärfen und die christlichen Gewerkschaften zu empfehlen, die „prinzipiell und grundsätzlich den Privatbetrieb als berechtigt anerkennen“ und nur die Auswüchse des Kapitalismus beseitigen“ wollen. In der Diskussion wurde dann noch betont, die christlichen Gewerkschaften ließen „viel eher mit sich reden“ wie die freien. Ein anderer ultramontaner Redner empfahl den christlichen Gewerkschaften, sich darauf zu verlassen, mit den Arbeitgebern den gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Da es sich wohl kaum darum handeln kann, die ultramontanen Arbeitgeber als Mitglieder zu gewinnen, so konnte die Rede des christlichen Arbeitersekretärs doch nur den einen Zweck haben, diese Unternehmer scharf zu machen, daß sie ihre Arbeiter, soweit sie sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören, entlassen und den übrigen den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften „nahelegen“. Terrorismus ist das natürlich nicht.

Lohnforderungen der städtischen Arbeiter in Mainz. Die Mainzer städtischen Arbeiter, denen wiederholt Lohn-erhöhungen abgeschlagen worden sind, sind neuerdings um Neuregulierung ihrer Löhne eingekommen. Klasse 1 verlangt 31 Mk., steigend in 5 Jahren auf 39 Mk., Klasse 2 verlangt 26 Mk., steigend bis 34 Mk., Klasse 3, die ungelernete Arbeiter umfaßt, 24 bis 29 Mk., Klasse 4, ungelernete Arbeiter sämtlicher Betriebe, 23 bis 28 Mk., Klasse 5, Laternenwärter, monatlich 60 bis 70 Mk.

Der Wochenlohn gilt für sechs Arbeitstage. In den kontinuierlichen Betrieben fällt für die Schichtwechselarbeiter die Sonntagsarbeit mit unter den Wochenlohn.

Zur Bewegung in den bayerischen Kunstankern nahm auch eine Massenversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Nürnberg Stellung. Um Klarheit zu gewinnen, ob der Schutzverband der Unternehmer eine Aus-spernung beabsichtigt oder geneigt ist, in Unterhandlungen einzutreten, wurde auch hier beschlossen, durch das graphische Kartell das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Die Versammlung beharrt darauf, daß der Arbeitszeitaus-fall, der bei den Arbeiterinnen an Sonnabenden und Vor-abenden von Feiertagen durch die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung eintritt, nicht an einem andern Wochentag nachgeholt werden darf. Überbunden werden jetzt solange verweigert, bis ein Unterhandlungsergebnis vorliegt.

Kommunales.

Sozialdemokraten und Kommunales. In Nürnberg fand am 26. Januar durch den Magistrat die Auf-stellung des städtischen Haushaltsplanes für das Jahr 1910 statt. Unsere Genossen im Stadtparlament konnten sich nicht

entschließen, die Mitverantwortung für das freisinnig-libe-rale Nachwerk zu übernehmen. Sie brachten verschiedene Verbesserungsanträge ein, die aber von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden. Die Genossen stimmten daher gegen den Etat unter Abgabe einer ausführlichen Erklärung, in der sie für ihre ablehnende Haltung folgende Gründe an-führten: Ablehnung resp. Verschiebung der Arbeitslosen-ver-sicherung in der sehr durchsichtigen Absicht, die Sache über-haupt verhandeln zu lassen; Vermehrung der Polizei um 108 Mann; Umkehrung des Zolltarifgesetzes durch Einführung er-höhter Schlachthausgebühren an Stelle des wegfallenden Ökrois auf Fleisch; gewaltige Erhöhung der Luftarbeit-steuer durch Einführung einer Kartensteuer, durch die u. a. den Arbeitern der Theaterbesuch verteuert wird; minimale Aufbesserung der städtischen Arbeiterlöhne, während man bei der Gehaltsregelung der Beamten und Lehrer teilweise weit über das hinausging, was diese Kategorien selbst gefordert hatten; Ablehnung der Errichtung einer Schulzahnklinik, der Einführung der Berufsnormundschaft usw.

Soziales.

Die eigentlichen Herren von Schlesien. Der Fürst zu Stolberg-Wernigerode hat die aus 12 Ritter-gütern bestehende Herrschaft Ottawalde an den Grafen von Thiele-Winkler verkauft. Des letzteren Besitz ist damit auf 35000 ha geiegen. 15 Latifundienbesitzer sind Eigentümer des sechsten Teiles der Provinz Schlesien.

Hofrichter.

Zeit zwei Monaten schon sitzt in einer Zelle des Wiener Garnisongefängnisses ein junger frischer Mensch, der sich herausgerissen wurde aus einem glücklichen Leben und jetzt Tag für Tag den tauenden Kollern der Einsamkeit, der Sorge um Weib und Kind und der Ungewißheit um sein Schicksal ausgeht: der Linzer Oberleutnant Adolf Hof-richter, der beschuldigt wird, Abtender jener berühmten Gistbier an die Generalstabsoffiziere von Anfang Novem-ber vorigen Jahres zu sein. Wie es in der raitlosen Hege unseres zwanzigsten Jahrhunderts zu geschehen pflegt, stand damals der Fall im Mittelpunkt dessen, was man optimistisch das allgemeine Interesse zu nennen pflegt und was im besten Fall ein Gemisch von guten und bösen Instinkten wie Sensationsgier und Mordlust ist, aber bald jagten neue Sensationen über die Bühne und die Heroen der blasierten Großstadtmenschen wurden nicht mehr von dem Namen Hofrichter geküßt und ohne Teilnahme, jedenfalls ohne Widerstand der Öffentlichkeit, wäre der Angeklagte in dem Männerwerk des Militärstrafverfahrens totgequatscht worden.

Aber in der rechten Erkenntnis ihres Berufs, eine Kultur-partei oder sagen wir ungeschänkter und freier der die Kulturpartei in dem kapitalistischen Vorbarbarzeitalter zu sein, war die Sozialdemokratie auf dem Vollen. Als in Paris der Wort des Märsers Steinheil in undurchdringliches Dunkel gehüllt schien, rollte sich das ekelhafte Schauspiel ab, daß Journalisten sich gleich Hundstuden auf die Spur eines Weibes setzten, das man für die Mörderin hielt, oder auch gleich Füchsen neue Spuren vermissen, nur damit die Leier der von ihnen bedienten Sensationsblätter morgens mit den warmen Semmeln auch brühwarmer Neuigkeiten auf dem Tisch fänden. In Wien aber nahm sich die „Arbeiter-zeitung“ des Falles Hofrichter an, nicht aus den niedrigen Beweggründen kapitalistisch-journalistischer Gewinn gier, sondern mit demselben heiligen Eifer für eine Menschheits-sache, den Voltaire entwickelt, als er von dem Namen des Verbrechens gertöteten Jean Calas die Fäden des Verbrechens stigte, in dem Zola gegliedert, als er für den Hauptmann Drenfus den Machthabern der Republik sein donnerndes: Ich klage an! ins Gesicht schleuderte.

Bestimmend mag wohl für unser Wiener Bruderblatt die Erwägung gewesen sein, daß mit dem Augenblick seiner Verhaftung der Oberleutnant Hofrichter hilflos wurde, als trüge er Fesseln an Händen und Füßen und einen Knebel im Munde denn in das k. k. Militärstrafverfahren hineinge-zogen werden, heißt in dunklen Strudeln auf Nummerwieder-sehen verschwinden. Das Verfahren baut sich nämlich auf der Strafprozeßordnung auf, die von der Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1788, sage und schreibe Neunzehnhundert-undachtundsechzig — und jetzt schreiben wir 1910! — erlassen und im Laufe der Zeit durch rund sechshundert Verord-nungen ergänzt, aber nicht verbessert wurde, und spielt sich vollständig im Dunkeln ab. Denn alle Prozeßvorgänge werden streng geheim gehalten, der Prozeß wird nicht münd-lich, sondern schriftlich durchgeführt und, was allem die Krone aufsetzt, der Auditor, ein Militärjurist also, ist in einer Person Untersuchungsrichter, Richter, Ankläger und Verteidiger. Während der ganzen Dauer der Untersuchung bekommt der Angeklagte, dem kein Rechtsbeistand zur Seite steht, nur den Auditor zu sehen: er nimmt die Verhöre vor, er protokolliert die Zeugenaussagen, er nimmt von Ärz-ten und Psychiatern schriftlich Gutachten entgegen, und wenn die Untersuchung abgeschlossen ist, bildet, was der Auditor schwarz auf weiß bezeugt, einzig und allein die Grundlage der eigentlichen Verhandlung. Dem Beschuldigten, dem wieder kein Verteidiger beigegeben ist, wird lediglich seine eigene Anklage, nicht auch die der Zeugen vorgelesen, dann muß er abtreten, und nach dem, was der Auditor aus den Zeugen-aussagen mitzuteilen für gut befindet, entscheidet das Gericht. Das erinnert, wie man sieht, an die Zeiten, als in künftern Gewölkern, fern vom Tageslicht, die heilige Inquisition ihre Bluturteile fällte, und wäre, auch wenn es sich um einen überführten Verbrecher handelte, eine mittelalterliche Un-gehuerlichkeit, die jedes fühlende Gemissen aufspießten müßte.

Aber im Fall Hofrichter handelt es sich gar nicht um einen überführten Verbrecher. Wenn das Strafverfahren vergangener Jahrhunderte aus einem Angeklagten durch Daumschrauben, Schwedentrunf und Streckkoller ein Ge-ständnis herauszupressen suchte, so lag dieser unmenschlichen Grausamkeit doch die rechte Erkenntnis zugrunde, daß nur der Fang auf frischer Tat oder ein Geständnis den Schutz-spruch rechtfertigen könne. Das moderne Strafverfahren aber liebt es, nach Indizien, nach Anzeichen zu urteilen und berart sein Verdikt auf ein Gerüst zu stellen, das nur allzu oft aus Strohhalm besteht. So auch im Fall Hofrichter. Um 11 auf die erregten Wogen der öffentlichen Meinung zu gießen, mußte man in den Tagen kurz nach Auf-deckung des Verbrechens um jeden Preis einen Täter haben, und da nahmen die gegen Hofrichter sprechenden Indizien für die Behörden eine Wucht und Schwere an, die sie in Wirklichkeit nicht besitzen. Denn wenn man sieht, wie leicht und sicher der Gerichtsredakteur der „Arbeiter-zeitung“, Max Winter, in seiner soeben erschienenen Broschüre*) die angeblichen Schuldbeweise zerpfückt, muß man zu dem Ende kommen, daß, was gegen Hofrichter an Indizien vorliegt, wahrhaftig auch gegen ein paar Duzend anderer Offiziere der k. k. Armee vorgebracht werden kann.

*) Max Winter. Der Fall Hofrichter. Aus dem Notiz-buche eines Journalisten. Mit einem Faksimile des Gift-briefs. Verlag Albert Langen, München.

Außerdem hat Winter, ein leidenschaftiger Eherot Holmes, noch eine besondere Spur auf eigene Faust verfolgt und gegen einen anderen Offizier so viel belastendes Material zusam-mengebracht, daß es dem Material gegen Hofrichter zum mindesten die Wage hält. Aber die Behörden scheinen sich in die Überzeugung, daß Hofrichter nur einmal der Gift-mörder sei, so verbissen zu haben, daß sie nichts anderes sehen können und auch nichts anderes sehen wollen.

Denn die Bemühungen Max Winters, dankenswert auf jeden Fall und von jedem Standpunkt, sind dadurch belohnt worden daß man in Prag und Wien die Broschüre kon-fiszieren hat, von der man anscheinend fürchtet, daß sie nicht nur wegen des Stoffes, sondern auch wegen der Lebendigkeit und Farbigkeit der Darstellung, in ihrer Wirkung nicht auf kleine Kreise beschränkt bleiben wird — man will aber in Wien keine Ruh haben und möchte Hofrichter am liebsten im Dunkeln abwürgen. Doch die österreichische Sozialdemo-kratie legt diesem unberechtigten Bedürfnis nach Ruhe ihren berechtigten Willen zur Unruhe entgegen, denn es handelt sich hier nicht nur um das Schicksal eines Menschen, der langsam und sicher mit fürchterlichen Torturen dem Wahr-sinn in die Arme getrieben wird, sondern mehr noch um den Kampf gegen ein mittelalterliches Epitome, das mit seiner eilenen Fingerringen noch unzählige Menschenleben zerfetzen könnte.

Aus dem Gerichtssaal.

„Klepto manie“ in der Kaserne. Ein seltsamer Kau stand in der Perion des Kanoniers Velsen vor dem Kriegs-gericht der königlichen Kommandantur in Berlin. O. hat seine Vorgesezten wiederholt betroffen. Er eignete sich Gegenstände an, die er zumeist schon selbst besaß oder die seinen Wert für ihn hatten. So entwendete er einem Sergeanten eine Koppel, einem anderen Unteroffizier ein Paar Handschuhe, einem dritten ein Paar Manschetten, dann Manschettenknöpfe usw. Auch eine Photographie einer jun-gen Dame, die für ihn gar keinen Wert hatte, entwendete er aus dem Zimmer eines Vorgesezten. Die Anklage legte ihm nicht weniger als elf Fälle von Diebstahl zur Last. Ferner wurde dem Angeklagten ungehorsam vorgeworfen. Er hatte entgegen dem ausdrücklichen Verbot, freipierte Zünder vom Schießplatz fortzunehmen, einen solchen an sich genom-men und in den Schrank versteckt. Da durch derartige leicht-sinnige Handlungswesen schon wiederholt Unheil angerichtet worden ist, so sind strenge Verbote in den Kasernen der Artillerietruppen erlassen. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte, den Kanonier auf seinen Geisteszustand hin untersuchen zu lassen, da er offenbar an Kleptomanie leide. Der Vertreter der Anklage beantragte, diesen Antrag abzu-lehnen, und betonte, daß man wohl in anderen Kreisen von Kleptomanie spreche, bei einem Kanonier heiße dies aber Diebstahl. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis und auf die Ehrenstrafe der Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Es ist für die Anschauung gewisser „höherer“ Kreise recht kennzeichnend, daß sie, wie der Vertreter der Anklage in diesem Falle offen aus-spricht, der Ansicht sind, wohl könne ein Mitglied ihrer eigenen Klasse an Kleptomanie leiden, nicht aber ein Angehöriger der so ge-nannten unteren Volksschichten.

Es gibt keine drakonischen Militärgerichtsurteile. So oder ähnlich wurde dieser Tage im Reichstag vom Mi-litärerische verkündet. Nun lese man, welche entsetzliche Strafen abermals von einem Kriegsgericht gegen Soldaten ausgesprochen wurden. Bei dem Flecken Ehr auf dem Vorderhüftstück kam es während der letzten Herbstübungen zu unlieblichen Vorgängen. Im Zusammenhang damit waren vor dem Kriegsgericht in Koblenz angeklagt die Kanoniere der Reserve Göbels aus Odenkirchen, Weber aus Krefeld, Moitrey aus Gangel und Koch aus Neuz, früher im 5. Artillerieregiment Nr. 59 in Köln wegen militärischen Unruh's, Meuterei und tätlichen Angriffs auf Vorgesezte. In Verfolg einer Wirtschaftshimferei war nachts gegen 2 Uhr auf der Straße nach dem Wachmeister Sternkopf mit Bierflaschen geworfen und bald nachher auf einige Unter-offiziere geschossen worden. Die Schießenden waren der Ka-noniere Göbels und der Schuhmacher Liesenfeld. Nach der Anklage sollen sich Göbels und Moitrey verabredet und mit Weber zusammengetan haben, um gegen Vorgesezte tätlich vorzugehen. Moitrey insbesondere soll den Liesenfeld zu dem verführten Totschlage angestiftet und Hilfe geleistet haben. Koch dem Wächmeister den bet der Tat benutzten Re-volver entwendet haben. Der Grund zu diesen schweren Ausschreitungen ist auch nach zweitägiger Verhandlung, die an Ort und Stelle in Ehr stattfand, nicht aufgeklärt worden. Das Urteil des Kriegsgerichts lautete gegen Göbels auf fünf Jahre Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere, gegen Moitrey auf fünf Jahre Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; Weber wurde zu fünf Jahren einem Tag Gefäng-nis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Koch wurde freigesprochen. Gegen Liesenfeld und andere Zivilisten wird demnächst verhandelt werden. — Das ist die militärische Feme. Entsetzliche Urteile gegen Unter-genebene, im aufreizenden Gegenlag dazu unerhört milde Be-strafung soldatenaquander Vorgesezten. Fünf Jahre hinter Kerkermauern ist vielfach gleichbedeutend mit der Hin-terlassung und völligen Vernichtung eines Menschen, der vielleicht, wie auch in diesem Falle wieder, nichts anderes als einen bedauerlichen Trunkenheitszerber begangen hat. Und dabei behauptet man frei, es werde keine drakonischen Urteile gefällt.

Aus Nah und Fern.

Feuerwehr als Leibgarde des Kaisers. Die Be-zirksfeuerwehrlaute in Potsdam hatten im Vor-jahre von Magistrat die Erlaubnis erwirkt, sich dem Verband der Deutschen Feuerwehrmänner anzuschließen zu dürfen. Schließlich schien jedoch dem Potsdamer Magistrat die Zugehörigkeit der Feuerwehrlaute zu diesem sehr zahmen Verband etwas sehr bedenklich, und er forderte den Austritt aus dieser Organisation mit der Begründung, daß die Leute nicht ausschließ-lich in diesem Beruf beschäftigt werden. Die Feuerwehrlaute be-schlossen zunächst einstimmig, im Verband zu bleiben. Darauf erhielten sie sämtlich zum 1. Februar die Kün-digung; ihr Vorsitzender wurde sofort ent-lassen. Es gelang schließlich dem Oberbürgermeister, die Leute zu bestimmen, daß sie doch ihren Austritt aus dem Verband erklärten. Der Oberbürgermeister nannte sie die Leibgarde des Kaisers, für die es sich nicht geizeme, einer Organisation beizutreten. Die „Gardisten“ wurden auch mürbe und versprochen, was man von ihnen verlangte. Die Kündigung wurde zurückgenommen und der Magistrat ersetzte den Leuten auch die gezahlten Beiträge.

Opfer des Eises. Sonntag nachmittag brachen in Posen auf dem Eise der Gbina in der Militärschwim-manlage zwei Schwestern im Alter von 9 und 6 Jahren ein. Die ältere ertrank, die jüngere wurde lebend herausge-zogen. — In Weiden (Oberpfaiz) ertranken beim Schlittschuhlaufen auf dem dünnen Eise des Näßbaches vier Kinder, darunter drei Geschwister.

Der ohnmächtige Staatsanwalt. Auch ein Kapitän zu den vollendetsten Rechtsgelehrten! Im September 1909 fand in Dortmund an einem Abend auf der Rheinischenstraße, bei der Adlerstraße, ein Aufruhr statt, in dessen Verlauf die Schußleute ihre Säbel zogen. Um diese Zeit hatte ein im Expeditionsgeschäft von Müller in der Adlerstraße beschäftigter Fuhrmann seine Pferde im Hofe ausgepannt und alles in Ordnung gebracht. In dem Augenblick, als er aus dem Tor heraustrat, befam er, der gänzlich unbeteiligte, von einem Schußmann einen heftigen Säbelhieb über den Kopf, der die Wunde des Fuhrmanns durchschneidete und ihm eine heftig blutende Wunde beibrachte, deren Heilung einige Zeit in Anspruch nahm. Der Fuhrmann reichte darauf Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ein, von der er folgenden Bescheid erhielt:

Dortmund, 7. November 1909.

Der Erste Staatsanwalt.
12 J. 1276,09

Auf die Anzeige vom 24. 9. 1909 gegen einen bisher nicht ermittelten Schußmann wegen gefährlicher Körperverletzung.

Ich bin nicht in der Lage, gegen den Beschuldigten strafrechtlich einzuschreiten. Nach dem Ergebnis der stichtaglichen Ermittlungen waren die Schußleute an dem betreffenden Abend durch die drohende Haltung der Menschenmenge gezwungen, den Säbel zu ziehen, die Menge zurückzutreiben, und zwar sowohl über den Fahrdamm wie über den Bürgersteig.

Wie Sie selbst angeben, haben Sie die Säbelhiebe erhalten in dem Augenblick, als Sie aus der in dem Tor befindlichen kleinen Tür auf die Straße traten.

Wenn der Schußmann Sie in diesem Augenblick geschlagen hat, so lag allerdings seinerseits ein Versehen vor, doch ist dieses Versehen nicht strafbar, da der Schußmann nach Lage der Sache annehmen konnte und mußte, daß Sie zu der gegen die Schußleute vorgehenden Menschenmenge gehörten.

Er konnte dies um so mehr annehmen, als gerade in dem Augenblick, wie Sie auf die Straße traten, nach dem Zeugnis des Futterknechtes Winkelmann die Menschenmenge an dem Tor vorbeigetrieben wurde. Ich habe daher das Verfahren eingestellt, da ein schuldhaftes Verhalten des Schußmanns nicht nachgewiesen ist.

Im Auftrage: gez. Dr. Vieben.
Man sieht: der Schußmann ist nicht strafbar! Nicht einmal fahrlässig hat er gehandelt. Das ist etwas harter Duktus! Die Entscheidung des Staatsanwalts ist in überaus bedenklicher Weise dazu geeignet, das wilde Draufloslaufen von Schußleuten, wie es erst kürzlich bei den Berliner Polizeiprozessen so drastisch zum Ausdruck kam, zu fördern. Der Schußmann mußte doch bemerkt haben, daß der Mann, der ruhig zum Tor heraustrat, unmöglich zu der Menschenmenge gehört haben kann, die gerade in dem Augenblick vorbeigetrieben worden sein soll. Wie kam der Schußmann überhaupt dazu, wahllos in die Menge einzuhauen? Um diese Frage kommt man nicht herum, weil die Entscheidung des Staatsanwalts zu ganz unübersehbaren Konsequenzen führen kann. Der verletzte Fuhrmann hat infolge des Säbelhiebes ziemlich schwer an seiner Gesundheit gelitten; fortwährend hat er unter Kopfschmerzen zu leiden. Die Berufsgenossenschaft hat es bisher abgelehnt, eine Unterstützung zu zahlen, unter der Begründung, es liege kein Betriebsunfall vor, weil der Dienst des Fuhrmanns, als er den Säbelhieb erhielt, bereits beendet gewesen sei. Wenn sie mit dieser Ansicht Recht behält, so kriegt der von einem preussischen Schußmann sich gehauene Fuhrmann keinen pfennig Entschädigung. Und die arme Staatsanwaltschaft, diese „objektive“ Behörde, ist „nicht in der Lage“, einzuschreiten. Sie kann sich ruhig die ohnmächtigste Behörde nennen!

Die Erlöse des Arbeiters ist gesichert bis ins Alter hinein. Im Kreise Biedenkopf — einem Hauptort der Christlich-Sozialen — wohnt im Orte Puderbach ein Arbeiter, Vater von zehn Kindern. Die Mutter ist verstorben. Das jüngste Kind liegt seit zwei Jahren krank in der Universitätsklinik zu Marburg. Natürlich hat der arme Teufel nicht die Mittel, um die Kosten bezahlen zu können. Die Klinik aber verlangt Geld. Deshalb wurde kürzlich (wahrscheinlich auf Anordnung der Heimatsbehörde) gegen den Arbeiter Verhaftungsbefehl eines Teiles seines Lohnes verfügt. Seit 26 Jahren arbeitet der Mann auf der Amalthenhütte im Kreise Biedenkopf. Nach Eingangs des Lohnbehaltungsbefehls entließ sie ihn richtungslos. In der Gegend wird jetzt eine Bahn gebaut. Aber dabei konnte der Mann nicht antworten. Denn um die Kammer der Unternehmer zu füllen, werden zurzeit nur Ausländer beschäftigt. Also Arbeitslosigkeit, die Mietzahlung hoch: prompt Wat Ermillion. Der Freigelegte findet im Dorfe keine neue Wohnung. Man wollte ihn wohl „verloren“, der Unterstüßungsverpflichtung wegen. In Nieder-Laasphe findet der Mann eine Wohnung. Doch als er abends 8 Uhr mit Saak und Paak anrückt, hat der Gemeindevorsteher den Schlüssel und rückt ihn nicht heraus. Wohl oder übel muß der Mann seine Habillierteiten auf der Straße stehen lassen, dabei die Kinderchen. Nachts 12 Uhr nahm ein Proletarier die armen Kinder gastlich auf. Am nächsten Tage ging der Vater zum Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher und Landrat, aber nirgends hatte er Erfolg, nirgends Hilfe. Der hilfsbereite Proletarier behält die Familie 14 Tage, gibt ihr Obdach (Nachtlager natürlich auf Stroh) und Beköstigung. Inzwischen steht der kümmerliche Hausrat in einem Wagen auf der Straße. Als der Fuhrmann den Wagen braucht, wirft er die Möbel in eine Schmutzgrube. Vom Regen durchnetzt mögen sie dort faulen. Schließlich kann auch der hilfsbereite Proletarier nicht weiter helfen; auf seine Vorstellung erlaubt der Amtsvorsteher, daß die Kinder von Haus zu Haus sich ihr Brot erbetteln dürfen. Das Glend schreit zum Himmel. Der Staat und seine Organe leisten keine Hilfe. Aber doch erinnert er an sein Dasein: dem hilfsbereiten Proletarier, Otto Schimid heißt der brave, flattert nämlich ein Strafmandat über 3 Mk. ins Haus, weil er Leute beherbergt habe, ohne die erforderlichen Räume zu besitzen. — Für den Arbeiter ist gerort bis in sein hohes Alter hinein: alle Mittel des Staats, Gestalt, Polizei, Gericht werden gegen den, der nur die Arbeitstrait sein eigen nennt, mobil gemacht und auch die Verwertung seiner Arbeitskraft wird ihm durch Heranziehung ausländischer Lohnrücker und andere Mittel nach Möglichkeit erschwert. Gift aber ein Proletarier dem andern, so hat auch gegen ihn Vater Staat seine Machtmittel anzuwenden.

Spurlos verschwunden in der Sohn eines Mühlenselzers in Ermalsleben (Regbez. Merseburg) auf einer Geschäftsreise. Zuletzt wurde er in Weilsleben gesehen. Sein Wagen ist herrenlos in Ermalsleben angekommen. Man vermutet, daß der Vermisste, der einen größeren Geldbetrag bei sich hatte, einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Zwei Arbeiter lassen sich selbst verurteilen, um das Leben ihrer Kameraden zu retten. Doch klingt das Lied von braven Mann! In den amerikanischen Tagesblättern steht zu lesen, daß eine Jury in einem Gerichte von Queens County zwei Arbeitern je zwanzigtausend Dollars zugesprochen habe für Verletzungen, die sie bei ihrer Arbeit erlitten. Die zwei Arbeiter sind wirkliche Helden. Sie opferten ihre Hände, ihre Arme, um drei Arbeitskollegen vom sicheren Tode zu retten. Sie sahen die Gefahr, ihre Mitarbeiter von einem Stahlstück zermalmt zu sehen, das hinabzufallen drohte. Sie sahen, daß nur ein Opfer ihrer eigenen Glieder ihre Kollegen retten konnte und, ohne zu zögern, ließen sie ihre Hände und Arme zermalmen, um ihren Mitarbeitern das Leben zu erhalten. Die „New Yorker Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Selden, ja, und als solche werden sie in allen Tagesblättern gepriesen; und anerkennend wird hinzugefügt, daß das Gericht jedem dieser beiden Arbeiter zwanzigtausend Dollars zugesprochen habe. Wenns nur wahr wäre! Zunächst darf als sicher angenommen werden, daß die verklagte Gesellschaft, die „Pennsylvania Steel Company“, die Sache an ein höheres Gericht bringt, und daß Jahre vergehen, ehe eine endgültige Entscheidung kommt. Dann ist zehn gegen eins zu setzen, daß die oberen Instanzen die Höhe der Entschädigung bedeutend reduzieren werden, wenn sie überhaupt etwas übrig lassen. Ferner kommt in Betracht, daß Schadenersatzklagen für Arbeiter kaum durchgesetzt werden können, wenn nicht Advokaten diese Klagen übernehmen, indem sie sich die Hälfte der etwaigen Entschädigungssumme vorher zusprechen lassen. Im allergeringsten Falle und vorausgesetzt, daß die oberen Instanzen das Verdikt der Jury nicht umstoßen, erhalten also die verkrüppelten Selden nach jahrelanger Kampfe 10 000 Dollars ausgezahlt. Meint man wirklich, daß damit ein lebenslanges Krüppeltum ausgeglichen ist?!

Die Zensur. Die polizeiliche Erlaubnis zur Aufführung des Theaterstücks „Der Feldherrnhügel“ wurde in Berlin verweigert, weil nach den von den Ortsbehörden behängten Nachrichten die Presse Wiens das Stück als eine Beleidigung der österreichischen Armee, ihrer Einrichtungen und ihres Kommandos empfunden hat. Es hat, so heißt es in der Verfügung weiter, aus diesen Gründen Anstoß und Ärgernis erregt und würde in der vorgelegten Fassung ohne Zweifel auch in Berlin dieselbe Wirkung hervorbringen. Das Vaterland ist gerettet!

Generalversammlung mit Brezelverlosung! Der in der zwischen Deutz und Mülheim liegenden von der Typenkolonie überflüssigerweise bestehende „Katholische Arbeiterverein“ hat zu seinem Vereinsorgan die Arbeiterzeitung zertretende „Westdeutsche Arbeiterzeitung“. In welchen Mitteln man greifen muß, um das Verfallensleben der zentrumsfrommen Arbeitervereine zu fördern, das zeigt die Einladung, die den in der Kolonie verbreiteten Exemplaren der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ aufgestempelt war. Diese Einladung lautet:

Samstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, bei Weiser Generalversammlung.

Jahresbericht, Vorstandswahl, Brezelverlosung. Jedes anwesende Mitglied erhält ein Freilos. Diejenigen, die die katholischen Arbeitervereine als Kleinlinderbewahrantalten bezeichnen, werden diese Einladung als neuen Beweis für ihre Behauptung ansehen.

Weidert den Alkohol! Das Opfer einer Saufwette wurde der Arbeiter Joseph M. von Oscherleben. Er trank in seiner Arbeitsstunde etwa einen Liter denaturierten Spiritus. Am darauf folgenden Tage starb er an Alkoholvergiftung. Haben die Arbeiter an der betreffenden Arbeitsstelle nichts Besseres zu tun, als solche tödlichen Wetten abzuschießen?

Risiko der Arbeit. Auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf löste sich beim Abfeuern eines Geschüßes ein Verdrüßstück, durch das vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

Siebenfacher Mord. In Paris (Rußland) wurde eine aus sieben Personen bestehende Familie Szejuki, die Eltern und fünf Kinder von elf bis zu vier Jahren betraf, ermordet aufgefunden. Der Mörder ist Szejukis eigener Sohn aus erster Ehe.

Die Überschwemmung in Paris. Das Wetter ist kalt und trocken. Die Seine ist bis gestern vormittag seit ihrem Hochstande um 66 Zentimeter gesunken. Ein Teil des Strahendamms am Bahnhofs St. Lazare ist eingestürzt. Bei der Untergrundbahn ist das Sinken des Wassers besonders bemerklich. Die nach der Seine hinansgehenden Fenster der Orleansbahn beginnen sichtbar zu werden. Der Verkehr auf dem Quai d'Orsay ist wieder hergestellt. Über die Rue de Bourgoine ist ein Steg gebaut, um den Zugang zum Palais de Bourbon zu ermöglichen. In den Stadtvierteln Champs Elysees, des Invalides und Paris hat das Wasser sehr abgenommen; wo es noch steht, ist es mit einer leichten Eisschicht bedeckt. Allenhalben arbeiten Pumpen an der Entleerung der Keller- und Kellerräumen der Häuser. Man geht daran, die Schutzwehren und Notstiege zu befestigen.

Fünf Kinder verbrannt. In London, unweit der City Road Station im Osten, brach in einem dreistöckigen Gebäude ein oberes Geschloß, in welchem fünf Kinder im Alter von acht Monaten bis 12 Jahren allein gelassen waren, Feuer aus. Als die Feuerwehr die brennenden Stufen erreichte, fand sie die Kleinen in den Flammen stehend, fürchtbar verletzt vor. Drei starben auf dem Wege zum Hospital, die anderen beiden bald nach der Ankunft dort.

Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumvereine — Vorläufer des Zukunftsstaates. Die Zeitschrift „Sozial und Trug“, das Organ der Mittelständler in Überfeld, Barmen, hat wieder einmal entdekt, daß die Konsumvereine eigentlich mit Feuer und Schwefel ausgerottet werden müßten. Sie treiben nämlich die Gesellschaft „dem Zukunftsstaat entgegen!“ Das mag sein. Einem „Zukunftsstaat“ können wir ja nicht entinnen, die Frage ist bloß, wie er aussieht. Wir wissen es nicht, und wir zerschellen uns auch den Kopf darüber nicht, aber es will uns scheinen, die Allgemeinheit fahre besser, wenn die Konsumvereine ihren Zukunftsstaat vorbereiten, als wenn die Kräfte ihre Vorstellungen von der zukünftigen Gesellschaft verwirklichen. Schließlich ist doch die menschliche Gesellschaft nicht dazu da, möglichst viele parasitäre Händlerexistenzen zu ernähren. Sie wird sich dann am besten stehen, wenn sie den Prozentsatz ihrer Glieder, der Waren vermittelte, auf das geringste zulässige Maß herabgemindert, mit den Ausgemerzten aber das Heer der wirklich produktiven Arbeit Leistenden verhärtet hat. Das mag manchem der Händler nicht gefallen, aber es scheint doch, als gingen wir diesem „Zukunftsstaat“ entgegen.

Die unverhältnismäßig hohen Preisaufschläge der Zwischenhändler anlässlich der Reichsfinanzreform hat auch der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben zugegeben. Er führte am 15. Januar im Abgeordnetenhaus bei einer Besprechung der Reichsfinanzreform folgendes aus:

Ich stimme Herrn v. Wappenheim auch darin bei, daß von einzelnen Kreisen der Interessenten dem Publikum ein Preisaufschlag zugemutet wird, der um das zweifache, dreifache, zehnfache dessen hinausgeht, was tatsächlich die Reichsteuern betragen. Unter dem Prätex der Steuererhöhungen haben einzelne Kreise der Interessenten auf diese Weise dem Publikum Opfer zugemutet, gegen die das Reich die reinen Waffenhaken sind. Das aber möchte ich Herrn v. Wappenheim sagen, daß, soweit ich informiert bin, die zuständigen Reichsinstanzen, namentlich das Reichsfinanzamt, nach den verschiedensten Richtungen hin Aufklärungen in der von ihm gewünschten Weise gegeben haben; namentlich haben in den verschiedensten Zeitungen zahlenmäßige Darstellungen darüber gestanden, inwiefern die Preiserhöhungen, die von einzelnen Interessentengruppen verlangt worden sind, über das Maß der vom Reich auferlegten Steuern und Zölle hinausgegangen sind. Das ist in der verschiedensten Weise vom Reichsfinanzamt dargelegt worden, und ich glaube daher, daß dieser Vorwurf gegen die Reichsinstanzen nicht begründet sein dürfte.

Die Händler haben bekanntlich die zahlenmäßigen Darstellungen über ihre unverhältnismäßigen Preisaufschläge recht unangenehm bemerkt und sie einfach für falsch erklärt. Sie müssen sich jetzt mit Herrn v. Rheinbaben darüber auseinandersetzen. Mittelstandsforschung kann ihm doch nicht gut vorgeworfen werden.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend Nr. 3. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Notwendigkeit des Selbststudiums für unsere Arbeiterjugend. — Die politischen Parteien. Was heißt liberal? Von Julian Vorwardt. — Aus meiner Kindheit. (Fortsetzung.) Von Otto Krille. — Photographien des Kleinisten. (Mit 7 Abbildungen.) — Vor fünf Jahren. Von Karl Wötcher. — Gewerkschaftliche Massenkämpfe. — Vom Kriegsschauplatz. — Die Gegner an der Arbeit. — Des Lehrlings Lebenschronik usw. Beilage: Der Geiß-Christi (Schluß). Erzählung von Ernst Zahn. — Und sie bewegt sich doch! Gedicht von Ludwig Fulda. — Eine Reise nach Island. (Mit Illustrationen.) Von Heinrich Schulz. — Das Bild. Von Hammerdorff. — Neumanns Anna. Von Emma Bötz. — Interessantes von der Sprache. — Wir drei. Gedicht von Carl Busse. U. a. m.

Kommunale Praxis. Der soeben erschienenen Nummer 4 liegt das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1909 bei. Eine Durchsicht des 10 Seiten starken Registers lehrt, eine außerordentliche Fülle von Material ein Jahrgang der „Kommunalen Praxis“ bietet. In immer größerer Zahl gelangen die Interessenten der Kommunalpolitik, und zwar die Gegner unserer Bestrebungen ebenso wie unsere Freunde, zu der Überzeugung, daß die dauernde Lektüre der „Kommunalen Praxis“ geeignet ist, über alle wichtigen Vorgänge auf dem Gebiete der Gemeindepolitik zu orientieren und daß das jährlich erscheinende Inhaltsverzeichnis und Sachregister jedem Abonnenten die Möglichkeit gewährt, sich ein Nachschlagewerk von größter Bedeutung zu schaffen. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Probenummern kostenfrei vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

„Zu Freien Stunden.“ Das uns vorliegende Heft 3 bringt die Fortsetzung des spannenden Romans „Die Abendburg“ von Dr. Bruno Wille sowie der interessanten Erzählung aus den kaiserlichen Freiheitskriegen „Romana“ von Theodor Mügge. „Zu Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pfennig. Neuzutretende Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte noch nachbezahlen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungsausdräger entgegen. Probenummern kostenfrei vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Als Heft 22 erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68: „Haut- und Haarpflege“ von Dr. Chajes. Eine Fülle von Wissen, Tatsachen und Beobachtungen, so ziemlich das ganze große Gebiet der Haut- und Haarkrankheiten, soweit es dem Laien verständlich ist, steckt in dem kleinen Heft. Besonders willkommen wird Lesern und Leserinnen die kritische Besprechung der Mittel zur Haut- und Haarpflege (Wasser, Seife, Fette und Salben, Puder usw.) sein. Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen à 30 Pf., zu je 32 Seiten. Verlag von G. Vork u. Co. m. b. G., München. Soeben ist die 3. Lieferung des Handbuchs erschienen. Es werden darin behandelt: Bant, Bayern, Beamte der Partei, Bergarbeiter-schutz, Berichterstattung von Parteitag, Bernstein-Debatten, Bildungsbestrebungen, Bonfott, Braunschweig, Briefverkehr, Buchhandlung Vorwärts.

Aus den Witzblättern.

Auch ein Apostel der Abstinenz. „Ich will ja gern für die Abstinenz und gegen den Alkoholgenuß wirken, nur soll man mich laufen lassen, soviel ich mag.“

Aufmerksam. An den Kirchweihagen hängt beim Dorf-bader folgender Zettel an der Tür: „Ein separater Dame-nfirieralon befindet sich während des Kirchweihfestes hinten auf dem Hofe im Kuhstall!“

Prompt. Lehrer: „Nun, Frig, was gibt es denn außer der Karnevalszeit noch für eine Zeit?“ — Frig: „Die Mahlzeit!“

Zimmerfortmann. Frau Baronin: „Ich freue mich immer, Herr Oberförster, über das prachtvolle Haar Ihrer Gemahlin.“ — Oberförster: „Und dabei schädel-echt ganz schädelecht!“

Leider! Fremder (bei der Beschäftigung des Gefäng-nisses): „Das muß man sagen, behaglich und gemächlich eingerichtete Zellen sind das; da möchte man auch gleich zum Spitzhuden werden!“ — Aufseher: „Ja... augen-blicklich ist aber leider gar nichts frei, mein Herr!“ (Aus „Regendortfer Blätter“.)

Der neue Automat. In einer Familie herrschte große Aufregung, weil das zweiährige Söhnchen einen „Nickel“ verflucht hat. Als die Mutter ihm ein Abfrühmittel gibt, fragt das Schwesterchen gespannt: „Mutti, kommt nu Schokolade raus?“

Ausweg. Mutter: „Seitdem Sie in der Schule nicht mehr prägen, Herr Lehrer, ist mit dem Jungen rein gar nichts mehr anzufangen!“ — Lehrer: „Ja, daran ist nichts zu ändern... strengstes Verbot! Aber ich könnte ihm ja Privatunterricht geben.“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.